

d'Lëtzebuurger **Land**

BR

Im engen Kreis

Die Kandidaten von CSV, LSAP, DP und Grünen sind alles andere denn sozial repräsentativ: Sie kommen fast alle aus fünf Berufsgruppen, jede/r Dritte ist Berufspolitiker

Wie hältst du's mit den Renten?

Bald kommt ein neuer *Ageing Report* der EU. Allem Anschein nach ist er pessimistischer als der von 2015

Haft ohne Hoffnung

Dass Insassen der Schrassiger Strafvollzugsanstalt gegen ihre Haftbedingungen protestieren, sollte niemanden überraschen

Foto: Sven Becker

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#18 65. Jahrgang 4. Mai 2018



5 453000 174663



1 8 0 1 8

4,00€



Die Inhaftierung soll nicht allein Strafzwecken dienen, sondern auch der Vorbereitung auf ein straffreies Leben in Freiheit

Ines Kurschat

Nicht die Überbelegung, sondern die Dauer der Haft sei das Hauptanliegen jenes Streiks gewesen, den die 200 Gefangenen in der Strafvollzugsanstalt in der Nacht vom 27. April in Schrassig organisiert hatten, so die Stellvertreterin der zuständigen Generalstaatsanwaltschaft, Generalanwältin Christiane Bisenius. Derzeit sind in Schrassig 576 Personen inhaftiert, das seien weniger als in der Vergangenheit, als in der einst für 350 gebauten, dann erweiterten Anstalt weit über 600 Gefangene einsaßen.

Das *Land* hätte sich gerne ein eigenes Bild der Lage gemacht, aber nachdem die Gefängnisleitung als Reaktion auf den Protest Außenstehenden den Zugang untersagt und für einen Tag nur Besuche von Anwälten erlaubt hat, war das nicht möglich. Die Presse musste draußen bleiben. Man wolle „in dieser Situation“ Ruhe, erklärt Jeannot Nies, stellvertretender Generalstaatsanwalt. Alternativ zum einem angefragten Gespräch mit der Gefängnisleitung und mit Vertretern der streikenden Gefangenen vor Ort hatte die Generalstaatsanwaltschaft das *Land* in den Justizpalast geladen, um über die Protestaktion und die Lage im Gefängnis zu reden.

Ihre Botschaft: Man verstehe, dass die Häftlinge „nicht froh sind“ und könne über ihre Nöte reden, aber nicht so lange der normale Betrieb durch Streiks gestört werde. Diese Linie soll Justizminister Félix Braz vorgegeben haben. Erst wenn sich die Lage wieder beruhigt, das heißt, ein normaler Ablauf wieder möglich sei, werde man reden. Dann will der Justizminister den Gefangenen auch die Grundzüge seiner geplanten Strafvollzugsreform erklären. Als Folge der Aktion wurden die Anfänger verlegt, 125 Gefangene in ihre Zellen eingesperrt, die Teilnahme an Sport- und gemeinsamen Freizeitaktivitäten für 30 Tage untersagt.

Justiz: Hände sind gebunden

Die Generalstaatsanwaltschaft ist in einem Punkt formell: Der Vorwurf der Streikenden, dass zu lange Haftstrafen verhängt würden und Insassen zu selten Haft erleichterungen bekämen, liege nicht in ihrem Ermessen. „Uns sind die Hände gebunden. Die Urteile werden von den Gerichten gesprochen“, so der

„Subjektive Kriterien“ könnten als ungerecht empfunden werden, räumt Justizminister Félix Braz in seiner Antwort auf eine Frage des CSV-Abgeordneten Laurent Mosar ein

stellvertretende Generalstaatsanwalt Jeannot Nies. Straftäter werden aufgrund der Art und der Schwere einer begangenen Tat verurteilt, Richter halten sich ans Strafmaß, das der *Code pénal* vorgibt. Haft-erleichterungen sind ebenfalls gesetzlich geregelt und hängen von der abgesessenen Haftzeit und vom Verhalten des Inhaftierten ab. Die für den Strafvollzug zuständige Generalstaatsanwaltschaft entscheidet nicht allein: eine aus Gefängnisleitung, psycho-sozio-educativem Dienst, Bewährungshilfe, Ausbilder und Suchtberater zusammengesetzte Kommission prüft jeden Antrag auf Haft erleichterung. Justizminister Félix Braz räumt in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des CSV-Abgeordneten Laurent Mosar ein, diese „subjektiven Kriterien“ könnten von Betroffenen als ungerecht empfunden werden. Deshalb sei es wichtig, jedes abgelehnte Gesuch „transparent“ zu begründen.

Das alles sind wichtige Feststellungen, und trotzdem: Ob die Haftdauer im Vergleich etwa zu den Nachbar-

ländern Belgien, Deutschland oder Frankreich hierzulande höher liegt, ob Straftäter also hierzulande für begangenes Unrecht härter bestraft werden als in anderen EU-Mitgliedstaaten, ist eine schwer zu beantwortende Frage, weil es in Luxemburg, im Gegensatz zu anderen EU-Ländern, kaum wissenschaftlich unabhängige Evaluationen der Gerichtspraxis und des Strafvollzugs gibt.

Die letzte wissenschaftliche Studie zum Luxemburger Strafvollzug liegt mehr als zehn Jahre zurück und wurde von der Uni Luxemburg unter der Leitung des Strafrechtsprofessors Stefan Braum durchgeführt. Im Fokus war die Situation ausländischer Gefangene. Die Wissenschaftler fanden heraus, dass die Zahl ausländischer Haftinsassen, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, in Schrassig überproportional hoch war und sie häufiger wegen Drogen delikten im Gefängnis saßen. Europaweit steigt der Anteil der ausländischen Haftinsassen, eine Folge verstärkt grenzüberschreitend begangener Verbrechen und der Migration. Im Einwanderungsland Luxemburg ist der Anteil der zu Haftstrafen verurteilten Straftäter, die keinen Luxemburger Pass haben, mit 58,3 Prozent laut Tätigkeitsbericht der Justiz von 2017 besonders hoch.

Der Anteil der Gefangenen, die zu Haftstrafen zwischen einem und drei Jahren verurteilt wurden, lag vergangenes Jahr zudem bei 38,4 Prozent, der Anteil von Insassen mit langen Haftstrafen (zwischen fünf und 30 Jahren) lag 2017 bei 28,9 Prozent. Eine detaillierte Analyse der Haftdauer im Vergleich zu anderen Ländern liegt bislang nicht vor.

Nicht zum ersten Mal Proteste

Doch auch ohne belegbares Zahlenmaterial werden Frust und Ärger unter den Gefangenen weiter schwelen. Tatsächlich war dies nicht der erste Streik, es gab mehrere gewaltfreie Protestaktionen hintereinander. Am 26. April hatten 60 Insassen die Arbeit niedergelegt. Der Protest sei „strukturiert und durchdacht“, so die Staatsanwaltschaft. Die Proteste hätten gleichwohl nichts mit dem Vorfall vor mehr fast zwei Wochen zu tun, als Gefangene unter Alkoholeinfluss zwei Wärter verletzten und infolgedessen

weitere Gefangene nicht in ihre Zellen zurückkehren wollten. Die Wärtervereinigung forderte aufgrund der Gewalt besseren Schutz. Offenbar sind sie immer wieder mit Vorfällen konfrontiert. Die Zustand in Schrassig sind, das belegen Größe und Dauer des Protests, an dem sich laut Justizsprecher Henri Eipers zuletzt fast alle Verurteilten beteiligten, für viele Gefangenen offenbar nicht länger hinnehmbar.

Zeitungsberichten zufolge klagen die Insassen außer über die Haftdauer auch über Überbelegung und schlechte Behandlung durch das Wachpersonal. Gefangene in Schrassig müssen sich teilweise zu zweit oder dritt eine Zelle teilen. Weil der Platzmangel groß ist, konnten verschiedene, überfällige Verbesserungen, etwa im Frauentrakt, bisher nicht umgesetzt werden. Das soll mit der Eröffnung des Untersuchungsgefängnisses in Sassenheim besser werden. Laut Tätigkeitsbericht der Justiz lag die Belegungsquote beider Vollzugsanstalten, die geschlossene in Schrassig und die halboffene in Givenich, im Jahr 2017 bei 98,59 Prozent, also bei durchschnittlich 700 Personen. Für Schrassig allein lag sie sogar 2017 bei 103,35 Prozent, also 617 Personen.

Zur Kritik, die Gefangene in der Vergangenheit wiederholt äußerten, zählen *Land*-Informationen nach zudem unzulängliche Arbeitsangebote und fehlende Perspektive nach der Haftentlassung. Und dazu haben sie allen Grund. Nicht nur, dass Werkstätten oft nicht ausgelastet sind, die Zimmerei in Schrassig ist wegen längerer Krankheit des Ausbilders nicht in Betrieb – und wie die meisten Werkstätten nur für männliche Insassen zugänglich. Auch die Entlohnung sorgt für Unmut. Häftlinge, die in der Druckerei, Wäscherei oder in einem anderen Atelier arbeiten oder einer Ausbildung nachgehen, werden nach einem gestaffelten Tarifsystem bezahlt. Je nach Schwere der geleisteten Arbeit sind das zwischen mindestens 1,80 Euro und maximal 4,50 Euro pro Stunde. Männer arbeiten maximal sieben Stunden, Frauen acht Stunden. Im Krankheitsfall erhält ein Insasse einen Euro die Stunde; hat er die Verletzung selbst verschuldet, erhält er gar keinen Lohn. Die Sätze stammen aus dem Jahr 1989. Eine Anpassung an die steigenden Lebenshaltungskosten sei seitdem nicht erfolgt, so Bisenius auf Nachfrage des *Land*.

Resozialisierung: unzulänglich

Damit nicht genug: In Schrassig fehlt es seit Jahrzehnten an einem nachweislich wirksamen Konzept zur Resozialisierung. Das ist ein Grund, warum Félix Braz Nägel mit Köpfen machen und den Strafvollzug modernisieren will. Im Mittelpunkt der Reform des grünen Justizministers: eine Aufwertung der Resozialisierung und transparente Regeln für die Haftzeit und die Zeit danach. Beides ist überfällig. Dass Disziplinarstrafen aktuell per großherzogliches Reglement und nicht per Gesetz geregelt werden, darunter so gravierende Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte wie die Einzelhaft, findet Rechtsprofessor Stefan Braum „ein Unding“. Die Reform sieht unter anderem einen präziseren Katalog von Disziplinarstrafen sowie ein Widerspruchsrecht für Inhaftierte vor einer neuen Gerichtsbarkeit, der Strafvollzugskammer, vor.

Wie viel Sinn zudem eine berufliche und schulische Aus- und Weiterbildung macht, die sich an den Lehrplänen des Regelunterrichts orientiert und demgemäß zertifiziert, ist ebenfalls fraglich. Viele der Gefangenen haben die Schule abgebrochen, keine Berufsausbildung und stammen aus zerrütteten armen Verhältnissen. Ein normaler Unterricht ist mit ihnen nicht mehr möglich. Lehrkräfte einzustellen, die innerhalb der Gefängnismauern an dieselben Lehrpläne und Sprachanforderungen gebunden sind wie die Kollegen im Regelschulunterricht, geht an der Lebenswirklichkeit der meisten Insassen völlig vorbei. Im Ausland werden in der Resozialisierung verstärkt Sonderpädagogen eingesetzt. In Skandinavien werden mit *Peer-to-peer*-Ansätzen Erfolge erzielt. Dort coachen ehemalige Gefangene, die sich nach der Haft ein neues straffreies Leben aufgebaut haben, andere Gefangene. Kriminologen zufolge gelten fehlende Perspektiven, Armut und der anhaltende Kontakt zum Milieu als Hauptursachen für einen Rückfall in die Kriminalität. Im Schrassiger Gefängnisalltag scheinen diese Erkenntnisse indes kaum eine Rolle zu spielen. Haben sich früher Kriminologen der Association Luxembourgeoise de Criminologie oder ehemalige Häftlinge zu Defiziten und Herausforderungen des Luxemburger Strafvollzugs zu Wort gemeldet, sind deren Stimmen inzwischen fast völlig verstummt. Von der Uni Luxemburg oder dem Max-Planck-Institut (das auf Europäisches Verfahrensrecht spezialisiert ist) kommen nur wenige Beiträge zum hiesigen Strafvollzug.

Es hapert nicht nur an Resozialisierungsangeboten hinsichtlich der Aus- und Weiterbildung. Es fehlen Folgestrukturen, die ehemaligen Häftlingen und den Rückkehr in die Gesellschaft erleichtern. Die Wohnungsnot, für viele Luxemburger ein kaum zu lösendes Problem, ist für Häftlinge, die meistens kaum finanzielle Rücklagen haben und oft misstrauisch beäugt werden, ohne Hilfe kaum zu lösen. Die Caritas Accueil et solidarité ist dabei, ein Konzept für sogenannte *Maisons de transition* zu entwickeln. Dort sollen ehemalige Häftlinge, neben einem Dach überm Kopf, Unterstützung bei der Arbeitssuche und Alltagsbewältigung erhalten. Für viele kommt das Angebot indes zu spät und angesichts der großen Zahl an Bedürftigen sind die geplanten Plätze bestenfalls der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Hohe Rate an Wiederholungstätern

Jahrelang hat die Politik, hat die Gesellschaft es hingenommen, dass verurteilte Straftäter weggesperrt werden, ohne dass sich für sie nach ihrer Haftzeit eine reelle Perspektive als vollwertige Mitglieder in der Gesellschaft ergibt. Jahrzehntlang wurden nicht einmal ordentlich Statistiken geführt. Laut Justizbericht lag der Anteil der Wiederholungstäter 2017 bei 32 Prozent. Hinzu kommt, dass der Service central d'assistance sociale, die Bewährungshilfe, über Jahre chronisch überlastet und daher nicht voll funktionsfähig war. Dabei ist die Resozialisierung ein Grundrecht, das sagen der Europäische Menschenrechtsgerichtshof, aber auch das deutsche Bundesverfassungsgericht einhellig. Der Entwurf der Strafvollzugsreform, der derzeit in der parlamentarischen Justizkommission diskutiert wird, geht in Sachen Resozialisierung nicht wirklich neue Wege. Laut *Exposé des motifs* geht es darum, den Luxemburger Strafvollzug an die Ansprüche und Empfehlungen des Europarats und an die Europäische Rechtsprechung anzupassen, also humaner zu machen. Die Reform holt nach, was in anderen EU-Ländern schon vor zehn, 15 Jahren umgesetzt wurde.

Doch die legislativen Arbeiten ziehen sich hin und die Vorbereitungen im Strafvollzug selbst kommen ebenfalls schleppend voran: Statt von Anfang

Dass Insassen der Schrassiger Strafvollzugsanstalt gegen ihre Haftbedingungen protestieren, sollte niemanden überraschen. Manche Zustände dort sind kaum mit den Grundrechten vereinbar

an alle Akteure einzubinden, wurde im vom CSV-Justizminister François Biltgen angefertigten Vorläufer-Entwurf, der dafür eigens einen Experten aus der Schweiz hatte kommen lassen, Schlüsselakteure der Resozialisierung nur ein einziges Mal angehört.

Weil die Generalstaatsanwaltschaft heftig protestierte, wurde zudem ein Kernelement der Reform, die Herauslösung des Strafvollzugs aus dem Zuständigkeitsbereich der Generalstaatsanwaltschaft wieder aus dem Text gestrichen. Im Brazschen Entwurf ist sie erhalten, sie sieht eine klarere Trennung zwischen Strafvollzug und Strafverfolgung vor, so wie es dem Prinzip der Gewaltentrennung entspricht. Das hatten Menschenrechtskommission und die Ombudsfrau in ihren Gutachten zum Gesetzestext kritisch angemerkt. Dass rechtsstaatliche Grundsätze nicht immer ernst genommen werden, lässt sich auch in anderen Rechtsbereichen beobachten, etwa wenn die Jugendstaatsanwaltschaft mit den Jugendrichtern gemeinsam Gutachten zu Gesetzestexten verfasst und publiziert oder Richter sich über die vermeintliche Einmischung von Ministern beschweren, aber selbst an den Beratungen und der Ausarbeitung von Gesetzestexten teilnehmen wollen.

Auch Inhaftierte haben Rechte

Obwohl ihr Bild in der Öffentlichkeit oft kein gutes ist, haben verurteilte Straftäter selbstverständlich Rechte. Auch für sie gelten die Europäischen Menschenrechtskonvention und die Europäische Grundrechtecharta, obwohl das offenbar manche Leute nicht so sehen. Anders ist die Hartnäckigkeit, mit der Häftlingen ihre Rechte vorenthalten werden und Missstände über Jahrzehnte anhalten, nicht zu erklären. Es brauchte Jahre und unzählige Ermahnungen des Antifolterkomitees des Europarats und weiterer Menschenrechtsorganisationen, bis die Politik ein Gesetzesvorhaben auf den Instanzenweg schickte, um ein Untersuchungsgefängnis zu bauen, das Untersuchungshäftlinge, deren Schuld nicht bewiesen ist, von verurteilten Tätern trennt. Dasselbe gilt für die Unterbringung von Minderjährigen im Erwachsenenvollzug. Mehr als 30 Jahre sollte es dauern, bis eine geschlossene Jugendanstalt gebaut wurde – und noch immer will der Justizminister, auf Drängen von Staatsanwaltschaft und Richter, eine Hintertür offenlassen, um jugendliche Intensivtäter in Ausnahmefällen in Schrässig einzusperren.

Nicht so genau nimmt es der hiesige Strafvollzug auch mit dem Gleichheitsgrundsatz und dem Prinzip der Antidiskriminierung: Weibliche Insassen haben weder denselben Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten wie männliche Insassen, noch verdienen sie im Ergebnis dasselbe. Ihre Freizeitaktivitäten sind beschränkt, sie dürfen erst seit kurzem in den halboffenen Vollzug nach Givenich.

Der Luxemburger Strafvollzug erfüllt weitere Empfehlungen des Europarates, die *Europäischen Strafvollzugsgrundsätze* von 2006, nicht. Die Besuchsregelung wurde in der Zwischenzeit verbessert. Bis zu fünf Stunden im Monat kann ein Häftling Besuch empfangen, mit Kindern ist die Besuchszeit länger. Aber intime Besuche oder Treffen zwischen Strafgefangenen und ihre Partner ohne Aufsicht durch Vollzugsbeamte sind nicht vorgesehen. Dabei haben sie ein Recht auf Intimität und Privatsphäre.

Skandalös ist die Situation der verurteilten Sexualstraftäter. Weil es an Therapieplätzen fehlt, werden viele ohne jegliche psycho- und sozialtherapeutische Behandlung entlassen. Die Rückfallgefahr gerade bei untherapierten pädophilen Sexualstraftätern ist laut Experten besonders hoch.

Immer wieder sorgen Berichte über Vorwürfe unrechtmäßiger Behandlung von Insassen durch das Vollzugspersonal für Schlagzeilen: Eine schwangere Insassin in Schrässig wurde während des Geburtsvorgangs ans Bett im Kreißsaal angebunden. Ihr Partner, ebenfalls in Schrässig inhaftiert, durfte sein Neugeborenes nur mit gefesselten Händen halten. Anders als die Polizei, die Fehler im Umgang mit den werdenden Eltern einräumte, stritt das Klinikpersonal die diskriminierende Behandlung ab.

Ein Fall beschäftigt derzeit die Gerichte: Eine Gefangene soll einer Justizvollzugsbeamtin das Nasenbein gebrochen haben, als sie sich weigerte, sich für eine intime Durchsuchung durch Beamte nackt auszuziehen. Ihr Anwalt wirft dem diensthabenden Gefängnisarzt vor, nicht, wie vorgeschrieben, die Körperdurchsuchung angewiesen und durchgeführt zu haben.

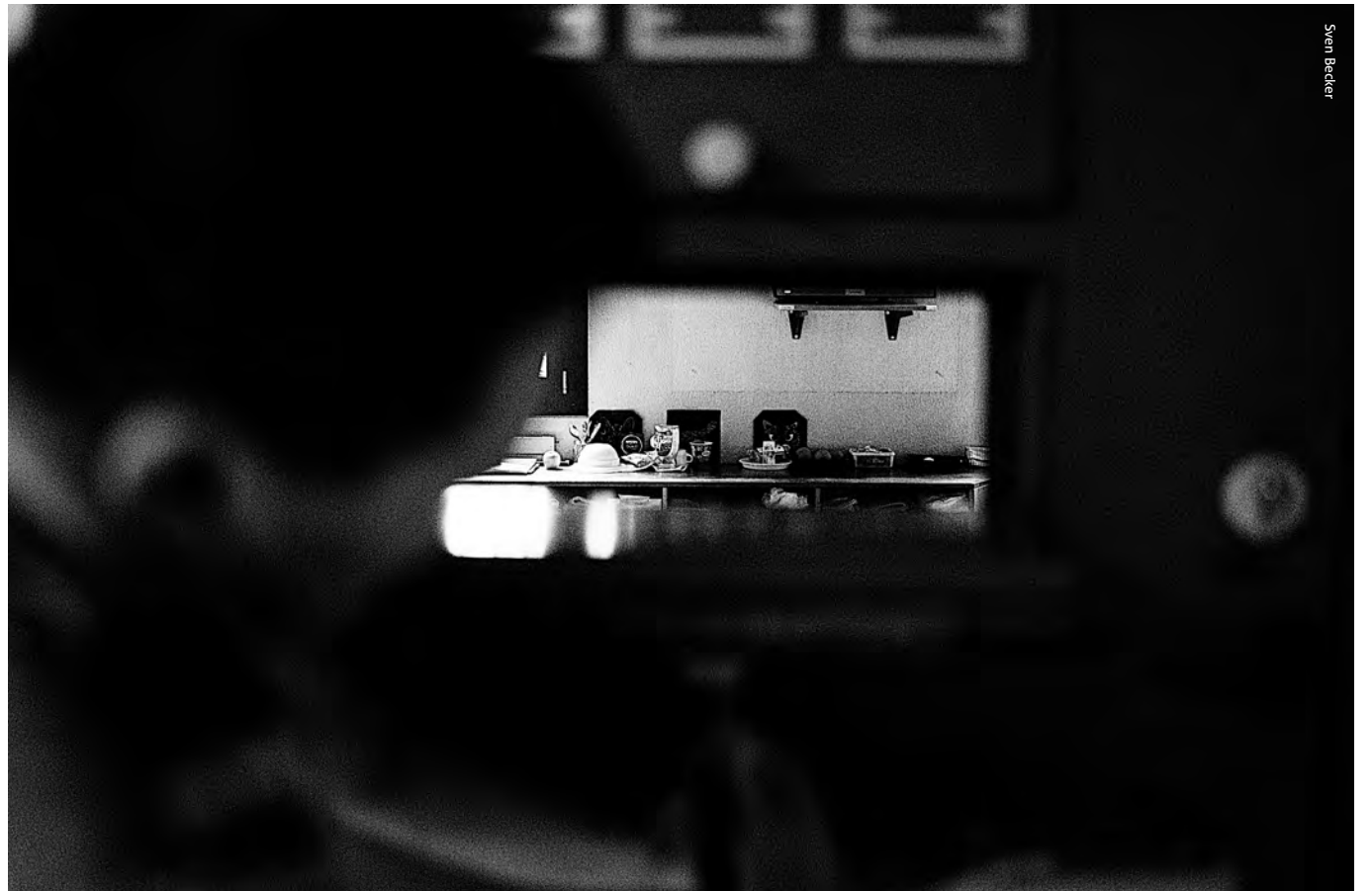
Grundrechte von Gefangenen stehen auch in der Politik oft nicht hoch im Kurs: So verweigerte der damalige Justizminister Luc Frieden (CSV) der Presse wiederholt den Zugang zur Schrässiger Haftanstalt, um dort mit Gefangenen zu sprechen. Inzwischen scheint diese pauschale Abschottungshaltung der Vergangenheit anzugehören: Das *Land* erhielt umstandslos grünes Licht für seine Reportage im Frauenstrafvollzug (*d'Land* vom 2.2.18); beide Gefängnisleitungen waren zum Gespräch bereit.

Die CSV fragte im Kontext des Gefangenestreiks, wie es sein könne, dass Gefängnisinsassen überhaupt über Telefone verfügten. Einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zufolge zählt Telefonieren in der Haft zum Grundrecht auf Resozialisierung; dafür müssten Gefangene Kontakt zur Außenwelt aufnehmen können, dies zu einem angemessenen, bezahlbaren Preis. Probleme in den Anstalten bereiten immer wieder über die Mauern geschmuggelte Handys. In Frankreich werden Zellen zunehmend mit Festnetztelefonen ausgestattet.

Unvereinbar mit den Grundrechten ist überdies, dass es noch immer kein Widerspruchsrecht für Gefangene gibt. Künftig sollen sie gegen Entscheidungen wie Disziplinarstrafen Berufung vor einer Strafvollzugskammer, zuständig für die Vollstreckung der Gerichtsurteile, einlegen können.

Fraglich könnte sein, ob die, wie die Generalanwältin Christiane Bisenius selbst sagt, „harten Strafen“, die den Anführern und Mitläufern der Streikaktionen von der Gefängnisleitung auferlegt wurden, grundrechtkonform sind. Medien berichteten von Kollektivstrafen, diese sind laut den *Europäischen Strafvollzugsgrundsätzen* des Europarats jedoch verboten, ebenso wie Körperstrafen, Dunkelhaft sowie alle sonstigen Formen der unmenschlichen oder erniedrigenden Strafe. Auf *Land*-Nachfrage heißt es seitens der Staatsanwaltschaft, die Verlegung der Streikanführer auf eine andere Abteilung sei eine administrative und keine disziplinarische Strafe. Fakt ist, dass 125 Gefangene dieselbe Strafe bekamen. In 73 Fällen blieben Strafmaßnahmen aus. ik

Der Strafvollzug muss ausbaden, was die Politik nicht willens ist, anzugehen: eine fragwürdige repressive Drogenpolitik, die Suchtkranke stigmatisiert und Kleindealer oft für viele Jahre ins Gefängnis sperrt



Stefan Becker



Normalerweise stehen die Zellentüren tagsüber offen. Für die streikenden Gefangenen bleiben sie zur Strafe 30 Tage verschlossen

Fehlende Zusammenarbeit

Auch um die Zusammenarbeit der psychologischen Dienste innerhalb der Gefängnismauern und der Bewährungshilfe sowie weiterer Sozialdienste von außerhalb wurde und wird gerungen, gab und gibt es Meinungsverschiedenheiten. Obwohl es für einen möglichst reibungsarmen Übergang zwischen der Zeit hinter Gittern und dem Leben in Freiheit unerlässlich ist, dass alle Akteure an einem Strang ziehen, ist das nicht selbstverständlich und geben fehlende Absprachen und *double emploi* immer wieder Anlass für Frust und Streit. Nicht selten liegt das an Mitarbeitern, die nicht zusammenarbeiten können oder wollen. Wie tief das Misstrauen zwischen manchen Akteuren im Strafvollzug reicht, wurde deutlich, als sich herausstellte, dass ein ehemaliger Vizedirektor der Schrässiger Haftanstalt nicht davor zurückschreckte, die Telefonverbindungen der zuständigen Vertreterin der Staatsanwaltschaft heimlich aufzeichnen zu lassen. Er wurde kürzlich zu einer – überraschend milden – Strafe verurteilt.

Da sind dann auch dem Justizminister die Hände gebunden. Félix Braz hat im April die Akteure der Sozialarbeit zu sich ins Ministerium gerufen mit der Aufforderung, sie sollten aufschreiben, wie sie ihre Rolle im Resozialisierungsprozess verstehen und wie sie sich die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren vorstellen. Ein kluger Schachzug, denn so liegt die Verantwortung für den Erfolg (oder das Scheitern) der Beratungen auch bei ihnen. Will Luxemburg eine zeitgemäße Resozialisierung auf die Beine stellen, braucht sie die enge Verzahnung

aller Dienste, müssen bisherige Verfahren und Gremien überprüft und hinterfragt werden. Der psycho-sozio-educative Dienst in Givenich beispielsweise zählt im Tätigkeitsbericht von 2017 konzeptuelle Neuerungen auf, etwa die engere Begleitung von Neuankömmlingen. Den individuellen Entwicklungsplan gibt es dort bereits. Doch weder dieser noch andere Dienste wurden je ernsthaft auf ihre Wirksamkeit überprüft: Wie viele Gefangene wurden dauerhaft in Arbeit vermittelt und führen heute ein Leben in Freiheit, ohne rückfällig geworden zu sein? Und was tun mit der steigenden Zahl an Gefangenen, die drogenabhängig sind, psychische Probleme haben und deren Lebenslauf so brüchig ist, dass an eine reguläre Wiedereingliederung nicht zu denken ist?

Repressive Drogenpolitik

Das ist ein weiterer, wichtiger Aspekt des überlasteten Strafvollzugsystems, der öffentlich unhinterfragt bleibt: Das Gefängniswesen ist ein Abbild der Rechtsprechung und Verurteilungspraxis der Gerichte – und der dahinterliegenden Gesetze. Luxemburg setzt in der Drogenpolitik seit jeher auf Repression statt auf Entkriminalisierung und Resozialisierung: Das spiegelt sich in der Polizeistatistik bei den erfassten Verbrechen und Verhaftungen wider, und später in der Verurteilten- beziehungsweise in der Strafvollzugsstatistik: 22 Prozent der verurteilten Straftäter in Schrässig sitzen dort wegen drogenbezogener Delikte ein. Welche Taten ihnen konkret zur Last gelegt werden, schlüsselt der Tätigkeitsbericht der Justiz nicht auf. Es ist davon auszugehen, dass sie zur typischen Beschaffungs-

riminalität zählen: Einbruch, Diebstahl, Raub und Gewaltdelikte unter Drogeneinfluss. In Luxemburg stehen darauf, je nach Schwere, zwischen drei, fünf und mehr Jahre Haft. Portugal, mit das Großherzogtum historisch eng verbunden ist, geht einen anderen Weg und setzt in der Suchtbekämpfung auf Entkriminalisierung: Statt Kleindealer und Konsumenten mit aller Härte des Gesetzes zu verfolgen und ins Gefängnis zu sperren, wird lieber in Gesundheitsprogramme und in Wiedereingliederungsmaßnahmen für Drogenkranke investiert. Die DP-LSAP-Grüne-Koalition hatte im Regierungsprogramm angekündigt, die Drogenpolitik hinterfragen und neue Wege denken zu wollen, sogar von einem Versagen der bisherigen Repressionspolitik wurde gesprochen. Geschehen ist diesbezüglich, außer einem Pilotprojekt für Kranke, die auf Cannabis angewiesen sind, und einem Polizeiminister, der die Drogenrazzien im Bahnhofsviertel verstärkt hat, aber nichts.

So badet der Strafvollzug aus, was die Politik nicht in der Lage oder nicht willens ist, anzugehen: eine fragwürdige Drogenpolitik, die Kranke und Kleindealer oft für Jahre ins Gefängnis sperrt und die großen organisierten Banden dahinter, die oftmals über Landesgrenzen hinaus operieren, nur selten zur Verantwortung zieht. Drogenkranke sind aber im Gefängnis aufgrund ihrer Sucht eher fehl am Platze: Trotz Suchtprogrammen wie Tox-in gilt die Resozialisierung von straffällig gewordenen Suchtkranken als besonders schwierig. Das räumt selbst der stellvertretende Generalstaatsanwalt Jeannot Nies ein: „Die Frage lässt sich in der Tat stellen, ob Drogenkranke im Gefängnis richtig aufgehoben sind.“

Leitartikel

Produktiv und familienfreundlich

Romain Hilgert

Das Arbeitsrecht spielt seit längerem kaum noch eine Rolle im Wahlkampf. Selbst die traditionell den Gewerkschaften nahestehende LSAP findet meist, dass man die Gewerkschaften getrost mit arbeitsrechtlichen Fragen alleine lassen soll. Diesmal könnte das etwas anders sein. Denn mit unterschiedlicher Begründung drängen viele Kandidaten auf eine Flexibilisierung des Lohnarbeitsverhältnisses. Dass das nicht jedem geheuer ist, zeigte sich am 1. Mai. OGBL-Präsident André Roeltgen verlangte, dass der normale Arbeitsvertrag besser geschützt und das Arbeitsrecht zum „Bollwerk gegen jede Form der Rechtslosigkeit in den Arbeitsverhältnissen“ werden müsse. Denn „digitale Plattformen wie Uber sind nur Spitzen des Eisbergs, um den Schutz der Arbeit grundsätzlich in Frage zu stellen“. In ähnlichen Worten forderte LCGB-Präsident Patrick Dury, dass unbefristete Arbeitsverträge die Regel bleiben, die Scheinselbstständigkeit verhindert werden und die obligatorische Sozialversicherung bestehen bleiben müssten.

Vielleicht war das auch ein wenig eine Antwort auf Premierminister Xavier Bettel, der vergangene Woche in seiner Erklärung zur Lage der Nation angekündigt hatte, „die Flexibilität weiter auszubauen und Modelle auszuarbeiten, bei denen Arbeitszeit

und die Zeit mit der Familie sich optimal ergänzen“ würden. Der Staat solle „die Voraussetzungen schaffen, dass die Betriebe und die Lohnabhängigen sich besser auf neue Arbeitszeitmodelle einigen können“. Ein gesetzlicher Rahmen soll geschaffen werden, damit junge Eltern „ihren Alltag so viel wie möglich mit ihren Kindern verbringen können“, ohne dass das „auf Kosten ihrer beruflichen Aussichten oder auf Kosten der Produktivität das Betriebs“ gehe.

Familienministerin Corinne Cahen hatte auf dem DP-Parteitag vor 14 Tagen angekündigt, dass mit den „starren Arbeitszeiten, starren Vorschriften und starren Arbeitsorten“ Schluss gemacht werden soll. Möglicherweise ist nicht jedem aufgefallen, dass dies Schlüsselemente sind, die laut Artikel 121-4 des Arbeitsgesetzbuchs zum Schutz der Beschäftigten Bestandteil jeden Arbeitsvertrags sein müssen und deshalb vor allem von den Unternehmen als „starr“ empfunden wurden.

Wirtschaftsminister Etienne Schneider hatte auf dem LSAP-Kongress vor einem Monat versprochen, dass „die 40-Stundenwoche ausgedient“ habe, da die Volkswirtschaft digital und nachhaltig werde, Jeremy Rifkin sei sein Zeuge. Der Minister

wünschte sich, dass „alle an den Produktivitätsgewinnen beteiligt werden“ sollen. Der OGBL-Präsident schätzte zum 1. Mai, dass die Digitalisierung die Produktivität steigern, bis Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich möglich würden. So dass der Unternehmerdachverband und die Handelskammer bereits angestrengt vorrechnen, dass es hierzulande seit Jahren keine Produktivitätsgewinne mehr gebe.

Die DP beschwichtigt deshalb, dass die Flexibilisierung des Arbeitsrechts im Grunde eine Fortsetzung der Reform des Elternurlaubs werden soll, nachdem sie die Familien „in der Rush hour des Lebens“ als liebste Wahlklientel ausgewählt hat. Dass die Reform des Elternurlaubs, ihre soziale Vorzeigereform, zum Erfolg wurde, hat aber einen Preis: eine Verdoppelung der staatlichen Ausgaben auf 165 Millionen Euro vergangenes Jahr. Es ist nicht sicher, ob die DP genug Geld bereitstellen will oder kann, um statt der Verteilung von Produktivitätsgewinnen die sozialen Kosten einer Flexibilisierung des Arbeitsverhältnisses zu verstaatlichen. Denn familienfreundlich sind atypische Arbeitsverhältnisse bestenfalls für eine Minderheit der gehobenen Einkommensklasse. Den restlichen Familien droht die ständige Ungewissheit, wie lange sie ihren Urlaub, ihre Hypotheken oder die Studien ihrer Kinder bezahlen können.

blog



Rechtzeitig zu den Sommerferien sollen auf dem Flughafen *Automated border control gates* (ABC gates) aufgestellt werden, um von außerhalb des Schengen-Raums kommende oder dorthin fliegende Reisende und ihre Reisedokumente zu überprüfen. Ohne Einwirken von Grenzbeamten vergleichen die Maschinen die biometrischen Daten der Reisenden und ihrer Pässe. Das erklärte der Minister für innere Sicherheit, Etienne Schneider (LSAP), auf eine parlamentarische Anfrage von Gusty Graas (DP) und versicherte, dass die Polizei bisher keine illegalen Einwanderer auf dem Findel festgestellt, fünf Personen aber mangels Einreiseerlaubnis abgewiesen habe. **rh.**

Personalie

Personalie

Politik

Soziales

Gemeinden

Medien

Norbert Hauptert,



CSV-Abgeordneter von 1999 bis 2013, wurde von Erzbischof Jean-Claude Hollerich gemäß der Artikel 118, 1 279 und 1 280 des Kanonischen Rechts zum ersten Vorsitzenden des seit dieser Woche aktiven Kirchenfonds ernannt. Die Mandatsdauer des Gymnasialdirektors im Ruhestand ist *ad experimentum* auf ein Jahr begrenzt. Geschäftsführer des in Nachfolge der kommunalen Kirchenfabriken mit der Verwaltung des Immobilienbesitzes des Erzbistums betrauten Fonds ist der im internationalen Immobiliengeschäft tätige Anlageberater Philip Mauel. Weitere Mitglieder des nach einer Testphase erweiterten Vorstands sind Generalvikar Leo Wagener und Generalökonom Marc Wagener. Der Generalvikar meinte gegenüber dem *Luxemburger Wort*, dass das Erzbistum „keinen Überblick über die Verbindlichkeiten“ der ehemaligen Kirchenfabriken habe, es stehe „aber jetzt schon fest, dass es eine Differenz geben wird“. So dass die Gemeindemitglieder zum Spenden aufgerufen werden, auch wenn vielerorts die vom Syfel gestreute „Saat der Propaganda gegen den Fonds aufgegangen“ sei. **rh.**

Lydia Mutsch,

Gesundheits- und Chancengleichheitsministerin (LSAP), wurde von zwei DP-Abgeordneten in eine unbequeme Lage gebracht, als sie wissen wollten, wie sie es mit der religiösen Beschneidung neugeborener Knaben jüdischer und islamischer Eltern hält. Sie weist darauf hin, dass es zwischen der Religionsfreiheit und den Rechten der Kinder abzuwägen gilt, scheint sich dann aber aus Angst vor dem Antisemitismusvorwurf eher für die Religionsfreiheit zu entscheiden. Sie zitiert, dass das Strafgesetzbuch eigentlich jede Form freiwilliger Körperverletzung unter Strafe stellt, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass ein geplanter neuer Artikel 410 nur die Genitalverstümmelung von Mädchen als schwerwiegend genug unter Strafe stellen soll. **rh.**



Diskrete Überwachung

Premierminister Xavier Bettel (DP) hinterlegte vor 14 Tagen einen Gesetzentwurf im Parlament, um das Geheimdienstgesetz von 2016 zu ändern. Durch die Reform der Reform soll die Führung des Service de renseignement um den Posten eines zweiten beigeordneten Direktors vergrößert werden, neben der Direktorin und dem derzeitigen beigeordneten Direktor. Dies wird damit begründet, dass die nach dem Geheimdienstskandal geschaffenen Kontrollmechanismen einen großen Teil der Arbeitszeit der Direktion beanspruchten. Wobei ein Teil der Spione ihre Direktorin verdächtigen, ihre Kontrollpflicht zu übertreiben. Daneben soll der Nachrichtendienst die Möglichkeit bekommen, mit Erlaubnis seines Comité ministériel oder seines Ministers zur „diskreten Überwachung“ Personenbeschreibungen in die europaweite Datenbank des Schengen-Informationssystems II einzuspeisen. **rh.**

Systemingenieur

Nachdem interne Dokumente des Parlaments vorübergehend über Internet zugänglich wurden und Vorwürfe laut geworden waren, dass die Abgeordnetenkenntnisse ihre Informatik etwas amateurhaft verwalten, sucht sie nun einen Systemingenieur, der ihre Computerinfrastruktur verwalten soll. Bewerbungen müssen bis Ende des Monats eingereicht werden, brieflich. **rh.**

„Schäissegal“

Die maximale Bezugsdauer für Krankengeld soll von 52 auf 78 Wochen verlängert werden. Vergangenen Freitag nahm der Regierungsrat dazu einen Gesetzentwurf von Sozialminister Romain Schneider (LSAP) an. LCGB-Präsident Patrick Dury meinte jedoch in seiner Rede zum 1. Mai in Remich, damit hinge auch weiterhin ein „Dammoklesschwert“ über schwer Kranken, und er warf Schneider erneut vor, ihm seien „die Leute scheißegal“. Am 25. Juni will der LCGB in einer Kundgebung vor dem Sozialministerium erneut öffentlichkeitswirksam die komplette Streichung der Krankengeldbefristung fordern. Dass die christliche Gewerkschaft Stimmung gegen Romain Schneider mache, weil der die falsche Parteikarte hat, hatte Dury auf einer Pressekonferenz vergangene Woche von sich gewiesen. **pf**

Impaktbetriebe

Arbeits- und Solidarwirtschaftsminister Nicolas Schmit (LSAP) hat einen Gesetzentwurf im Parlament eingereicht, durch den die öffentliche Unterstützung für Gesellschaften mit sozialem Impact (Sociétés d'impact sociétal, SIS) auf weitere Bereiche ausgedehnt werden soll. Im Motivenbericht zum Gesetzentwurf werden Entwicklungshilfe, sozialer Mietwohnungsbau, Erwachsenenbildung oder wissenschaftliche Forschung genannt. **pf**

Politisches Pingpong

Einen Schlagabtausch auf *Facebook* lieferten sich diese Woche Innenminister Dan Kersch (LSAP) und der CSV-Abgeordnete und Hesperinger Bürgermeister Marc Lies. Kersch hatte Lies vorgeworfen, „Land und Leute auf den Arm zu nehmen“ und mit falschen Zahlen zu operieren, um so den Eindruck zu erwecken, die Gemeinde Hesperingen sei bei der Gemeindefinanzreform schlechter gestellt worden. Tatsache sei aber, dass Hesperingen mit der Finanzreform 2017 5,05 Millionen Euro mehr in die Gemeindekassen bekommen habe wie ohne Reform. Das wollte Lies nicht so stehen lassen und schrieb seinerseits, seine Gemeinde habe 2015 im Ganzen 2 652 Euro o Kopf ausbezahlt bekommen, während es 2017 nur noch 2 613 gewesen seien. Im Jahr 2016 habe sie 2,3 Millionen weniger erhalten und im Jahr 2017 1,7 Millionen Euro. Kersch feuerte zurück und nannte das Statement „erbärmlich“, woraufhin Lies eine Tabelle mit Zahlen als Beweis veröffentlichte. Daraufhin Kersch entnervt: „Noch einmal zum Mitschreiben“: Die Schulgehalter seien von der Summe von 2015 abzuziehen, während dies 2017 eben nicht der Fall sei. Wie auch immer, eins steht fest: Der Tonfall im diesjährigen Wahlkampf verspricht, um einiges rauer zu werden. **ik**

Revue-Relaunch



Die Auflagen und Werbeeinnahmen der Magazine sinken. Laut Plurimedia-Umfrage von TNS-Ilres ging die Reichweite der *Revue* in den vergangenen zehn Jahren um die Hälfte zurück. Je nach Zeitgeist schwankte die Ausrichtung des inzwischen zu Editpress gehörenden Blatts wiederholt zwischen Familienblatt mit privaten Hochzeitsfotos und einem *Spiegel*-Imitat mit Kriegsberichterstattung. Diese Woche versuchte die 1939 in einem ersten Anlauf und dann 1945 neu gegründete *Revue* einen weiteren „Relaunch“. Die bisher wie *Télécran* mittwochs erscheinende Zeitschrift kommt nun freitags heraus. **rh.**

Die Reichen lassen regieren, die Armen werden regiert, das politische Personal aus der Mittelschicht wird fürs Regieren bezahlt

Im engen Kreis

Romain Hilgert

Die repräsentative Demokratie erscheint trügerisch. Entblößt von aller Schönfärberei, läuft sie darauf hinaus, dass die Reichen regieren lassen und die Armen regiert werden. Den Reichen ist ihre Zeit zu wertvoll, um auf Stimmenfang zu gehen und Aktenvermerke zu lesen; die Armen wurden nie gelehrt, sich zu Wort zu melden. Deshalb wird für die zunehmend berufsmäßige Verwaltung der Staatsgeschäfte ein politisches Personal mit Geld und Ruhm bezahlt. Es stammt aus einer Mittelschicht zwischen Arm und Reich, einem weitgehend verbeamteten oder selbstständigen Kleinbürgertum, das alles andere als repräsentativ für die große Mehrheit der Bevölkerung ist. Die soziale Herkunft der Kandidaten beeinflusst aber bewusst oder unbewusst ihre politischen Ansichten.

Diese Tendenz führt zu einer erstaunlichen Homogenität der Kandidatenlisten, die weitgehend unabhängig ist von der sozialen Zusammensetzung der Stammwählerschaft, der Ideologie und dem Ursprung der zum Regieren berufenen Parteien. Das zeigen erneut die seit dem Wochenende vollständig vorliegenden Kandidatenlisten von CSV, DP, LSAP und Grünen für die Parlamentswahlen am 14. Oktober. Seit dem Zweiten Weltkrieg durften ausschließlich CSV, LSAP und DP Minister, Staatssekretäre und Mehrheitsabgeordnete stellen, seit den letzten Wahlen auch die Grünen. Die kleineren Parteien, wie ADR, Linke, KPL oder Piraten, bleiben vom Regieren ausgeschlossen. Die Reform des Wahlgesetzes von 2003 macht es ihnen sogar schwerer, Kandidatenlisten aufzustellen, so dass sie bisher noch keine veröffentlicht haben.

Um die Repräsentativität der Demokratie zu beweisen, geht viel von Kandidatenquoten die Rede: Seit dem 19. Jahrhundert gelten geographische Quoten durch die Einteilung der Bevölkerung in vier Wahlbezirke. Seit der Reform des Parteienfinanzierungsgesetzes vor anderthalb Jahren gelten auch Geschlechterquoten. Mit dem Referendum von 2015 hatte die Regierung versucht, die nationale Quote neu festzulegen. Doch fast scheint es, als ob die ganze Aufmerksamkeit für die richtige Dosierung von Stadt und Land, von Frauen und Männern, Inländern und Ausländern bloß von der fehlenden sozialen Repräsentativität in Parlament und Regierung ablenken soll.

Die 240 Kandidaten von CSV, LSAP, DP und Grünen lassen sich nämlich beinahe vollständig in fünf Berufsgruppen aufteilen: Erziehungs- und Pflegebereich, öffentliche Verwaltung, Angestellte, Selbstständige und Rechtsanwälte. 33 Prozent der Kandidaten stammen aus dem Erziehungs- und Pflegebereich, der landesweit bloß sechs Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigt. 22 Prozent kommen aus Verwaltungen und anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes, die insgesamt nur neun Prozent der Erwerbstätigen ausmachen. Wobei ein großer Teil der Lehrer, Pfleger, Erzieher und Sozialarbeiter ebenfalls zum öffentlichen Dienst gehören oder in einem parastaatlichen Arbeitsverhältnis sind, so dass die Hälfte der Kandidaten aus dem öffentlichen Dienst im weiteren Sinn stammt.

Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes fühlen sich von ihrer Arbeit her oft dem Staat näher. Die Beschäftigten der sozio-educativen Branchen sind zudem von Berufs wegen gewohnt, sich für ihre Mitmenschen einzusetzen. Hinzu kommt, dass sie großzügiger für ihr politisches Mandat freigestellt werden und, anders als Beschäftigte der Privatwirtschaft, eine Arbeitsplatzgarantie für die Zeit nach dem Ende ihrer politischen Laufbahn haben. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben ein anderes Verhältnis zur Existenzsicherheit als mit den Risiken eines Lohnarbeitsverhältnisses vertraute Beschäftigte der Privatwirtschaft.

Überrepräsentiert unter den Kandidaten sind auch die Selbstständigen, die ohne Rechtsanwälte 13 Prozent der Kandidaten, aber nur sechs Prozent aller Erwerbstätigen ausmachen. Selbstständige verfügen gemeinhin über mehr Unternehmerteil zur Wahrnehmung ihrer Interessen als Beschäftigte in untergeordneten Positionen. Außerdem können sie selbst über ihre Arbeitszeit für die Wahrnehmung eines politischen Mandats entscheiden. Mittelständern ist individuelles Leistungsstreben oft wichtiger als solidarische Umverteilung.

Am meisten überrepräsentiert sind aber die Rechtsanwälte. Sie machen kaum ein Prozent aller Erwerbstätigen, aber acht Prozent der Kandidaten von CSV, LSAP, DP und Grünen aus. Ein Jura Studium ist der Königsweg in politische Ämter: Von elf Regierungschefs in den letzten 100 Jahren waren acht Rechtsanwälte. Rechtsanwälte sind schon mit der Gesetzgebung vertraut, wenn sie ins Parlament gewählt werden, sie haben oft rhetorische Erfahrung und können sich als Selbstständige ihre Arbeitszeit zwischen Beruf und Amt selbst aufteilen. Rechtsanwälte neigen von Berufs wegen eher dazu, gesellschaftliche Fragen auf private Interessenkonflikte zu reduzieren.

Unterrepräsentiert ist dagegen die größte Erwerbstätigen Gruppe, die der Angestellten. 33 Prozent der Erwerbstätigen im Land sind Angestellte im herkömmlichen Sinn, aber nur 16 Prozent der Kandidaten. Und gar nicht repräsentiert sind die Arbeiter. Sie machten 31 Prozent der Erwerbstätigen aus – zumindest bis zur Auflösung ihres Statuts durch das arbeitsrechtliche Einheitsstatut in der Privatwirtschaft 2009 –, aber kein einziger der 240 Kandidaten von CSV, LSAP, DP und Grünen ist Handarbeiter in der Industrie oder am Bau. Dabei wurde diese Woche gerade dem Unfalltod des Tetinger Abgeordneten und Bergarbeiters Jean Schortgen vor 100 Jahren gedacht, des ersten Arbeiters im Parlament.

Gar nicht repräsentiert sind auch die rund 16 000 Arbeitslosen. Die wenigen erwerbslosen Kandidaten sind vorwiegend Hausfrauen und Studierende.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind die Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung der Kandidatenlisten gering. Die Zahl der Kandidaten aus Erziehungs- und Pflegeberufen sowie dem öffentlichen Dienst ist bei der inzwischen verbeamteten Arbeiterpartei LSAP und bei den Grünen mit jeweils 36 gleich. Nicht die LSAP, sondern die DP ist die Partei mit den meisten Angestellten, zwölf. Nicht die DP, sondern die CSV ist die Partei mit bei weitem den meisten Selbstständigen und vor allem Anwälten, insgesamt 20, was vielleicht auch mit ihrem hohen Anteil von Berufspolitikern unter den Kandidaten zu tun hat. Die wenigsten Selbstständigen stellt die LSAP auf, dafür aber ausgerechnet im industriellen Süden die meisten Beamten.

Ein Viertel aller Kandidaten sind Berufspolitiker und werden ausschließlich fürs Regieren bezahlt. In der Regel sind es Minister, Staatssekretäre, parlamentarische Fraktionsvorsitzende, Abgeordnete, die auch Bürgermeister sind, einige Abgeordnete ohne richtigen Beruf und der eine oder andere Parteifunktionär und Fraktionsreferent.

Mit Ausnahme der Grünen macht der Anteil der Berufspolitiker unter den Kandidaten der verschiedenen Parteien etwa ein Drittel aus:

CSV	22 Berufspolitiker
LSAP	18 Berufspolitiker
DP	18 Berufspolitiker
Grüne	8 Berufspolitiker.

Die Grünen hatten ursprünglich versucht, das Berufspolitikertum in ihren Reihen durch Rotation, imperatives Mandat sowie die Trennung von Ämtern und Mandat zu verhindern. Aber selbst sie zählen inzwischen acht Berufspolitiker unter ihren Kandidaten und demonstrieren damit die von anderen Parteien zum Regieren verlangte Ernsthaftigkeit und Zuverlässigkeit.

Die Zahl der Berufspolitiker hat in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen. Weil die politische Arbeit im Parlament und in den Gemeinden immer technischer wurde, wurde die Professionalisierung durch Diätenerhöhungen und längere Freistellungen am Arbeitsplatz gefördert. Die Professionalisierung macht das politische Personal aber auch gefügiger, weil jeder Wahlgang nicht nur über die politische, sondern auch über die berufliche Zukunft entscheidet. In Krisensituationen ist nicht jeder bereit, das Familieneinkommen seinen Prinzipien zu opfern. Diätenerhöhungen und Ausweitung des *Congé politique* werden immer wieder damit begründet, dass dadurch auch Leute mit niedrigen Einkommen die Möglichkeit erhalten, im Parlament zu sitzen. Die soziale Herkunft der Abgeordneten und Kandidaten straft diese Behauptung aber Lügen.

Die Professionalisierung macht Politiker gefügiger, weil jeder Wahlgang nicht nur über die politische, sondern auch über die berufliche Zukunft entscheidet

Während sich die LSAP mit Ach und Krach dazu entschloss, Doppelmandate von Abgeordneten und Bürgermeistern abzuschaffen, und nur noch die LSAP-Bürgermeister von Betzdorf und Düdelingen ins Parlament wollen, sehen CSV und DP das anders:

CSV	19 Bürgermeister
DP	9 Bürgermeister
LSAP	2 Bürgermeister
Grüne	1 Bürgermeister.

Seit die hundertprozentige Gewährung von staatlichen Zuschüssen über das Parteienfinanzierungsgesetz davon abhängt, dass eine Partei mindestens 24 Frauen unter 60 Kandidaten auf ihren Listen zählt, nähert sich auch der Kandidatinnenanteil der Parteien einander an:

Grüne	31 Kandidatinnen
DP	27 Kandidatinnen
LSAP	25 Kandidatinnen
CSV	24 Kandidatinnen.

Nur die Grünen erreichen die Parität. Bei fast allen Parteien müssen die beiden großen Wahlbezirke den Mangel an Kandidatinnen in den kleineren, konservativen Wahlbezirken ausgleichen.

Der Altersdurchschnitt aller Listen unterscheidet sich nur wenig. Er liegt für jede Partei bei Mitte vierzig, bei einem Altersdurchschnitt der Gesamtbevölkerung von 39,3 Jahren:

CSV	47,4 Jahre
Grüne	46,3 Jahre
LSAP	45,5 Jahre
DP	43,1 Jahre.

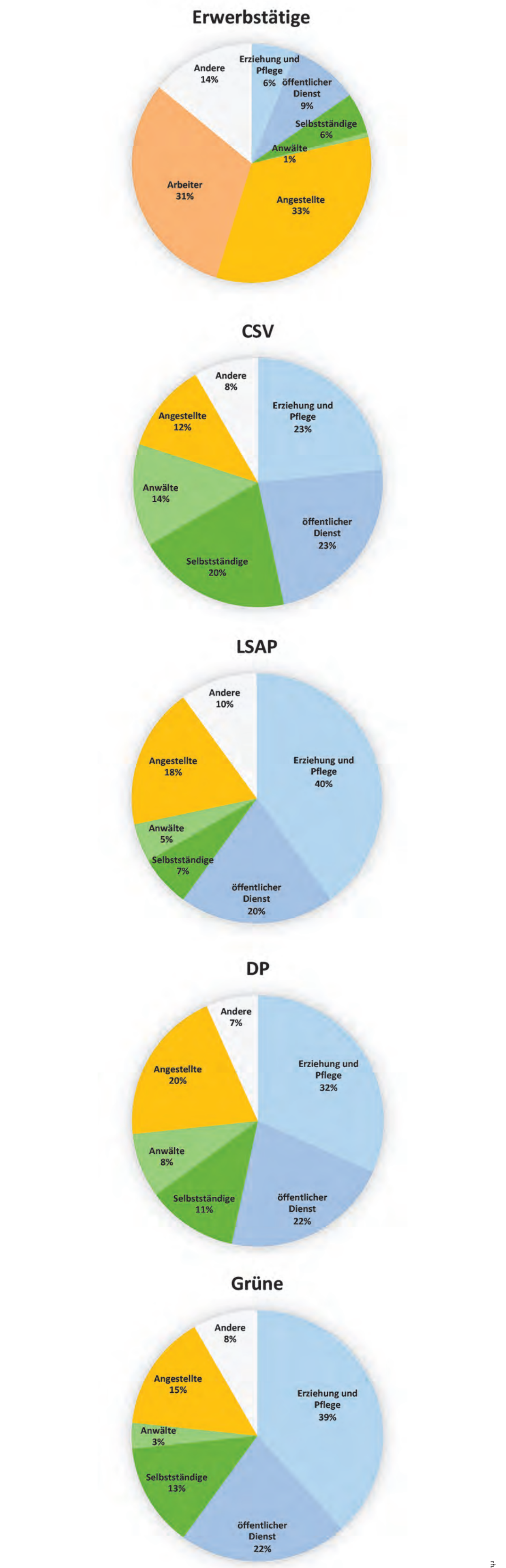
Es scheint, als ob in allen Parteien ähnliche Regeln und Fristen herrschen, nach denen Interessenten in den Parteigremien und in der Lokalpolitik über die Jahre aufsteigen, bis sie populär genug sind, um einen Platz auf einer Kandidatenliste für die Kammerwahlen eingeräumt zu bekommen.

Innerhalb dieser geringen Unterschiede hat die DP die jüngsten Listen, vor allem dank ihrer Süd- und Ost-Liste. Die CSV kandidiert mit den ältesten Listen, insbesondere im Süden. Die Opposition war der Verjüngung nicht förderlich. Die Kandidaten der ursprünglichen Jugendpartei Die Grünen sind nur unwesentlich jünger als diejenigen der traditionellen Altenpartei CSV, wohl weil die Gründergeneration so lange brauchte, bis sie für regierungsfähig angesehen und so die personelle Erneuerung gebremst wurde.

Denn das Durchschnittsalter der Kandidatenlisten steht im Zusammenhang mit der Anzahl der erfahrenen Kandidaten. Etwa die Hälfte der Kandidaten bewarb sich schon bei den Kammerwahlen 2013:

CSV	35 Kandidaten von 2013
Grüne	31 Kandidaten von 2013
LSAP	29 Kandidaten von 2013
DP	29 Kandidaten von 2013

Trotz der 2013 versprochenen Erneuerung hat die CSV einige Altkandidaten mehr. Aber sie hat auch die größte Parlamentsfraktion, und Erfahrung ist älteren Wähler einer konservativen Partei wichtig.



Die Erwerbstätigen landesweit vor dem Einheitsstatut von 2009 und die Berufe der Kandidaten 2018

Der neue *Ageing Report* der EU ist allem Anschein nach pessimistischer als sein Vorgänger

Wie hältst du's mit den Renten?

Peter Feist

Das von CSV, ADR, Sprachenschützern und dem Mouvement écologique seit zwei Jahren beschworene Schreckgespenst „1,2-Millionen-Einwohnerstaat“ hat seinen Ursprung im *2015 Ageing Report* der Generaldirektion Wirtschaft der EU-Kommission. Alle drei Jahre stellt eine Ageing Working Group aus Mitarbeitern der Generaldirektion und Regierungsbeamten aus allen Mitgliedstaaten einen solchen Bericht zusammen. Darin wird für jedes EU-Land gezeigt, wie sich in den nächsten fünf Jahrzehnten die öffentlichen Ausgaben entwickeln könnten, die mit dem wachsenden Anteil über 65-Jähriger an der Bevölkerung in Verbindung stehen.

geschätzt, aber 2,6 Punkte weniger als 2012) und womöglich 17,9 BIP-Prozent im Jahr 2070. Diese Zahlen hat die Regierung für ihre Aktualisierung des Stabilitäts- und Wachstumsprogramms übernommen, die sie am Freitag vergangener Woche termingerecht nach Brüssel geschickt hat. Vorher hatte die Abgeordnetenkammer über das Programm diskutiert, im Anschluss an die Debatten zur Lage der Nation. Die nun wieder leicht schlechteren Rentenzahlen waren dabei aber auch für die CSV kein Thema, deren Spitzenkandidat in der Vergangenheit immer wieder hatte durchblicken lassen, um die Sozialkassen unabhängiger

Dass die *Ageing Reports* nicht nur Auslöser für politische Entscheidungen sein können, sondern sogar die Berichte selbst nicht nur von mathematischen Prognoseversuchen durchdrungen sind, sondern auch von politischer Beeinflussung, zeigte das Luxemburg-Kapitel im *2012 Ageing Report*. Die 2060 möglichen Rentenausgaben wurden darin im Vergleich zum 2009-er Bericht um 5,4 BIP-Prozent geringer veranschlagt. Das war durchaus erstaunlich, denn die demografischen und ökonomischen Aussichten sahen 2012 für Luxemburg weniger gut aus als 2009: Der Einwanderungsüberschuss werde etwas geringer ausfallen, womit weniger Leute im arbeitsfähigen Alter als Beitragszahler für die Rentenversicherung zur Verfügung stünden. Die BIP-Wachstumsrate werde sich längerfristig nicht bei zwei Prozent im Jahr einpendeln, sondern nur bei 1,7 bis 1,8 Prozent, der Produktivitätszuwachs nicht bei 1,7 Prozent, sondern nur bei 1,5 Prozent.

Wie sich daraus daraus kleinere Rentenausgaben ergeben würden, war nicht klar. In einer Fußnote zum *2012 Ageing Report* stand jedoch, dass der die Pensionsreform einbezog. Zwar nicht die ganze, zum Beispiel nicht die „Pension à la carte“, die die Wahl geben würde, im Alter von 60 und nach 40 Beitragsjahren mit einer gegenüber 2012 kleineren Rente vorlieb zu nehmen, oder drei Jahre länger zu arbeiten und sie aufzubessern. Aber dass die Anpassung bestehender Renten an die Reallohnentwicklung suspendiert oder zumindest um die Hälfte gekürzt würde, sobald die laufenden Ausgaben der Pensionskasse die laufenden Einnahmen zu übersteigen drohen, floss in den *2012 Ageing Report* ein, obwohl die Reform noch immer diskutiert wurde. Und obwohl damals die Einnahmen der Pensionskasse nach wie vor höher waren als ihre Ausgaben, wusste die Generalinspektion der Sozialversicherung (IGSS) schon, dass das *Réajustement* der bestehenden Renten nicht ganz suspendiert, aber halbiert werden würde, und konnte sogar schon sagen, wann: 2019.

Ob sich allein durch diesen Kniff um 5,4 BIP-Prozentpunkte kleinere Rentenausgaben für 2060 ergaben, ist nicht bekannt. Aber die Frage stellt sich, ob eine kleine Beeinflussung womöglich auch auf den *2015 Ageing Report* wirkte – und vielleicht auch auf den, der demnächst erscheint. Vielleicht machen die anderen Mitgliedstaaten das ja auch, sobald ihre nationalen Behörden sich über die EU-Modelle beugen und sie konkretisieren?

Denn immerhin fiel der *2015 Ageing Report* so gut aus, dass er der DP-LSAP-Grüne-Regierung half, ihre positive Botschaft vom Wachstum zu verbreiten, das „nachhaltiger“ und „qualitativer“ wäre: Der *Report* schrieb, der Einwanderungsüberschuss um jährlich 10 000 bis 11 000 Personen könne bis Mitte der 2030-er Jahre anhalten, das BIP-Wachstum nicht schon 2020 unter ein Prozent sinken, wie 2012 geschätzt, sondern erst 2050. Im Laufe der 2040-er Jahre könnte es eine Million Einwohner geben, im Jahr 2060 1,1 Millionen. Wer Luxemburg mit Wissensökonomie und Weltraumbau nach vorne bringen will, musste sich durch diese Perspektiven bestätigt fühlen, und falls in Zukunft jeder Landesplanungsminister rechtzeitig *Plans sectoriels* vorlegt, um das Wachstum zu „managen“, könnte nicht viel schief gehen.

Dank der Konjunktur blieb es der Regierung erspart, eine kleine Pensionsform nachzureichen, die diesmal unmittelbar die Rentner belastet hätte

Die besseren Rentenaussichten im Bericht von 2015 waren für die Regierung auch ein Anhalt, rentenpolitisch noch nichts zu unternehmen. Denn ab 2019 die Anpassung der bestehenden Renten an die Reallohnentwicklung tatsächlich zu halbieren, wie das im *2012 Ageing Report* angekündigt wurde, wäre nicht ohne Gesetzesänderung möglich; das schreibt das Pensionsreformgesetz ausdrücklich vor. Es geht sogar noch weiter und stellt in Aussicht, drohen die laufenden Ausgaben der Rentenkasse höher zu werden als die Einnahmen, werde nicht nur die Reallohnanpassung der bestehenden Renten mindestens halbiert, sondern überdies die Jahresendzulage auf den Renten abgeschafft. Darüber ein legislatives Verfahren einzuleiten, käme einer kleinen Pensionsreform gleich. Es würde unweigerlich in den Konflikt mit Unternehmerverbänden und Gewerkschaften führen, und es könnte vor allem die Rentner verärgern: Von der Pensionsreform 2012 waren sie nicht unmittelbar betroffen, von Änderungen bei Jahresendzulage und *Réajustement* wären sie es. Die Änderungen ab 2019 wirksam werden zu lassen, hätte die Auseinandersetzung darüber gefährlich nahe an den Wahltermin rücken können.

Doch dank der Aussichten auf Wachstum schien das nicht nötig, und Ende 2016 ließ die Regierung es sich von der IGSS schriftlich geben, dass dank der guten Konjunktur und dem kräftigen Beschäftigungszuwachs wohl erst um 2023 damit zu rechnen sei, dass die Rentenkasse mehr ausgibt als sie einnimmt. So vom politischen Handlungszwang befreit, konnte selbst der vom Direktor der Handelskammer zum DP-Finanzminister und zum Politiker gewandelte Pierre Gramegna in seiner Haushaltsrede im Oktober vergangenen Jahres verkünden: „Diese Regierung will, dass auch die Generationen nach uns nicht weniger Anspruch auf eine Pension haben.“ Der OGBL, bei dessen Führung schon vor Jahren die Erkenntnis gereift war, 2012 am Ende Ja gesagt zu haben zur Pensionsreform, sei ein strategischer Fehler gewesen, hätte sich kaum mehr wünschen können.

Was aber nun, da der neue *Ageing Report* die Aussichten allem bisherigen Anschein nach weniger optimistisch zeichnen wird als sein Vorgänger? Bereits im November hatte die EU-Kommission die „Assumptions“ publik gemacht, die den neuen Modellen von Eurostat und der GD Wirtschaft unterliegen. In erster Linie sieht Eurostat die EU weniger immigrationsfreundlich als 2015. In je-

nem Jahr habe die Einwanderung eine „Spitze“ erreicht, mit der sich nun „statistisch schwierig umgehen“ lasse, heißt es technokratisch verklau-suliert, um nicht sagen zu müssen, dass niemand weiß, wie es politisch weitergeht nach der Flüchtlingskrise und dem Rechtsruck in vielen Mitgliedstaaten. Auch die Wachstumsaussichten für BIP und Produktivität in der EU werden weniger optimistisch veranschlagt als 2015.

Werden die EU-Modelle auf Luxemburg angewandt, bliebe der Einwanderungsüberschuss zwar hoch, würde sich aber schon in den nächsten Jahren abschwächen und könnte in den 2020-er und 2030-er Jahren auf Niveaus von vor zehn Jahren sinken. Fortgeschrieben in die Zukunft würde daraus 2060 vielleicht der „Eine-Million-Einwohnerstaat“. Die Arbeitsproduktivität sieht die EU-Kommission in Luxemburg leicht stärker wachsen als 2015, wodurch im Gegensatz zum *2015 Ageing Report* das BIP-Wachstum womöglich sogar bis 2070 nie unter ein Prozent sinke, aber auch nicht bis 2040 bei bis zu 2,8 Prozent bliebe, sondern nur bis Ende der 2020-er Jahre und sich dann abflachte.



Aus EU-Sicht führen die Luxemburger Renten zu einer impliziten Staatsschuld

Besondere Bedeutung haben dabei die Rentenausgaben. Einerseits, weil sie meist höher sind als die für Gesundheit und Langzeitpflege. Andererseits, weil die Zahl künftiger Rentner aus der aktuellen Beschäftigtenstruktur mit mehr Treffsicherheit extrapoliert werden kann als beispielsweise die vermutliche Zahl der Pflegebedürftigen im Jahr 2060 aus den Mitteldreißigern von heute. Da sich damit verhältnismäßig gut zeigen lässt, wie sich die Rentenausgaben entwickeln werden, falls sich die Politik nicht ändert, greifen die EU-Kommission und der Ecofin-Ministerrat auf die Schätzungen der *Ageing Reports* zurück, um im Rahmen des alljährlich stattfindenden „Europäischen Semesters“ Mitgliedstaaten wie Luxemburg vorzuhalten, ohne Änderung ihrer Rentenpolitik eine „implizite Staatsschuld“ anzuhäufen, und sie zu Politikänderungen zu drängen.

Doch mit den *Ageing Reports* ist das so eine Sache. Der von 2009 sah nicht gut aus für Luxemburg: Bei unveränderter Politik könnten die Rentenausgaben bis 2060 auf 24 BIP-Prozent zunehmen. Drei Jahre später dagegen schätzte der nächste Bericht sie nur noch auf 18,6 BIP-Prozent, obwohl die Politik sich nicht geändert hatte. Zwar war die Pensionsreform der vorigen Regierung unterwegs. Doch als der *2012 Ageing Report* im Frühjahr 2012 erschien, war die Reform noch nicht ausdiskutiert, geschweige schon verabschiedet. Weitere drei Jahre danach zeichnete der *2015 Ageing Report* die Aussichten noch besser und schätzte die Rentenausgaben für 2060 nur noch auf 13,4 BIP-Prozent.

Diesen Monat ist es wieder so weit, soll der *2018 Ageing Report* herauskommen. Bekannt ist schon, dass darin die Aussichten für Luxemburg wieder etwas schlechter sind: 16 BIP-Prozent für die Renten 2060 (2,6 Prozentpunkte mehr als 2015

vom Wachstum zu machen, müssten „Reformen“ her, aber noch nicht gesagt hat, welche.

Aber wie schon gesagt, ist das mit den *Ageing Reports* so eine Sache. Sie aufzustellen, nennt die EU-Kommission selber im Vorwort zu jedem *Report* „a daunting task“, also eine einschüchternde bis abschreckende Aufgabe. Dazu stellt das EU-Statistikamt Eurostat jedes Mal ein Bevölkerungsmodell für die EU auf und rechnet dort ein, was sie an demografischen Daten aus den Mitgliedstaaten bekommt. Die Generaldirektion Wirtschaft der Kommission wiederum fertigt ein makroökonomisches Modell für die EU an und lässt dort einfließen, was sie an Volkswirtschaftsdaten aus den Mitgliedsländern gemeldet erhalten hat. Demografie- und Wirtschaftsmodell sind damit für alle Länder dieselben. Erst in einem dritten Schritt rechnen die zuständigen Behörden der EU-Länder aus, was das Demografie- und das Wirtschaftsszenarium für die öffentlichen Ausgaben bedeuten könnten. Die EU-Kommission warnt in jedem Bericht, das nicht als „Vorhersage“ aufzufassen, sondern nur als „Möglichkeit“.

So viel Understatement ist bemerkenswert, wenn andererseits mit den Rentenschätzungen Politik gemacht wird. Natürlich steht es Regierungen der Mitgliedstaaten frei, die Aussicht auf hohe Rentenausgaben doch als Vorhersage zu verstehen und durch beherzte politische Maßnahmen die langfristige implizite Staatsschuld abzubauen. In Luxemburg trug die Aussicht auf 24 BIP-Prozent Rentenausgaben im Jahr 2060 laut dem *2009 Ageing Report* mit dazu bei, dass die vorige Regierung 2010 ziemlich plötzlich für die Pensionsreform mobil machte, nachdem LSAP-Sozialminister Mars Di Bartolomeo, aber auch CSV-Premier Jean-Claude Juncker sich vorher immer wieder gegen „Panikmache“ ausgesprochen hatten.



Im Wachstumswahlkampf könnten solche Möglichkeiten, die keine Vorhersagen sind, sich natürlich benutzen lassen, um zu behaupten, es müsse doch nicht „sechs Mal die Stadt Luxemburg gebaut werden“, um die Einwohner des 1,2-Millionen-Staats unterzubringen, wie CSV-Fraktionspräsident Claude Wiseler das 2016 vorgerechnet hatte. Aber das wäre eine ähnliche Kaffeesatzleserei, wie sie für die *Ageing Reports* versucht wird, und für die Zukunft Luxemburgs mit seiner offenen Wirtschaft ist viel entscheidender, wie politisch gestaltbar die EU bleibt, und vielleicht auch, ob in den USA der Ausgang der *Mid-term elections* im November die Agenda des Präsidenten durchkreuzt oder stärkt.

Un dann ist da noch die als Tripartite-Gremium zusammengesetzte Renten-Arbeitsgruppe beim Sozialminister: Die IGSS hatte in ihrem Rentenbericht Ende 2016 nicht nur kurzfristig Entwarnung für die Finanzen der Pensionskasse gegeben, sondern auch längerfristige Betrachtungen angestellt. Minister Romain Schneider (LSAP) hatte erklärt, die Renten seien bis etwa 2043 „sicher“, weil erst dann die Rentenreserve aufgezehrt wäre. Doch das implizierte einerseits, dass sich bis dahin die Politik nicht ändern würde, andererseits jenes Wachstum, das der *Ageing Report* 2015 skizzierte hatte – und damit, wenn man so will, dass der 1,2-Millionen-Staat nicht die Rettung wäre. Die IGSS hatte damals zum Teil radikale Vorschläge gemacht, um das Rentensystem bis 2060 abzusichern. Die Arbeitsgruppe soll sagen, was sie davon hält. Noch konsultiert sie sich, ist zu hören. Wer weniger Wachstum will, müsste umso mehr Rentenpolitik bieten. Falls der neue *Ageing Report* Recht behält mit seinen pessimistischeren Aussichten für die EU, erforderte das womöglich noch mehr Rentenpolitik. Kein Wunder dass die CSV, obwohl sie sich schon wieder an der Macht sieht, noch nicht gesagt hat, was sie will.

Un an pour Emmanuel Macron

En marche via Bruxelles



Emmanuel Macron et Angela Merkel à Berlin (en mai 2017)

Emmanuel Defouloy, Paris

La première année de présidence d’Emmanuel Macron a été marquée par des réformes menées au forceps en France, malgré de farouches résistances qui continuent en ce printemps 2018 ; tandis qu’en Europe la situation paraît à front renversé : la résistance des autres pays l’ont empêché de simplement démarrer la longue liste de réformes qu’il avait annoncées, notamment lors de son discours de la Sorbonne de septembre 2017.

Le 7 mai 2017, à 39 ans, Emmanuel Macron a été élu avec 66 pour cent des voix face à Marine Le Pen au second tour de l’élection présidentielle, mettant alors un coup d’arrêt à l’expansion de l’extrême-droite en France. Presque instantanément, à partir de son discours devant la pyramide du Louvre le soir de l’élection, il s’est coulé avec succès dans le costume de président, avant de recevoir durant l’été Vladimir Poutine puis Donald Trump en France. Il a aussi fait preuve d’une grande fermeté en s’opposant en juillet au chef des armées, Pierre de Villiers, sur le budget de la Défense. De quoi rehausser la fonction présidentielle, après une présidence voulue comme « normale » par son prédécesseur, François Hollande (PS).

À l’automne, la réforme du code du travail a été le premier moment de vérité sur le front social. En divisant habilement les syndicats, le nouvel exécutif, formé avec le premier ministre Edouard Philippe, a mené à bien cette réforme en un temps record, la mobilisation dans la rue étant moins forte que ce que beaucoup espéraient ou craignaient. Six mois plus tard, le rapport de forces ne semble plus être aussi favorable au jeune président, et les mouvements sociaux se multiplient, pourtant c’est lui qui bouscule les syndicats et assure qu’il mènera ses réformes jusqu’au bout, notamment celle de la SNCF.

Depuis le code du travail, plusieurs réformes ont été engagées : l’accès à l’université, les changements en profondeur du baccalauréat, l’abandon de l’aéroport de Notre-Dame-des-Landes près de Nantes (un dossier vieux de cinquante ans, qui n’avait jamais été tranché), l’assurance-chômage, la formation professionnelle, un durcissement de la politique d’asile et d’immigration et donc la réforme ferroviaire, contre laquelle les syndicats de cheminots, unis cette fois, organisent actuellement une grève perlée de deux jours tous les cinq jours et espèrent faire « converger les luttes ». Il faut dire qu’il y a de quoi : cheminots, électriciens, étudiants, éboueurs, fonctionnaires, retraités, personnels des Ehpad (les établissements d’hébergement pour personnes âgées dépendantes), salariés

Emmanuel Macron avance en France, pas en Europe

selon les classes sociales : selon le baromètre Elabe pour *Les Échos*, 65 pour cent des cadres accordent bien leur confiance au chef de l’État. Mais cette confiance descend à 41 pour cent chez les professions intermédiaires. Et seulement 27 pour cent chez les classes populaires (ouvriers et employés), qui représentent toujours la moitié de la population active du pays. Ce ne sont pas les déclarations d’Emmanuel Macron évoquant « ceux qui ne sont rien » qui ont dû changer cette perception.

Outre le chômage, l’autre front sur lequel le chef de l’État n’a guère avancé, c’est l’Europe. C’est-à-dire la longue liste de réformes pour l’Union européenne qu’il avait égrenée lors de son discours passionné de la Sorbonne le 26 septembre 2017 (*d’Land* du 6 octobre 2017). Le premier échec fut le refus tout net par le Parlement européen de listes transnationales pour les élections européennes de 2019. Emmanuel Macron a bien obtenu une révision de la directive sur les travailleurs détachés, dont il s’était fait une priorité, mais les changements obtenus paraissent à la marge. Quant à l’examen de l’idée française de taxation des Gafa (les géants du numérique), il est bien en route, mais cette idée divise profondément et plusieurs pays comme Malte, Chypre, l’Irlande ou le Luxembourg y sont peu enclins.

Si l’on regarde le paysage de l’UE plus globalement, c’est en fait le rapport de forces qui ne paraît pas favorable aux idées françaises. Les Pays-Bas ont pris la tête d’une sorte de « ligue hanséatique » de petits pays du nord (avec la Suède, le Danemark, la Finlande, les trois pays baltes et l’Irlande), qui sont très opposés à la volonté de relance hexagonale. Avec vigueur, répondant directement aux propositions d’Emmanuel Macron, le Premier ministre néerlandais Mark Rutte a ainsi déclaré que l’UE n’avait pas besoin de « vision » ni de plus de « fédéralisme » ou d’« intégration », mais de davantage de « pragmatisme ».

Pourtant, la « convergence » ne se fait décidément pas et Emmanuel Macron tient bon le cap de ses réformes, en n’hésitant pas à avancer en force. Lors de l’interview télévisée du 15 avril au Palais de Chaillot, le président a assuré qu’il n’y avait pas tant de « coagulation entre les mécontentements » que ça. Et quelques jours plus tard, en pleine « concertations » avec la ministre des Transports, c’est par la presse que les syndicats ont appris qu’était entérinée la suppression du statut des cheminots pour le 1^{er} janvier 2020, à la date de l’entrée en vigueur de la réforme ferroviaire. D’un parti se voulant « ni de droite ni de gauche », celui du président, la République en marche (LREM), apparaît de fait aujourd’hui comme un parti de droite classique, aussi libéral en économie que dur sur l’immigration, et autoritaire dans la pratique du pouvoir.

Reste que le chômage est toujours élevé (environ 9,5 pour cent de la population active), même s’il n’est plus au centre du débat politique comme lors du quinquennat de François Hollande. Et l’opinion est extrêmement clivée

selon les classes sociales : selon le baromètre Elabe pour *Les Échos*, 65 pour cent des cadres accordent bien leur confiance au chef de l’État. Mais cette confiance descend à 41 pour cent chez les professions intermédiaires. Et seulement 27 pour cent chez les classes populaires (ouvriers et employés), qui représentent toujours la moitié de la population active du pays. Ce ne sont pas les déclarations d’Emmanuel Macron évoquant « ceux qui ne sont rien » qui ont dû changer cette perception.

Outre le chômage, l’autre front sur lequel le chef de l’État n’a guère avancé, c’est l’Europe. C’est-à-dire la longue liste de réformes pour l’Union européenne qu’il avait égrenée lors de son discours passionné de la Sorbonne le 26 septembre 2017 (*d’Land* du 6 octobre 2017). Le premier échec fut le refus tout net par le Parlement européen de listes transnationales pour les élections européennes de 2019. Emmanuel Macron a bien obtenu une révision de la directive sur les travailleurs détachés, dont il s’était fait une priorité, mais les changements obtenus paraissent à la marge. Quant à l’examen de l’idée française de taxation des Gafa (les géants du numérique), il est bien en route, mais cette idée divise profondément et plusieurs pays comme Malte, Chypre, l’Irlande ou le Luxembourg y sont peu enclins.

Si l’on regarde le paysage de l’UE plus globalement, c’est en fait le rapport de forces qui ne paraît pas favorable aux idées françaises. Les Pays-Bas ont pris la tête d’une sorte de « ligue hanséatique » de petits pays du nord (avec la Suède, le Danemark, la Finlande, les trois pays baltes et l’Irlande), qui sont très opposés à la volonté de relance hexagonale. Avec vigueur, répondant directement aux propositions d’Emmanuel Macron, le Premier ministre néerlandais Mark Rutte a ainsi déclaré que l’UE n’avait pas besoin de « vision » ni de plus de « fédéralisme » ou d’« intégration », mais de davantage de « pragmatisme ».

Même l’Allemagne, après avoir enfin réussi à former son gouvernement de coalition, n’a pas donné le moindre signe d’ouverture. Elle freine même, comme si Wolfgang Schäuble était toujours ministre des Finances. Angela Merkel ne veut décidément pas de budget de la zone euro, si c’est pour bâtir de la solidarité financière entre le Nord et le Sud du continent. Et encore moins de ministre des Finances ou même de Parlement de la zone euro, des idées qui sont au point mort. Le comble pour la France est qu’il semblerait même que les Allemands ne veulent plus entendre parler de renégociation de la dette de la Grèce...

Roumanie et Israël

Jérusalem divise l’UE

Mirel Bran, Bucarest

La Roumanie et la République tchèque emboîtent le pas aux États-Unis et s’apprêtent à déménager leurs ambassades à Jérusalem. Bucarest et Prague sont les deux premières capitales de l’Union européenne (UE) qui suivent la nouvelle politique américaine au Moyen Orient. Le gouvernement social-démocrate de Bucarest a confirmé son intention de déménager l’ambassade de Roumanie à Jérusalem depuis le 20 avril. Les 25 et 26 avril le premier ministre roumain Viorica Dancila et le chef du Parti social-démocrate (PSD), qui contrôle la majorité parlementaire, se sont rendus en Israël où ils ont été reçus par le Premier ministre Benjamin Netanyahu. « Jérusalem est la capitale éternelle du peuple juif depuis 3 000 ans, a déclaré le premier ministre israélien à l’occasion de cette visite. Toutes les ambassades devraient être déménagées dans cette ville. J’espère que la décision des autorités roumaines sera soutenue en Roumanie. »

Mais la décision de déménager l’ambassade à Jérusalem ne fait pas du tout l’unanimité sur l’échiquier politique de Bucarest. Ce projet controversé divise la Roumanie et fait l’objet d’une bataille politique. « Nous sommes responsables, nous ferons preuve de discernement et nous discuterons avec toutes les institutions », assure le premier ministre Viorica Dancila. Le président libéral Klaus Iohannis, qui cohabite difficilement avec des gouvernements sociaux-démocrates depuis 2016, a aussitôt réagi à l’annonce du gouvernement. « Selon la Constitution cette décision appartient au président, mais je n’ai été ni informé, ni consulté à ce sujet, a-t-il affirmé. Un transfert de l’ambassade représenterait une violation du droit international. »

La réaction virulente du président s’adresse à Liviu Dragnea. C’est lui qui dirige le gouvernement dans l’ombre, parce qu’il ne peut pas être lui-même premier ministre en raison d’une condamnation pénale à deux ans de prison avec sursis pour fraude électorale. « La décision concernant le déménagement de l’ambassade à Jérusalem a été prise et les procédures commenceront très bientôt », a déclaré Liviu Dragnea en soulignant sa divergence avec le président. Les sociaux-démocrates ont changé trois gouvernements depuis leur arrivée au pouvoir en décembre 2016. Le PSD a entamé plusieurs réformes très controversées et pris ses distances avec l’UE.

La gauche roumaine a fait une réforme fiscale qui a bouleversé le marché et une réforme de la justice pour arrêter une campagne anticorruption menée par les procureurs. La Commission européenne a appelé les autorités roumaines à respecter l’indépendance de la justice et le plafond du déficit budgétaire. Mais Liviu Dragnea ne veut plus de leçon de la part de Bruxelles. « La Roumanie est un État souverain, affirme-t-il. C’est notre devoir de défendre cette souveraineté tant qu’on est en vie. » Si les relations de Liviu Dragnea avec l’UE sont compromises, il compte gagner au moins la sympathie et le soutien des États-Unis en suivant Washington sur la question du déménagement de l’ambassade à Jérusalem.

Après la Roumanie, c’est la République tchèque qui s’apprête à suivre la nouvelle politique américaine au Moyen Orient. Le 25 avril, le ministère tchèque des Affaires étrangères annonçait l’ouverture d’un consulat honoraire à Jérusalem tandis que le président pro-israélien Milos Zeman a réitéré à cette occasion son souhait que Prague déplace son ambassade dans cette ville. « Je me souviens d’une rencontre avec le premier ministre Benjamin Netanyahu, a affirmé le président tchèque au cours d’une cérémonie organisée au Château de Prague à l’occasion du 70^e anniversaire de la création de l’État hébreu. Il m’a dit : si vous transférez votre ambassade à Jérusalem je vous donnerai ma propre maison. » Le ministre adjoint israélien des Affaires étrangères, Tzipi Hotovely, a remercié publiquement le président tchèque pour sa promesse.

Le 11 avril, Tzipi Hotovely effectuait une visite officielle en Roumanie pour sensibiliser les autorités roumaines au sujet du déménagement de l’ambassade roumaine à Jérusalem. « Il était temps de vous repositionner du bon côté de l’histoire », a-t-elle déclaré à Bucarest. Les autorités palestiniennes se déclarent très déçues par la décision du gouvernement roumain. « Une telle action ne fera qu’enfreindre les lois internationales et les résolutions de l’Onu, a affirmé le premier ministre de l’Autorité palestinienne Rami Hamdallah après une rencontre avec le représentant roumain. Toutes les chances d’une paix et de la création d’un État palestinien avec Jérusalem-Est comme capitale seront anéanties. »

La bataille n’est pas encore tranchée et la Roumanie reste divisée entre une gauche qui emboîte le pas à Washington et une droite qui veut suivre Bruxelles sur la question des ambassades en Israël. Même son de cloche à Prague, où le gouvernement minoritaire dirigé par l’homme d’affaires Andrej Babis n’a pas l’intention de suivre la politique du président pro-israélien Milos Zeman. Mais au-delà des controverses internes en Roumanie et en République tchèque, la question du déménagement des ambassades à Jérusalem risque de créer une nouvelle fracture dans l’UE.

1,24

ticker

Niets ze vermelden



Der Untersuchungsausschuss des belgischen Parlaments in der Sache Kazakhgate um die Geschäftsleute Patokh Chodiev, Alijan Ibragimov und Alexander Machkevitch nahm vergangene Woche seinen Abschlussbericht an. Die drei Geschäftsmänner sind Teilhaber der Luxemburger Holdinggesellschaft Eurasion Resources Group, die vergangenes Jahr den Expo-Auftritt von Luxemburg in der kasachischen Hauptstadt Astana sponserte (*d’Land*, 22.09.2017).

Aus dem Bericht geht hervor, dass das französische Präsidentenamt unter Nicolas Sarkozy versucht hat, Einfluss auf strafrechtliche Ermittlungen gegen Chodiev und Ibragimov zu nehmen, um Satelliten- und Helikopter-Deals mit der kasachischen Regierung nicht zu gefährden. Vor dem Untersuchungsausschuss sagte der ehemalige Generalsekretär des französischen Präsidialamtes, Claude Guéant, aus, man habe eine Mannschaft von Anwälten zusammengestellt, darunter der Vize-Präsident des belgischen Senats, um die Strafverfolgung von Chodiev einem „positiven Ende“ zuzuführen. Der kasachische Präsident Nursultan Nazarbaiev hatte im Vorfeld einer Visite Sarkozys in Kasachstan angegeben, dies sei förderlich für die Geschäftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern (Foto: Astana/ms).

Der mehrere hundert Seiten starke Abschlussbericht liest sich wie ein historischer Politkrimi. Darin wird unter anderem dargelegt, wie die Antwerpener Diamantenhändler im Vorfeld einer Visite Sarkozys in Kasachstan angegeben, dies sei förderlich für die Geschäftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern (Foto: Astana/ms).

die 2010 die Wahlen in die Quere, nach denen Belgien monatelang ohne Regierung blieb. Um die gewünschte Ausweitung unter der geschäftsführenden Regierung dennoch durchzudrücken, kam die Idee auf, den Gesetzesvorschlag mit dem über die Abschaffung des Bankgeheimnisses zu kombinieren. Die war aufgrund des internationalen Drucks und der „grauen Liste“ der OECD dringend, auf der auch Luxemburg stand, und so erwartete man sich die Zustimmung der sozialistischen Abgeordneten im Parlament sichern zu können, indem alle Parteien einen politischen Erfolg von der Abstimmung davonzutragen würden. Indirekt beeinflussten die Antwerpener Diamantenhändler dadurch auch die Entwicklung des Luxemburger Finanzplatzes, denn dass Belgien auf den automatischen Informationsaustausch umsaettelte, statt wie bis dahin eine Quellensteuer auf den Konten ausländischer Bankkunden abzuführen, erhöhte den Druck auf Luxemburg (und Österreich), ebenfalls das Bankgeheimnis abzuschaffen. Da die zu erwartenden Strafgeelder in Millionenhöhe, welche aufgrund des neuen Gesetzes über den strafrechtlichen Vergleich bereits im Budget der Übergangsregierung eingeplant waren, wurde die Vorlage im März 2011 umso schneller und möglichst ohne Abänderungen durch Parlament und Senat gepeitscht.

Der Bericht hält fest, dass Armand De Decker, während jener Zeit Vize-Präsident des Senats, einen Interessenkonflikt hatte, weil er gleichzeitig als Anwalt für den Geschäftsmann Chodiev fungierte, der wenige Wochen später zusammen mit Ibragimov vom neuen Gesetz profitierte, um einen Vergleich abzuschließen und sich dadurch weiteren strafrechtlichen Ermittlungen wegen Geldwäsche zu entziehen. Der Untersuchungsausschuss kann den Geschäftsmännern kein wirkliches Fehlverhalten beweisen. Das liegt zum einen daran, dass die Anwälte, die der Elysée-Palast für die Geschäftsmänner rekrutiert hatte, nicht zur Befragung vor dem Ausschuss erschienen sind – sie waren nicht erreichbar, nicht mehr aktiv oder nach Brasilien ausgewandert. Zum anderen ist es darauf zurückzuführen, dass ein befristeter Staatsanwalt ihren Vergleich einfädelte, noch bevor das Gesetz

gestimmt war, weil ein Teil der Vorwürfe gegen sie bereits verjährt war, die restlichen zu verjähren drohten und er ihnen auf diesem Weg ein höheres Bußgeld für die Staatskasse abknöpfen konnte: 20 Millionen Euro.

Chodiev bezahlte seine Anwälte selbst. Aber erst, nachdem er vom ehemaligen Generalsekretär des französischen Präsidialamtes dazu aufgefordert wurde. Auch im Kontext der Naturalisierung der Geschäftsmänner konnte ihnen kein rechtswidriges Handeln nachgewiesen werden. Zwar verfügte der Nachrichtendienst wohl über Informationen, die sie mit der russischen Mafia in Verbindung brachten und die den Erwerb der belgischen Staatsbürgerschaft unmöglich gemacht hätten. Doch bei der Naturalisierung von Chodiev und Ibragimov wurden diese nicht an die zuständigen Behörden übermittelt. Der Auszug aus dem Strafregister und die Auskunft vom Nachrichtendienst zeigten „niets ze vermelden“. Der Ausschuss konnte aber weder belegen, dass dies auf Einflussnahme zurückzuführen sei, noch ausschließen, dass bei der Übersetzung der Namen Fehler passiert seien und die Datenbanken statt nach Chodiev beziehungsweise Ibragimov nach Chadiv und Ibraguimov abgesucht wurden. ms

Abstieg in die zweite Liga

Der spanisch-luxemburgische Geschäftsmann Gérard Lopez, der wegen seiner Investition in Skype und dem anschließenden Verkauf seiner Anteile in Luxemburger Wirtschaftskreisen lange als Genie, als fleischgewordener Unternehmergeist galt, hat offensichtlich kein Glück im Sport. Nachdem bereits sein Ausflug in die Formel-1 mit einem Haufen Schulden und einem Verkauf des Renault-Teams für das symbolische Pfund endete, hat Lopez knapp ein Jahr nach der Übernahme des französischen Fußballvereins LOSC Lille ähnliche Probleme.

Dem Saisonbericht 2016/2017 der Profiligen, des Football professionnel français, zufolge, schließt der Verein die Saison mit einem Nettoverlust von 40,4 Millionen Euro ab. Ohne den Gewinn von 24,7 Millionen Euro aus den Spielertransfers hätte der Verlust sogar 60 Millionen Euro betragen. Der

LOSC nahm in der Saison 35 Millionen Euro an TV-Rechten ein, zehn Millionen Euro an Sponsoring-Geldern und rund sieben Millionen Euro Eintrittsgeldern. Dem gegenüber stand eine Gehaltsliste von 58 Millionen Euro und rund 40 Millionen Euro weiterer Kosten. Dem Bericht der Liga zufolge hat der Verein, der bereits vergangenes Jahr vor der Übernahme durch Lopez einen Nettoverlust von rund 18 Millionen Euro verbuchte, Schulden von insgesamt 171,5 Millionen Euro angesammelt.



Seit der Übernahme ist der Verein vom 5. Tabellenplatz letztes Jahr auf den vorletzten Platz abgerutscht; zwei Spiele stehen noch aus, bevor die Saison endet. In den französischen Medien werden die schlechten Ergebnisse darauf zurückgeführt, dass der Verein zu Saisonbeginn alle erfahrenen Spieler durch sehr junge Spieler ersetzt. Nun droht nicht nur wegen der schlechten sportlichen Resultate der Abstieg in die zweite Liga. Wie die französische Sportpresse bereits im Dezember berichtete, erwog die Liga schon zu diesem Zeitpunkt wegen der schlechten Finanzlage eine Strafrelegation. Dem Verein wurde der Zukauf neuer Spieler untersagt, weil die Liga die Finanzierung von Spielertransfers durch Schuldenaufnahme unterbinden will. Das ist aber nicht der einzige Streitpunkt. Die Übernahme des Vereins durch Lopez und deren Strukturierung soll auch auf Verbandsebene zu personellen Konsequenzen geführt haben. Den ehemaligen Direktor der Direction nationale de contrôle de gestion (DNCG), der Lopez grünes Licht für die Vereinsübernahme gab, haben die Kollegen bei der darauffolgenden Vorstandswahl durch seinen Stellvertreter ersetzt, wie *Le Monde* berichtete.

Prozent des Bruttoinlandsprodukts machten 2016 Ausgaben für Forschung und Entwicklung aus. Da wird es schwierig, die 2,3 bis 2,6 BIP-Prozent zu erreichen, die Luxemburg sich in der *Europe 2020*-Agenda bis 2020 zum Ziel gesetzt hat. Die Fondation Idea der Handelskammer stellt fest, die Ausgaben für R&D der Betriebe seien mit 0,64 BIP-Prozent „bescheiden“. Um sie zu stimulieren, schlägt sie vor, neben staatlichen Direktbeihilfen auch Steuerkredite für R&D zu vergeben: Erstere unterstützen vor allem längerfristige R&D-Vorhaben, Letztere seien geeigneter zur Entwicklung marktfähiger Anwendungen. Sinnvoll könne es außerdem sein, die Innovationsaktivitäten von Klein- und Mittelbetrieben an die großen Rifkin-Ziele zu knüpfen und dazu „Innovations-Schecks“ zu vergeben. Allerdings sei dazu ein koordinierter Ansatz nötig, der auch evaluiert werden müsste. Insgesamt müsse der R&D-Standort international noch „sichtbarer“ werden. Beitragen könne dazu, nicht nur Prioritäten in der öffentlichen Forschung zu setzen, sondern auch disziplinübergreifende Forschungsthemen zu formulieren, die einen hohen sozio-ökonomischen Impact versprechen. pf

rungen abgeschlossen haben. So hat Südkorea beispielsweise eine Quote zur Senkung seiner Einfuhren um 30 Prozent akzeptiert, um die Zollaufschläge von 25 Prozent zu vermeiden. Eine Quotenregelung hat die EU bisher abgelehnt. ms

Wie man's nimmt

Die Fondation de Luxembourg (FDL) stellte diese Woche ihren Jahresbericht vor und feierte darin das abgeschlossene Jahr als ein sehr erfolgreiches. 2009 wurde die Dachstiftung gegründet und sie beherbergt mittlerweile 68 individuelle Stiftungen, die bis Ende 2017 ein Kapital von 140 Millionen Euro gestiftet hatten. Die FDL schreibt in ihrer Mitteilung ein wenig missverständlich davon, dass 30 Millionen Euro in den UN-Millenniumzielen entsprechende Projekte geflossen seien. Doch schaut man sich den Bericht im Detail an, stellt sich heraus, dass seit 2009 insgesamt 28 Millionen Euro aus den Stiftungen an Projekte flossen. Die Zahl der Stiftungen ist in den vergangenen drei Jahren kaum noch angestiegen. ms

Zum goldenen Spaten

Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) und Expo-Kommissarin Maggy Nagel (DP) reisten vergangene Woche nach Dubai, um ein wenig im Sand zu buddeln. Mit gold-glänzenden Schaufeln setzten sie zum ersten Spatenstich für den Luxemburger Pavillon bei der Weltausstellung in Dubai 2020 an (Foto: Sip). Damit ist Luxemburg das erste Land, das mit dem Bau seines Pavillons beginnt, wie es in der Pressemitteilung stolz heißt. Genaue Pläne oder ein Budget wurden aber trotz Spatenstich bisher nicht vorgestellt. ms



Car rental 2.0

Am Flughafen in Findel nahm diese Woche ein neuer Autovermietungsdienst den Betrieb auf. Ufo Drive ermöglicht die Reservierung eines Mietwagens via Smartphone-Anwendung. Die Firma verspricht, ein Umweg zwischen Flugzeug und Auto zum Unterschreiben eines Mietvertrags oder zum Abholen eines Schlüssels sei nicht notwendig. Sie vermietet eine Flotte von Tesla Modell S Elektroautos. Der Tesla für einen Tag kostet 159 Euro. Dafür verspricht die Firma keine Extrakosten für Versicherungen oder andere preisliche Überraschungen. Beim Buchen ist Feinmotorik gefragt, weil ansonsten schnell ein falsches Datum ausgewählt sein könnte, dann reicht das Scannen der Kreditkarte mit dem Telefon, um zu bezahlen. In der App gibt es ein umfassendes Hilfen-Menü, das beispielsweise erklärt, dass das Auto aufgeschlossen wird, indem man im Menü auf „Unlock“ drückt, das Auto nicht gestartet werden muss und die Autonomie plus minus 300 Kilometer beträgt. ms

Keine definitive Einigung

Die USA haben am Montagabend die einstweilige Ausnahme von Einfuhrzöllen auf Stahl und Aluminium für die EU, Kanada und Mexiko bis zum 1. Juni verlängert, während sie mit anderen Ländern definitive Vereinba-



Staatsminister Xavier Bettel und seine Berater Mitte März in London

Pass weg?

Michèle Sinner

Staatsminister Xavier Bettel (DP) und seine Mitarbeiter waren sehr stolz als EU-Ratspräsident Donald Tusk Anfang März nach Luxemburg kam, um den Entwurf der Leitlinien zum Rahmen der künftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich, kurz *draft guidelines* genannt, vorzustellen. Zeigte das in ihren Augen doch, dass Bettel in der EU am Tisch der Großen mitrede und nicht am Katzentisch Platz nehmen müsse. Die Finanzbranche im In- und Ausland wartete an dem Tag mit Spannung auf den Text. Sie interessierte besonders, ob die Grundlage für das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien, das formal erst nach dessen EU-Austritt verhandelt werden kann, in irgendeiner Form erwähnen würde, wie der Handel mit Finanzdienstleistungen gehandhabt würde, wenn die britischen Finanzmarktakteure nach dem Austritt ihre „Pässe“ verlieren, die im Binnenmarkt den freien Handel mit ihren Produkten ermöglichen. Sie wurden enttäuscht: von Finanzdienstleistungen war im Entwurf keine Rede.

Wie der Zugang zu ihren jeweiligen Märkten der britischen und der europäischen Finanzbranche nach dem Brexit geregelt wird, ist eine von vielen wichtigen offenen Fragen in den Brexit-Verhandlungen. Denn aller Freude in Dublin, Paris, Frankfurt und Luxemburg darüber zum Trotz, dass immer mehr Banken, Asset Manager und Versicherungsgesellschaften umziehen, ist und bleibt London eine der wichtigsten Finanzmetropolen weltweit. Während den Briten daran gelegen ist, dass der für sie so wichtige Wirtschaftssektor weiterhin Zugang zum EU-Binnenmarkt behält, bleiben die Standorte in der EU auch nach dem Austritt Großbritanniens abhängig von ihren „Zulieferern“ in London. Doch Freihandelsabkommen, wie dasjenige, das die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und der EU nach der Übergangsfrist regeln soll, decken in der Regel die Finanzdienstleistungen nicht ab.

Bei ihrem Treffen im März nahmen die EU-Außenminister dann eine Reihe von Anhängen zu den *draft guidelines* an. Darunter den Anhang IV, der in zwei Abschnitten aussagte, betreffend Finanzdienstleistungen sei das Ziel ein überholter und verbesserter Gleichwertigkeitsmechanismus, der angemessenen Zugang zu Finanzdienstleistungsmärkten erlaube, während er gleichzeitig die Finanzstabilität, die Integrität des Binnenmarktes und die autonome Entscheidungsfindung der EU aufrecht erhalte. Innerhalb eines solchen Gleichwertigkeitsmechanismus, auf Luxemburgisch *Equivalenzen* genannt, würden die Entscheidungen weiterhin unilateral von der EU definiert und umgesetzt.

Außenminister Jean Asselborn (LSAP) erklärte daraufhin in der Presse, der Anhang sei eine Initiative der Luxemburger und der französischen Delegation gewesen. Dass ausgerechnet die Franzosen einen konstruktiven Vorschlag mit ausgearbeitet haben sollten, die als Erbfeind unter großem Aufwand seit dem Referendum versuchen, britische Akteure nach Paris zu locken, konnte überraschen. Was un-

ter *Equivalenzen* für Finanzdienstleistungen zu verstehen sei, blieb dem großen Publikum schleierhaft, das dieses Konzept höchstens durch die gegenseitige Anerkennung von Hochschuldiplomen und Berufsqualifikationen kennt.

Dass die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem März-Gipfel zwei Tage später die *draft guidelines* ohne die besagten Anhänge annahmen, machte es Beobachtern nicht unbedingt leichter zu verstehen, was es mit den Gleichwertigkeiten auf sich hat. Hieß das etwa, der französische-luxemburgische Vorstoß sei von den Staatschefs abgelehnt worden? Sprecher für das Staatsministerium wiegelten ab, dies sei nicht von Bedeutung. Wichtig sei, dass die Außenminister sich bei ihrem Ratstreffen darauf geeinigt hätten, den ihr Rat biete eine solide legale und prozedurale Grundlage. Dabei resümiert sich in diesem Detail die ganze Problematik der Verhandlungen um den Rahmen für den Austausch von Finanzdienstleistungen nach dem Brexit.

Der Wortlaut des kurzen Anhangs, dem die Außenminister schließlich zustimmten, war das Ergebnis langer Verhandlungen, in denen bereits ein halbes Dutzend Vorschläge durchgefallen waren. Die Anhänge von den Staats- und Regierungschefs als Teil der *guidelines* absegnen zu lassen, kam für manche Delegation sowie für den Brexit-Verhandlungsführer Michel Barnier nicht in Frage. Unter keinen Umständen sollte der Eindruck entstehen, dies solle Teil der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen werden, etwas worüber die Briten diskutieren könnten und das sie in der Folge dazu berechtigte, mitzureden, wenn neue Regulierungen für die Finanzmärkte in der EU ausgearbeitet werden.

Im Januar sagte Barnier in einer Rede vor Fachpublikum in Brüssel, nach der Krise habe die EU ein einheitliches und präzises Regelwerk für die Finanzbranche auf die Beine gestellt, um die Stabilität abzusichern, sowie den Anlegerschutz und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Akteure zu schaffen. „A country leaving this very precise framework and the accompanying supervision gains the ability to diverge from it but by the same token loses the benefits of the Internal Market“, so Barnier. „Its financial service providers can no longer enjoy the benefits of a passport to the Single Market nor those of a system of generalised equivalence of standards. This is not a question of punishment or revenge; we simply want to remain in charge of our own rules and the way in which they are applied. As it seeks to regain its decision-making autonomy, the United Kingdom must respect ours.“

Auch jetzt schon ist die Gleichwertigkeit für Drittstaaten in bestimmten Teilen der EU-Banken und -Finanzmarktregulierung vorgesehen, in anderen nicht. Meist geht es darum, eine Doppelung von Regeln zu verhindern. Dort wo es sie gibt, entscheidet die EU-Kommission, ob die Regeln eines Drittstaates denen der EU ebenbürtig sind und Dienstleis-

tungen zugelassen werden, ohne dass die Anbieter eine Niederlassung in der EU haben müssen. Wie dann die Zulassung verläuft, von welchen Stellen – beispielsweise von der Esma, Eba oder nationalen Behörden – sie angenommen wird, ob es ex-post Kontrollen gibt und wer sie durchführt, dafür gibt es innerhalb der verschiedenen Sektorregulierungen drei bis vier unterschiedliche Modelle.

Ob die Möglichkeit einer Gleichwertigkeit gegeben ist oder nicht, hängt grob vereinfacht davon ab, ob die Dienstleistung für private Verbraucher gedacht ist oder für professionelle Kunden, wobei Erstere besonders geschützt werden. Ein Kredit für einen Endverbraucher kann also beispielsweise nur von einer Bank angeboten werden, die eine Niederlassung in der EU hat und dort reguliert ist. Grenzüberschreitend darf die Bank nur Verbraucher bedienen, wenn sie den entsprechenden EU-Binnenmarkt-Pass hat. Für Luxemburg ist vielleicht besonders wichtig, dass es für die auf Kleinanleger zugeschnittenen Investmentfonds, auf die sich die heimische Finanzbranche in den vergangenen 30 Jahren spezialisiert hat und die sie nicht nur EU-, sondern weltweit verkauft, ebenfalls keine Gleichwertigkeit gibt. Denn der Marktanteil der in Luxemburg niedergelassenen britischen Fondsanbieter belief sich vergangenen Februar auf fast 18 Prozent. Sie bilden die zweitstärkste Gruppe hinter den Amerikanern und verwalteten 738 Milliarden Euro. Eine Menge Geld.

Der Rechtsrahmen für die Anbieter von alternativen Investmentfonds, beispielsweise Immobilienfonds, Hedgefonds und andere Fonds, die sich an eine spezialisierte Kundschaft wenden und eine Branche, die Luxemburg versucht hat, in den vergangenen Jahren auszubauen, sieht die Möglichkeit von Gleichwertigkeiten vor. Ebenso wie die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente vorsieht, dass professionelle Kunden, darunter Investmentfonds, auf die Dienstleistungen von Anbietern aus Drittstaaten, die als gleichwertig reguliert anerkannt sind, zurückgreifen können. Das bleibt bisher aber eine theoretische Möglichkeit, denn die EU-Kommission hat diese Gleichwertigkeits-Regimes bisher nicht „aktiviert“.

Dass im Anhang von „verbesserten Gleichwertigkeitsmechanismen“ die Rede ging, hat dies- und jenseits des Ärmelkanals unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Anfang März, bevor die Außenminister sich auf Anhang IV einigten und bevor Xavier Bettel mit seinen Beratern in 10 Downing Street zu Besuch war, meinte der britische Finanzminister in einer Rede bei HSBC über die bestehenden Gleichwertigkeitsmechanismen: „But that regime would be wholly inadequate for the scale and complexity of UK-EU financial services trade. It was never meant to carry such a load. The EU regime is unilateral and access can be withdrawn with little to no notice. Clearly not a platform on which to base a multi-trillion pound trade relationship.“ Aber vergangene Woche berichtete *Le Monde* von einer Bankierskonferenz in London,

während der Bankchefs neue Hoffnung schöpften und in „verbessert“ hineinlasen, es könnte ein gemeinsames Gremium geben, in dem Briten und Europäer zusammen entscheiden würden, was gleichwertig sei und was nicht. Genau diesen Traum will Barnier verhindern, weil das den Briten indirekt ein Mitspracherecht über die EU-Regulierung einräumen würde.

Doch wenn die EU tatsächlich den Zugang der Briten über das Gleichwertigkeitssystem regeln und gleichzeitig das Heft nicht aus der Hand geben will, kann für sie eine „Verbesserung“ eigentlich nur darauf hinauslaufen, dass die Gleichwertigkeit sozusagen flächendeckend in allen Bereichen der Finanzbranche eingeführt wird, bevor der Brexit vollzogen und die darauffolgende Übergangsperiode vorbei ist. Das würde heißen, alle bestehenden Richtlinien und Regulierungen entsprechend anzupassen – ein ambitioniertes Vorhaben angesichts des engen Zeitplans. In einzelnen Bereichen haben die Arbeiten bereits im Rahmen anderer Reformen begonnen. Beispielsweise bei der geplanten Reform der Europäischen Marktinfrastrukturen (Emir), der Reform für Investmentfirmen und der Europäischen Aufsichtsreform, die Änderungen auf der Ebene der Bankenaufsicht Eba und der Finanzmarktauf-

sicht Esma vorsieht. Was nicht heißen soll, dass es im Rahmen dieser Reformen ein einheitliches, richtlinienübergreifendes Konzept für den Gleichwertigkeitsmechanismus geben würde. Viele der Vorschläge laufen darauf hinaus, der Esma weitere Kompetenzen für Registrierung und Kontrolle von Dienstleistern aus Drittstaaten zu übertragen.

Dass diese Reformen nicht ohne Risiken für Luxemburg sind, zeigt sich daran, dass die Kommission in ihren Vorschlägen zur Esma-Reform vorgesehen hatte, Kompetenzen zur Fonds-Zulassung von den nationalen Behörden zur Esma zu verlagern (*d'Land*, 29.09.2017). Doch die Luxemburger Finanzbranche und daher die Luxemburger Regierung wollen nach dem Brexit auf keinen Fall mangels Regelung einfach von der Londoner Finanzbranche abgeschnitten werden und riskieren, dass die *business continuity* in Frage gestellt wird. Aber einen Wettbewerbsvorteil für die Briten zulassen, ihnen Zugang zum Binnenmarkt gewähren, während die Dienstleister nur britisches Recht anwenden und sich der Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofes entziehen, kommt ebenfalls nicht in Frage. In Anbetracht der verhärteten Verhandlungspositionen zwischen der EU und Großbritannien scheint die Gleichwertigkeit der letzte Strohalm zu sein.

Im Rechtsrahmen für die Publikumsfonds, auf die sich die heimische Finanzbranche in den vergangenen 30 Jahren spezialisiert hat, ist kein Gleichwertigkeitsmechanismus für Drittstaaten vorgesehen



Ein Gleichwertigkeitsmechanismus soll die Geschäftsbeziehungen zwischen britischen und europäischen Finanzdienstleistern bewahren



josée hansen

92 pour cent ! Florian Hertweck n'en revient pas. L'architecte et professeur allemand qui dirige le tout jeune Master en architecture à l'Université du Luxembourg et est un des deux curateurs du pavillon luxembourgeois à la biennale d'architecture de Venise de cette année, aime à citer ce chiffre impressionnant de 92 pour cent de la réserve foncière du Luxembourg qui serait entre des mains privées. Il ne resterait donc plus que huit pour cent de terrains dans le domaine public, ce qui constituerait un des principaux freins au développement de l'offre de logements adaptée aux besoins du marché. Comment toucher ces 92 pour cent de terrains ? Comment inciter les propriétaires de terrains de les viabiliser et/ou de les vendre ? Quelle politique ? Expropriations ? Incitations fiscales pour récompenser ceux qui vendent ? Augmenter les impôts fonciers à un niveau prohibitif pour pénaliser ceux qui ne vendent pas ? La question fut le sujet d'une table-ronde organisée la semaine dernière par l'Ordre des architectes et des ingénieurs-conseils (OAI) et sera le thème de la présence luxembourgeoise à Venise, qui s'ouvre fin mai : « die Bodenfrage », terme chargé idéologiquement, ou la « question du sol » en français, y sera discutée par une exposition que les organisateurs veulent facilement accessible – ni Hertweck, ni Andrea Rumpf du Luca, Luxembourg Centre for architecture, et co-commissaire, ne veulent en dévoiler davantage.

Les 92 pour cent sont en fait la proportion de terrains entre les mains de propriétaires privés sur les 2 700 terrains en friche pourtant marqués

Or, constatent les architectes : si le prix du terrain grimpe à des niveaux aussi élevés, même le maître d'ouvrage fortuné aura de moins en moins de budget pour la construction en soi

comme constructibles et prévus pour le logement dans les différents plans d'occupation des sols, explique le Liser (Luxembourg Institute of Socio-Economic Research) dans son papier sur l'étude de cas concernant le Luxembourg dans le magazine allemand *Arch+* consacré au sujet. Cette réserve foncière serait assez rapidement exploitable et permettrait la construction de entre 50 000 et 80 000 logements. Ce qui résoudrait une grande partie du problème, dans un pays qui ne peut que constater le manque chronique de surfaces habitables, où 2 800 personnes sont inscrites sur les listes d'attente pour un logement social auprès du Fonds de logement, où entre 13 000 et 14 000 nouveaux arrivants immigrent par an et où, selon le ministre du Logement Marc Hansen (DP), il faudrait construire 6 000 logements par an pour rattraper le retard – dont il aurait hérité, insiste-t-il. Et où les prix des logements impliqueraient, selon le ministre de l'Intérieur Dan Kersch (LSAP), un mouvement centrifuge des populations, du centre vers la province, voire les régions frontalières en Allemagne, en Belgique et en France. La gauche, dit-il, n'est pas contre l'expropriation – contre paiement d'une « juste indemnité » – ou l'introduction d'une taxe élevée sur la plus-value d'un terrain qui se retrouve soudain en zone constructible. Marc Hansen, par contre, affirme que son parti préfère promouvoir davantage les outils incitatifs existants, droit de préemption pour les communes lors de ventes de terrains, aides étatiques aux maîtres d'ouvrage publics qui optent pour la construction

de logements locatifs (jusqu'à 75 pour cent des coûts déjà maintenant), éventuellement recours à des baux emphytéotiques...

« En tant qu'architectes, nous voulons nous impliquer davantage dans le débat sur cette question », explique Andrea Rumpf, la directrice, lors d'un entretien dans les locaux du Luca pour parler de ce que peuvent apporter leurs professions et ce pavillon vénitien sur une question politiquement aussi sensible que les mandataires politiques la considèrent désormais tous comme la grande question de cette campagne électorale pour les législatives d'octobre. Dans sa dernière mouture, le projet de réforme de la Constitution luxembourgeois prévoit même l'introduction d'un nouvel article 42 qui dit que « l'État veille à ce que toute personne puisse vivre dignement et disposer d'un logement approprié ». Or, constatent les architectes : si le prix du terrain grimpe à des niveaux aussi élevés, même le maître d'ouvrage fortuné aura de moins en moins de budget pour la construction en soi. Autrement dit, si, sur un budget confortable d'un million et demi d'euros par exemple, la moitié passe dans l'acquisition de quelques ares de terrain, il ne reste plus beaucoup de possibilités d'imprimer sa marque esthétique sur un bâtiment dont le programme est long comme un bras. Peut-être, se demande Andrea Rumpf, qu'il suffit aussi de penser librement et dans toutes les directions pour trouver des solutions innovantes ?

Ou de regarder en arrière, voir ce que des architectes ont déjà proposé à d'autres époques ou à d'autres endroits, quand et où le terrain est aussi rare qu'aujourd'hui au Luxembourg : densification du bâti, bien sûr (Ildefonso Cerda, Barcelone, 1859), inclusion d'espaces publics dans une tour de logements (Louis Kahn, Philadelphia, 1952) ou encore constructions sur pilotis pour libérer de l'espace public au rez-de-chaussée (Kevin Roche, Federal Reserve Bank, New York, 1969) sont autant de projets cités en exemple dans la publication thématique dans *Arch+*. « La question du sol » ne peut être résolue que par une politique de développement urbain active et volontariste », constate Florian Hertweck, qui plaide pour une meilleure mixité, non seulement sociale, mais aussi des formes architecturales. La solution, estime-t-il, ne peut venir que d'une architecture plus engagée, qui contribue plus activement au développement de notre environnement bâti.

En feuilletant la nouvelle édition du *Guide références* de l'OAI, qui reprend quelque 690 réalisations récentes d'architectes et d'ingénieurs autochtones, on se dit pourtant que les premiers à convaincre qu'une nouvelle architecture est urgente sont les professionnels eux-mêmes : les constructions qu'ils mettent en avant sont souvent les projets bling-bling, les centres culturels et scolaires prestigieux et les villas-cubes blanches à piscine private type morceau de sucre. Alors que les projets communautaires, les

nouvelles formes du vivre-ensemble plus collectives, plus urbaines ou socialement plus accessibles font défaut dans ce guide. Pourtant, ils existent aussi, même si ce n'est que de façon embryonnaire.

Sources et références :

Arch+ n° 231, 2018: *The property issue – Von der Bodenfrage und neuen Gemeingütern*; 22 euros ; *archplus.net*.

Archiduc – Magazine architecture Luxembourg, printemps 2018: Biennale de Venise ; 8 euros ; *archiduc.lu*.

Guide références 2018 ; OAI, avril 2018; www.oai.lu.

Noustand Wunnéngsbau: Wat maachen ? – entretien de Florian Hertweck et l'architecte Diane Heirend avec le ministre du Logement Marc Hansen (DP), celui de l'Intérieur, Dan Kersch (LSAP) et les députés Henri Kox (dél Gréng) et Marc Lies (CSV) sur le logement et l'accès au foncier, organisé par l'Ordre des architectes et des ingénieurs-conseils (OAI), le 23 avril à la Coque.

Le pavillon luxembourgeois à la Biennale de Venise s'intitule *The architecture of the common ground* et sera inauguré le 26 mai à 16 heures à la Sale d'Armi / Arsenal à Venise ; il est coorganisé par le Luxembourg centre for architecture / Luca et la Master en architecture de l'Université du Luxembourg ; luca.lu et uml.lu. La biennale dure jusqu'au 25 novembre, l'exposition sera montrée au Luca en 2019.

La face sombre de la transition énergétique

Nouvelle dépendance



La mine de Mountain Pass en Californie fut rouverte en 2012

Georges Canto

On les appelle « terres rares », mais il s'agit en réalité de métaux, moins d'une trentaine dans l'acception la plus large. Leurs propriétés exceptionnelles sont utilisées dans la fabrication d'appareils électroniques grand public, mais aussi dans le domaine médical, l'automobile, les industries aéronautique et militaire, la production d'énergie ou le raffinage du pétrole. Avec le boom du numérique et des nouvelles technologies vertes (*greentechs*), les terres rares sont devenues hautement stratégiques et, selon l'universitaire américain David S. Abraham, auteur du livre *The elements of power* paru en janvier 2016, les pays développés en sont devenus tout aussi dépendants qu'ils l'étaient du pétrole, d'autant que, comme pour le pétrole, les zones de production sont majoritairement situées en dehors de leurs territoires. Leur utilisation croissante a donc ici aussi une dimension géopolitique, en conférant un pouvoir élevé aux pays producteurs.

Pour une production donnée, les métaux rares sont utilisés en quantités infinitésimales, de sorte que leur consommation est encore dérisoire (17 grammes par habitant et par an). Mais techniquement ils n'ont pas de substitut. C'est le cas de l'indium, utilisé pour la fabrication des écrans de *smartphones* ou d'appareils photo : moins d'un gramme suffit, mais il est essentiel pour conduire l'électricité. Et comme leur emploi est généralisé dans les industries à haute technicité, les besoins devraient fortement augmenter à l'avenir.

La production pourra-t-elle suivre ? Les difficultés techniques et économiques de l'extraction (qui expliquent le terme de « terres rares ») sont préoccupantes au regard de l'évolution de la demande : le journaliste français Guillaume Pitron révèle dans *La guerre des métaux rares*, un ouvrage paru en janvier 2018, que, rien que pour la voiture électrique, si elle parvient à s'imposer (avec des batteries permettant de rouler jusqu'à 800 kilomètres), il faudra extraire d'ici 2040 davantage de terres rares que ce que l'humanité a prélevé depuis 70 000 ans.

De plus, les zones de production sont à l'heure actuelle très concentrées géographiquement et pour

la plupart situées en dehors des pays utilisateurs, essentiellement en Chine.

En 2017, ce pays a produit 81 pour cent des métaux rares dans le monde et posséderait 37 pour cent des réserves mondiales. Dès 1992, Deng Xiaoping affirmait que « les métaux rares sont à la Chine ce que le pétrole est au Moyen-Orient ». Ce pays détient même le monopole ou le quasi-monopole de la production de certains métaux comme l'indium et le gallium, qui entrent dans la fabrication des semi-conducteurs, utilisés en informatique, ou encore le dysprosium et le tungstène, utilisés dans l'armement et l'aéronautique. Non seulement la Chine a bénéficié d'avantages géologiques, mais le gouvernement a aussi massivement investi dans les métaux rares depuis près de trente ans, alors que leur usage était encore embryonnaire. Les pouvoirs publics ont financé la prospection puis l'extraction et la production locale, à un coût d'exploitation très bas. La région de la ville de Baotou au nord de la Chine est ainsi devenue la première région mondiale pour la production de métaux rares, sans grande considération environnementale. D'autre part, des entreprises publiques chinoises (une demi-douzaine, comme la China Minmetals Corporation) ont progressivement racheté les firmes américaines et australiennes qui contrôlaient le marché, récupérant au passage leur expertise technique et leur capacité de recherche.

D'autres pays émergents occupent une place éminente. Le Chili, par exemple, est connu pour être le premier producteur mondial de lithium (33 pour cent du total en 2017), un métal présent dans les batteries de téléphones et d'ordinateurs portables, mais qui est surtout indispensable à la fabrication de celles qui équipent les voitures électriques et hybrides, car il est très léger et peut stocker beaucoup d'électricité. De ce fait, le lithium est également utilisé dans les centres de stockage d'électricité, à proximité des « fermes solaires » et des champs éoliennes. Le Brésil produit 90 pour cent du niobium mondial, qui est employé à la fabrication d'alliages d'acier de très haute qualité pour l'aéronautique et dans le domaine médical (broches orthopédiques).

Quant à la République démocratique du Congo, elle produit 64 pour cent du cobalt mondial, un métal utilisé dans les batteries et les aimants.

Les pays développés sont mal pourvus et largement dépendants des importations. Le Japon, premier consommateur mondial de métaux rares en raison d'une économie axée sur l'électronique, l'automobile, l'aéronautique et les *greentechs*, ne dispose d'aucune réserve, même si on aurait découvert dans ses fonds marins des gisements représentant seize millions de tonnes de terres rares. Même constat pour la Corée du Sud. Ceux qui en produisent sont concentrés sur quelques métaux, comme le molybdène aux États-Unis. Une exception notable, l'Australie, riche notamment en lithium (17 pour cent des réserves) et en titane, métal stratégique dans l'industrie militaire, aérospatiale et chimique (25 pour cent de la production mondiale).

Selon David S. Abraham, les pays développés ont mal évalué le risque de dépendance au cours des dernières décennies, et leurs chaînes d'approvisionnement sont aujourd'hui particulièrement vulnérables.

Le premier risque est celui d'une insuffisance de l'offre par manque de réserves immédiatement disponibles : pour répondre à la demande, et à supposer que les gisements aient été précisément localisés, il faut mettre en place des infrastructures d'extraction, de transformation et de transport ce qui peut prendre plusieurs années et se traduire entretemps par une forte pression sur les prix.

Une pénurie organisée par un pays fournisseur est peu probable, mais le risque existe, comme l'a montré l'embargo chinois sur l'exportation de métaux rares vers le Japon entre septembre et novembre 2010. Un blocage plus long aurait condamné les usines Sony, Toshiba ou Toyota à suspendre leur production, faute de matière première, la Chine représentant alors 91 pour cent des importations concernées.

La Chine a aussi mis en place, dans le passé, une politique de restriction de l'offre par des quotas et

Le premier risque est celui d'une insuffisance de l'offre par manque de réserves immédiatement disponibles

des taxes à l'exportation. Officiellement destinée à prendre en compte des enjeux environnementaux, cette politique, qui a été appliquée parfois de manière drastique jusqu'en avril 2015, visait en réalité à obliger les entreprises étrangères de haute technologie à installer leurs usines de production sur le sol chinois pour avoir un accès direct en métaux rares, ces implantations étrangères *high-tech* étant elles-mêmes destinées à contribuer à la montée en gamme des productions réalisées en Chine : industrie aéronautique et spatiale, informatique, voitures électriques..

Face à ces risques, les pays développés de l'ouest n'ont envisagé jusqu'ici que des « réponses très timides » selon la Fondation Jean-Jaurès, qui a publié un rapport sur le sujet en février 2018.

Certains pays comme le Canada, l'Australie et l'Afrique du Sud multiplient les projets de prospection et d'extraction, y compris dans les fonds marins, ou tentent de relancer des productions anciennes : mais aux États-Unis par exemple entre 2009 et 2012, ces tentatives ont été avortées en raison de coûts d'exploitation élevés et de risques environnementaux (lire encadré), tandis que l'augmentation de l'offre faisait baisser les cours. Le Japon de son côté a préféré financer des recherches et exploitations à l'étranger en signant des partenariats avec des compagnies australiennes, indiennes, vietnamiennes et kazakhes, sans grands résultats pour l'instant.

Le recyclage est une autre solution envisagée pour réduire la dépendance vis-à-vis des importations de terres rares. La première usine de récupération des métaux contenus dans les appareils usagés a ouvert dans le nord du Japon en 2008. Mais il s'agit d'une activité polluante qui se révèle également coûteuse. Ainsi, Solvay a décidé en janvier 2016 de suspendre après moins de quatre ans les activités, non rentables, de ses usines de recyclage de métaux rares de La Rochelle et de Lyon en France. Toutefois des recherches prometteuses sont en cours pour récupérer plus facilement les précieux métaux et pour leur trouver des alternatives.

Il restera encore à mieux réguler les marchés. Dans son livre, Guillaume Pitron rappelle que la production des métaux rares, exprimée en volumes, est encore dérisoire : elle ne représente en tonnes que 0,0054 pour cent de celle du fer et 0,0025 pour cent de celle du pétrole !

Les échanges n'ont lieu qu'entre un nombre réduit d'acheteurs et de vendeurs, de sorte que l'action d'un seul fournisseur ou acheteur peut perturber le fonctionnement du marché. Entre 2006 et 2008, l'augmentation de la demande chinoise de titane, dont ce pays fournit la moitié de l'offre mondiale, a asséché le marché au détriment des acheteurs occidentaux, avec des cours multipliés par dix.

Les transactions sont particulièrement opaques : tout se négocie de gré à gré en l'absence de régulateur et de formalités. Les chiffres de production ou de stocks, souvent considérés comme des secrets d'État, font cruellement défaut. Les à-coups en termes de prix sont fréquents et alimentent la spéculation. Il n'existe pas encore de cartel de pays producteurs comme pour le pétrole, mais l'Opep ne fut créée qu'en 1960, alors que l'or noir était utilisé depuis plusieurs décennies.

Les pays développés utilisent massivement les métaux rares, mais, n'en produisant que très peu, doivent les importer. La faiblesse des volumes et des prix ne les a pas incités pendant longtemps à sécuriser leurs approvisionnements. Ils se sont rendus dépendants de quelques pays producteurs, Chine en tête. Ils prennent ainsi le risque, non seulement de ruptures de flux ou de renchérissement, mais encore de délocalisations supplémentaires, cette fois dans le *high-tech*. Déjà en 2010, dans son éditorial du *New York Times*, le prix Nobel d'économie Paul Krugman estimait qu'avec les métaux rares, la Chine disposait d'une arme géopolitique extraordinaire qui « dépasserait les rêves les plus fous des rois du pétrole du Moyen-Orient ».

Risques environnementaux

Paradoxe : alors que les terres rares sont indispensables à la fabrication des voitures électriques et des panneaux photovoltaïques, outils nécessaires à la transition vers les énergies renouvelables, leur exploitation provoque d'importants dégâts environnementaux.

Lors de l'extraction et du raffinage, des éléments toxiques sont rejetés dans l'environnement : métaux lourds, acide sulfurique, uranium. La radioactivité mesurée dans les villages près de la mine de Baotou en Chine serait 32 fois supérieure à la normale (contre quatorze fois à Tchernobyl). En 1998, les États-Unis ont été contraints de fermer la mine à ciel ouvert de Mountain Pass, en Californie, exploitée depuis 1952, après le déversement accidentel dans la nature de milliers de litres d'eau radioactive. De nombreux pays avaient décidé de fermer leurs mines, mais la hausse de la demande et des prix et la volonté de ne pas dépendre des importations pourraient les amener à revoir leur position : ainsi la mine de Mountain Pass a-t-elle rouvert en 2012 et l'expert français Guillaume Pitron propose de faire de même dans son pays, où par ailleurs la société australienne Variscan a obtenu dans l'ouest sept permis d'exploration. gc

Chronique Internet

Inquiétante décapitation

Jean Lasar

Jan Koum, l'un des deux fondateurs de l'application de messagerie mobile *WhatsApp*, a annoncé cette semaine qu'il quittait la direction de l'entreprise, rachetée pour une vingtaine de milliards de dollars par Facebook en février 2014. Le *Washington Post* a rapporté que ce départ a été causé par un désaccord stratégique avec Facebook. Il était « épuisé par des divergences sur l'approche » concernant divers sujets, dont les revenus publicitaires et le ciblage des données, a précisé le quotidien. Facebook a fait savoir que le mandat de Koum à son Conseil d'administration ne serait pas renouvelé.

Le cofondateur de *WhatsApp*, Brian Acton, a lui annoncé son départ en novembre dernier ; par la suite, au plus fort du scandale autour des données de Facebook si-phonnées par Cambridge Analytica, il avait participé à la campagne *#DeleteFacebook*. Selon Le *Washington Post*, Koum avait déjà pris sa décision de quitter le navire avant cette affaire.

L'absorption de *WhatsApp* par la compagnie de Mark Zuckerberg avait choqué beaucoup d'utilisateurs en 2014. La plateforme avait réussi à fidéliser en quelques années un grand nombre d'internautes grâce à un fonctionnement fiable, une interface plaisante, la possibilité de contourner la tarification des opérateurs sur les SMS et la promesse de ne pas recourir à la publicité pour se financer. Elle avait juré alors que ces caractéristiques resteraient sa marque de fabrique.

Des analystes de la banque Barclays ont estimé probable que *WhatsApp* va prochainement ajouter des publicités à son service

Né en 1976 à Kiev, Jan Koum relève de ces légendes « rags to riches » dont raffolent les Américains. En 1992, il s'établit à Mountain View avec sa mère et sa grand-mère, bénéficiant d'un programme d'aide sociale. Sa mère gagne sa vie comme babysitter, lui fait le ménage dans une épicerie. Attiré par la programmation, il s'inscrit à l'Université de San José et commence à travailler chez Ernst & Young comme testeur. Il y rencontre Brian Acton. Après un passage chez Yahoo comme ingénieur en infrastructure (et une tentative infructueuse de se faire embaucher par Facebook), Koum a l'idée de *WhatsApp* en janvier 2009. L'app fait son chemin, séduisant des centaines de millions d'internautes. Après un dîner chez Mark Zuckerberg, le 9 février 2014, l'union des deux entreprises est annoncée dix jours plus tard. Cette acquisition a permis à Jan Koum de se constituer une fortune évaluée par *Bloomberg* à 10,4 milliards de dollars. Depuis 2015, il aurait vendu pour huit milliards de dollars

d'actions Facebook. Koum a indiqué vouloir désormais « collectionner des Porsche rares refroidies à l'air, travailler sur [ses] voitures et jouer à *frisbee ultimate* ».

Des analystes de la banque Barclays ont estimé probable que *WhatsApp* va prochainement ajouter des publicités à son service, faisant valoir qu'il était de notoriété publique que les deux entreprises étaient en désaccord sur la façon de « monétiser » la messagerie. Les contacts des analystes de la banque ont assuré que « dès que Jan s'en ira, c'est là que les pubs apparaîtront ». Pour tous ceux qui ont été séduits par la facilité d'usage, l'absence de publicité et la gratuité ou quasi-gratuité de *WhatsApp*, cette perspective est frustrante et inquiétante. À l'origine, le *business model* de *WhatsApp* était d'offrir une année gratuite d'utilisation et de facturer un dollar par an par la suite. Mais l'entreprise avait annoncé en 2016 renoncer à ce dollar annuel, notamment pour ne pas perdre ses utilisateurs ne disposant pas de carte de crédit. Il faut dire que 18 mois après l'acquisition par Facebook, celui-ci avait mis la main sur les numéros de téléphone des utilisateurs de *WhatsApp* : un premier coup de canif aux engagements initiaux que la messagerie continuerait d'opérer de manière indépendante, qui avait valu à la firme de Zuckerberg une amende de 122 millions d'euros de la part de la Commission européenne. Pour les quelque 1,5 milliard d'utilisateurs mensuels de la messagerie, il ne reste vraisemblablement plus qu'à attendre, la mort dans l'âme, que le rouleau compresseur de Facebook mette l'application au diapason de son modèle d'affaires.

Zoom op d’Sprooch

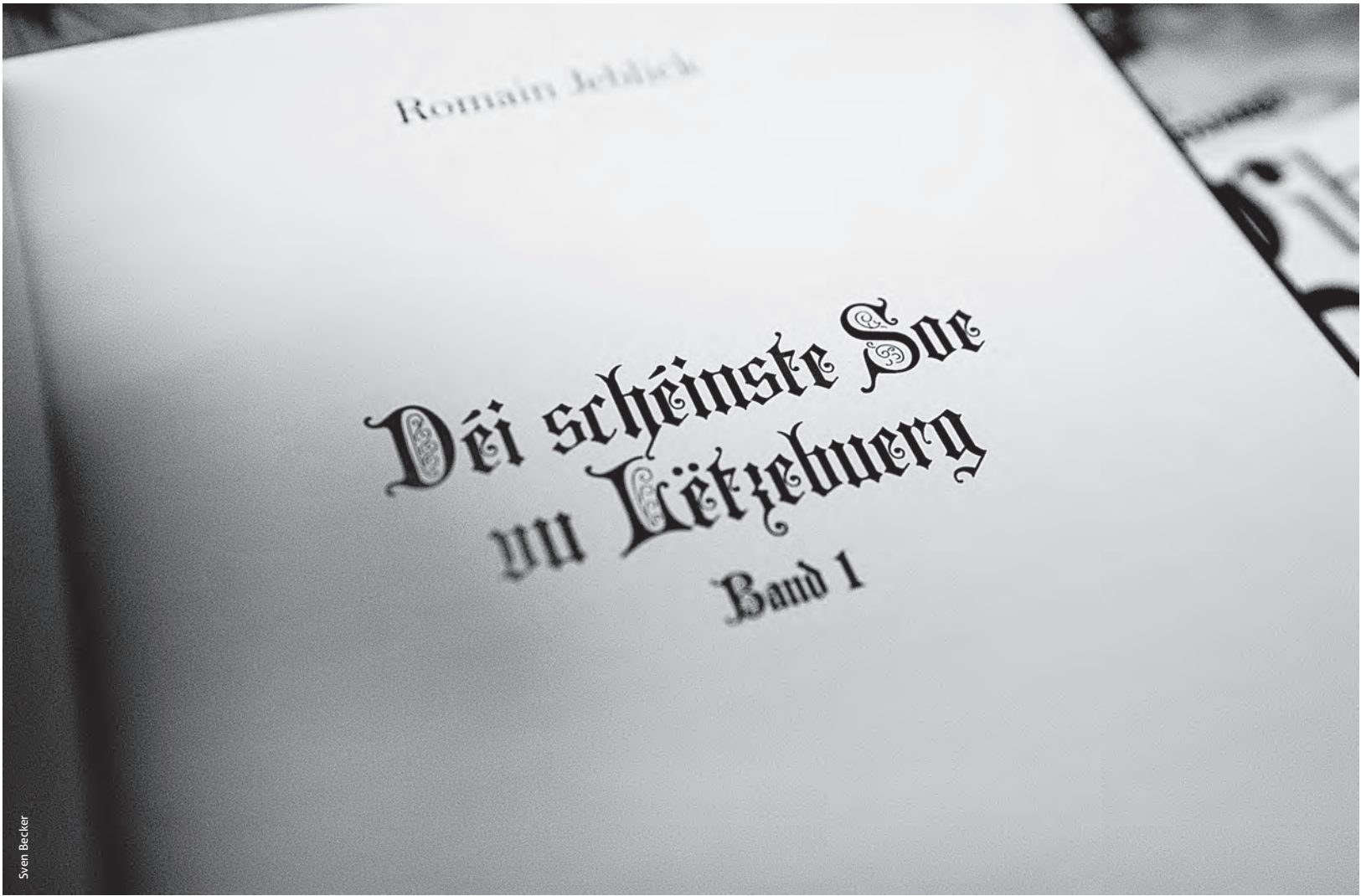
Dat neit Gesetz: fir wien ... ouni Hypokrisie

François Schanen

Den 11. Januar 2018 huet d'Regierung de *Projet de loi relatif à la promotion de la langue luxembourgeoise*¹ an der Chambre des députés op den Instanzwee bruecht. Op dësen Text mat den Avice vun der Uni Lëtzebuerg, vum Conseil vun der Lëtzebuurger Sprooch (CPLL), vun der Chambre des Métiers an der Chambre de Commerce wëll ech haut zrëckkommen, nodeem ech dat ganzt als „e gudde Cru 2017/2018 fir d'Lëtzebuergesch“ (*d'Land*, 06.04.2018) begréisst hunn.

Den Accueil vum Gesetzprojet (besonnesch wat d'Oppositoun ugeet) ass a mengen Aen net esou positiv wéi de Fernand Fehlen² et seet, mee et kann ewell e ganz genësseleche Cru ginn, wann de Projet an engem neie Geescht ëmgesat gëtt an nëmmen net administrativ verkënn.

Schonn am Zoom „Läit d'Lat ze héich?“, wou ech no zéng Joer Sproocherubrik am *Land Bilanz* gezunn hunn (*d'Land*, 29.04.2016), hat ech gesot, et wier Schued, datt d'Iddi vum „Institut national Robert Bruch“ fir d'Lëtzebuurger Sprooch an den éischten 2000-er Joren net realiséiert gi wier. D'Lëtzebuergesch hätt bestëmmt méi a besser vun dësem engen „Zenter“ profitéiert, wéi vun der Villfalt a vum Zerstéckele vun haut³. Dofir fannen ech d'Initiativ vum „Zenter fir d'Lëtzebuergesch“ am Gesetzprojet guer net esou schlecht mat engem Kommissär fir d'Lëtzebuurger Sprooch als Direkter, deen sech a permanenter Verbindung mat engem interministerielle Comité an enger Mataarbechter-Equipe (déi vum LOD) ëm d'Promotioun vun der Lëtzebuurger Sprooch këmmert. Mee hei héiert de Programm vun der Majoritéit op an d'Kritik vun der Oppositoun kënnt ze kuerz. Fir mech e bësse provokativ auszedrécken, et muss och Kloertext geschriwwen ginn: hypokritesch Implicatiounen mussen entlarvt ginn⁴.



Landessprooch ass e méideitege Begrëff, deen op d'Nationalsymbol vun der politescher Eenheet Grand-Duché referéiert oder um Terrain op d'Méisproochegkeet vun der Gesellschaft hiweist

Sou zum Beispill wa vun der Oppositoun *Eesproochegkeet* versus *Méisproochegkeet* rieds ass. Seele ginn d'Leit zu Lëtzebuerg zou, datt, wann d'Nationalsprooch (Sg.) ernimmt gëtt, sécher net un

d'*Méisproochegkeet*, och net un d'*Eesproochegkeet*, dofir awer un d'*Eegesproochegkeet*, un (d'Actioun Lëtzebuergesch seet) *eis* (eegen a keng aner) Sprooch geduecht gëtt. Ideologesch Gedanke-

sträng, déi méi oder manner bewosst kënnen sinn, verbannen dann d'Sprooch an hir dacks populistesch Kulturëierung mat enger nationaler kollektiver Identitéit, Souveränitéit, „Luxemburgenität“. Landessprooch ass dann och e méideitege Begrëff, deen op d'Nationalsymbol vun der politescher Eenheet Grand-Duché referéiert oder generell um Terrain (mat ronn 50 Prozent Net-Lëtzebuurger) op d'Méisproochegkeet vun enger wirtschaftlech a sozialstrukturierter Gesellschaft hiweist⁵.

Am Avis vun der Uni reagéieren de Peter Gilles an d'Jeanne E. Glesener am Numm vun hirer akademescher Erfahrung besonnesch op zwee Aspekter a fir d'éischt op déi nei Strukturëierungen (Kommissär, Zenter mat LOD-Plattform). Dat Ganzt mat de Strukturen, déi scho méi laang en Place sinn, géif bestëmmt vill ze komplex ginn, fir daitlech an effikass Missiounen verdeelen ze kënnen. Si denken do – a soen et och – un d'Section de linguistique, d'éthnologie et d'onomastique vum Institut grand-ducal, un den CPLL an un hiren Institut fir lëtzebuergesch Sprooch- a Literaturwëssenschaft op der Uni⁶.

Zwar hunn si Recht, wann si iwwer d'Méiglechkeeten vun der Zesummenaarbecht tëschen dem Institut an de geplangten Neistrukturëierungen, respektiv Institutiounen, déi schonn existéieren, diskutéieren wëllen. Mee déi agestane Risiken: Transmissionsverloschter⁷, Problemer bei der Kompetenzopdeeling, Iwwerschneidungen bei den Zoustännegkeeten (CPLL) sinn éischter Virwänn vun Autoritéiten, déi hir Privileegie verdeedegen, verheemlechen oder vergréissere wëllen. D'Uni hänkt kloer un hirer Fräiheet an der akademescher (an ugewannter?) Recherche. Dat ass och hiert Recht. Mee behaupt si domat net och hiren deelweis arbiträr imposéierte Monopol vun der Bonner historischer Dialektologie, déi eiser Sprooch haut am Land net ëmmer déi beschit linguistescht Léisungen ubitt? Schued fir d'Lëtzebuergesch, well doduerch net nëmmen d'Konkurrenz an de Bibliographien eliminéiert gëtt!

Jo! Am Detail vum Avis vun der Uni héieren ech eng aner Klack wéi am Projet de loi. D'Uni ernimmt d'*Politik* an den *Ausbau* vun der Lëtzebuurger Sprooch (a wien denkt do net direkt un dem Kloss seng Theorie, cf. „Um Enn vun der Ausbaustreck?“, *d'Land*, 15.08.2014), während de Gesetzprojet generell vun der méi breeder (och bei den „einfache Leit“ erwünschter) *Promotioun* a *Strategie* vun der Lëtzebuurger Sprooch schwätzt.

Nieft dem Problem vun der Fuerschung (Cryptogramm: Subsidien) maachen déi Responsabel vum Institut sech och Suerge fir d'*Formation initiale* vun den Enseignanten am Beräich LaF (Lëtzebuergesch als Friemsprooch) an LaM (Lëtzebuergesch als Mammesprooch). Dat ass jo och hir Missioun. Awer wann dann, fir d'Lëtzebuergesch an der Education a besonnesch am Lycée, dovun rieds

Dat neit Gesetz muss och administrativ Problemer reegelen, mee generell ass et gemaach, fir d'gesellschaftlecht mënschlecht zesummeliewen ze erliichteren

ass, eng ganz Filière LaM mat Ausschaffé vu Léermaterial fir d'Sprooch, Literatur a Kultur auszebauen, a wann zum Schluss recommandéiert gëtt, datt „d'Lëtzebuergesch méi staark mam Enseignement vun Däitsche vernetzt (kéint ginn)“, da sinn Apel a Bir geschielt. Do denkt dach keen Däiwel méi un d'Schüler, un d'Leit, un d'Lëtzebuergesch. Schluss mat deem flotten *Ausbau* an *Ausfluch*. D'Lëtzebuurger Sprooch, eng kuerz Zäit flügge, muss erëm administrativ kleng bäiginn. Iwwert d'Däitscht kënnt et zrëck a „Germanien“, a mir, mir bleiwen dës Kéier vläicht definitiv an eiser verzweimelter Sproochen-Zwéckmillche setzen⁸.

¹ Cf. Document parlementaire N° 7231. Page de détail et dossier complet.

² Cf. Fernand Fehlen: „Carte blanche“, *RTL.lu*, 28.03.2018. Zoom op d'Sprooch: *d'Land*, 09.05.2016, 15.08.2014, 09.01.2015, 29.04.2016

³ D'Ministère, den INL. De *Privatsecteur*: RTL, Formateuren, Verleger, Pro-Lingua däreif net vergiess ginn.

⁴ cf. „Ass et net schonn ze spët?“ (*d'Land*, 09.01.2015), „Läit d'Lat ze héich?“ (*d'Land*, 29.04.2016), „Do huele mer et leider ni esou genee“ (*d'Land*, 13.11.2016)

⁵ cf. Lex Roth: „Eis Sprooch mam LR“ op *RTL.lu* – Iwwer de Begrëff „Luxemburgenität“ cf. Jürgen Stoldt: „Von der Nation zum Staatsvolk“, *forum* 363 (Abrëll 2018) S. 19, 1 Kol.: „Das Luxemburgische wird in Abwesenheit anderer greifbarer Symbole zum Inbegriff und Garant des Zusammenlebens stilisiert. – Doch das Luxemburgische ist auch eine Code-Bezeichnung für eine gewisse nicht-definierbare 'Luxemburgenität'. – Alle politischen Parteien [versuchen] eine Nebelwand rund um die Bedeutung der luxemburgischen Sprache aufzuziehen und riskieren dabei die - auf der Beherrschung des Französischen basierende - Mehrsprachigkeit des Landes.“ – Vgl. och Romain Hilgert: „Die Mehrsprachigkeit ist die Landessprache“, *d'Land*, 23.03.2018.

⁶ Komesch, dat d'Formation vum INL net ernimmt gëtt, och net de Centre Nationale de Littérature, deen dach zum Deel als Modell fir den Zenter fir d'Lëtzebuurger Sprooch kéint a Fro kommen. Déi zwou éischt Strukturen hate jorelaang deeselewachte Sekretär wéi d'LOD-Equipe (cf. „Qui trop embrasse“, *d'Land*, 27.06.2014).

⁷ D'Wuert iwwerrascht bei Responsabele wéi de Peter Gilles, d'Claudine Moulin oder d'Damaris Nübling, déi an den éischten 2000-er Joren an der Luxemburgistik (och mat Ligen) absolut Tabula rasa maache wollten. – Deemools war ech och ee vun deenen eenzegem, déi sech fir eng *Normalitéit* vun der *Lëtzebuurger Schrëftsprooch* agesat hunn. Haut verteidegt den *Institut* d'Drënglechkeet vun dëser schrëftlecher Norm. Dobäi hu mer bal 20 Joer verluer! Cf. François Schanen: „Kohärenzbedingungen im geschriebenen Lëtzebuergesch: *Texte coordonné du système officiel de l'orthographe luxembourgeoise* (2003) und *Nei Lëtzebuurger Grammatik* (2005-2006)“. In: *Workshop 2001. Lëtzebuergesch. Entwicklungstendenzen und Forschungsperspektiven einer jungen Sprache*. 2005, 169-182.

⁸ „Prinzipiell hale mir den Ausbau vum Enseignement fir néideg, deen iwwert Optiounen am Lycée erausgeet. Eng Méiglechkeet wier zum Beispill, dass Lëtzebuergesch méi staark mam Enseignement vun Däitsche vernetzt gëtt.“



Zu Gast

Wem gehört das Land und wem die Stadt?

Josée Lorsché

Grund und Boden werden zusehends knapp und immer teurer. Die Spekulation mit dieser endlichen Ressource gefährdet den sozialen Zusammenhalt, da der Zugang zu freien Flächen nur noch mit entsprechendem Vermögen möglich ist. Im urbanen Raum wird um jeden Quadratmeter gekämpft. Leerstand und Verfall von Häusern stehen gemeinwohlorientierten Wohnprojekten gegenüber und behalten oft die Oberhand. Im Agrarbereich treiben Versiegelung des Bodens, intensive Landwirtschaft und außerlandwirtschaftliche Investoren die Pacht- und die Kaufpreise so weit hoch, dass eine konsequent ökologische Landwirtschaft nicht mithalten kann.

Damit die Konkurrenz um die endliche Ressource Boden die Menschen und ihre Umwelt nicht zum Verlierer macht, bedarf es einer klaren Strategie in zentralen Bereichen der Wirtschaft, des Wohnens, der Mobilität und der Natur. Genau diese Strategie ist mit „Landesplanung“ gemeint. Im Interesse der folgenden Generationen muss es uns gelingen, die zukünftige Nutzung von Grund und Boden an das Allgemeinwohl zu binden.

Josée Lorsché ist Abgeordnete von Déi Gréng

Wie instabil die im Jahr 2012 verabschiedete Rechtslage war, erwies sich kurz nach den Wahlen von 2013, als die sektoriellen Leitpläne wegen juristischer Unsicherheiten aus der Prozedur genommen werden mussten. Die Neufassung des Gesetzes zur Landesplanung gibt den Leitplänen letztendlich eine solide legale Basis. Allerdings bleibt die zentrale Frage „Wem gehört die Stadt und wem das Land?“ nach wie vor unbeantwortet.

Problematisch ist vor allem die Tatsache, dass der Besitz von Grund und Boden im Großherzogtum mit keinerlei Verantwortung einhergeht. Anders als in der Schweiz und in Deutschland wird Bodenbesitz dem Eigentümer in Luxemburg nicht als aktiv verpflichtendes Natur- und Sozialgut auferlegt. Damit stehen die politischen Instrumente der Raumplanung dem fast uneingeschränkten Recht auf Privateigentum weiterhin diametral gegenüber und generieren ein hohes Konfliktpotenzial.

Gerade in dem sozial wichtigen Bereich Wohnen und Bauen sind die Möglichkeiten, die das Grundgesetz bietet, jedoch vielversprechend. „Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- und Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen“, heißt es in der bayerischen Verfassung. Sie könnte uns als Vorbild dienen. Der gemeinwohlorientierten Gestaltung des Territoriums und dem Schutz der endlichen Ressource Boden müsste ein ebenso hoher Stellenwert zukommen wie dem Umweltschutz und dem Recht auf Wohnen, das den Weg in die luxemburgische Verfassung voraussichtlich finden wird. Damit bekämen die Instrumente der Landesplanung den nötigen rechtlichen Rückhalt und dem Auseinanderdriften der Bodenpreise wäre eine Grenze gesetzt.

Dass Grundstückseigentümer sich weiterhin ohne Arbeit und ohne Fleiß auf eine ganz legale Art an landesplanerisch relevanten Flächen bereichern, ist jedenfalls weder vernünftig noch sozial. Eine solche Wertschöpfung durch Nichtstun schlägt sich vor allem auf die Wohnkosten nieder und erhöht das Armutsrisiko für viele Familien. Zentral gelegene und kurzfristig erschließbare Baulücken, die aus Spekulationsgründen jahrzehntelang unbebaut bleiben, müssen der Vergangenheit angehören. Gemeinnutz von Grund und Boden ist unsere Zukunft und das notwendige Fundament einer gerechten Gesellschaft.

Die kleine Zeitzeugin

X, das Kind



Woher kommt dieser Drang des Weibes, sich zu runden, die Hände über dem Leib zu falten und versonnen zu schauen?

Michèle Thoma

Es ist erstaunlich, aber es gibt noch Menschen, die sich in das Abenteuer Schwangerschaft stürzen, freiwillig. Was ist ein Ausflug nach Afghanistan oder ein Bummel durch die Milchstraße gegen die neun Monate und das, was danach kommt? X, das Kind, ein echtes Abenteuer, das letzte vielleicht. Ausgang ungewiss, Garantien und Rückgaberecht gibt es nicht, und laut Berichten über die Expeditionen in die Pamper-Canyons lauern jede Menge Abgründe, manche sollen gar verschollen bleiben. Niemand weiß wirklich, was geschieht, was mit wem geschieht. Was wem geschieht. Die Elternteile schon gar nicht. Plötzlich sind sie welche.

Ruhm ernten diese Abenteuererinnen aber selten.

Warum tun Menschen so was, so etwas Irrationales, Archaisches, jetzt, im dritten Jahrtausend? Obwohl sie vielleicht schon mitgekriegt haben, wo das hin führt. Was dabei herauskommt, ein Mensch nämlich. Dieses Wesen, das, von seinen Wurzeln hypnotisiert, seinen Nabel beschaut, im besten Fall auf ein paar grüne Zweige kommt und darob graue Haare bekommt. Und ein paar Menschlein.

Warum eigentlich, jetzt, wo es so adrette Roboterinnen gibt, die einem Betagten auch etwas zu essen geben, sogar mit einem Scherzlein auf den zu einem Lächeln geschürzten Lippen? Man kann lebenslanglich weltreisen, sich selbst verwirklichen, sich entfalten, Oden verfassen, mittelalterliche Instrumente auf Gletschern spielen, Nägel mit Köpfen machen, mit verständnisvollen Robotern leben, die Welt verbessern – statt Schulaufgaben! Warum also dieses stressige Abenteuer *called* Kind?

Woher kommt dieser Drang des Weibes, sich zu runden, die Hände über dem Leib zu falten und versonnen zu schauen?

Projekt Kind, heißt es anfangs noch keck. Ein Wunder!, stammeln auch die aufgeklärtesten Zeitgenoss_innen, wenn es ihnen widerfährt

nen zu schauen? Kinderwagenkataloge zu durchblättern – schon kommt der Kinderwagen angerollt, von online – und eine Puppenstube einzurichten; war es nicht gerade noch in einer Disko zuhause oder in einem Büro hoch oben über den Abgasen?

Woher rührt diese plötzliche Abneigung, nein, Allergie gegen Nachrichten? Warum kann Weib plötzlich Frauen aushalten, die von einer Kinderschar umringt unter einem Apfelbaum sitzen? Und wie ist es möglich, dass Mann, der keine zwölf Söhne braucht, um ihm den Acker zu bestellen, nicht schreiend Reißaus nimmt bei der Vorstellung, ein Schreihaas könnte in sein Revier drängen? Seine Frau hat schon ein Stillkissen bestellt, was wird aus seiner Weltreise, aus seiner siebzehnbändigen Autobiografie? Schließlich steht er nicht unter der Droge, die Schwangerschaft heißt, er ist nicht hormonisch drauf. Warum nickt er narkotisiert, ja, meidet sogar schon betroffene Kollegen nicht mehr?

Projekt Kind, heißt es anfangs noch keck. Ein Wunder!, stammeln auch die aufgeklärtesten Zeitgenoss_innen, wenn es ihnen widerfährt.

Dabei wird ihnen die Wundergläubigkeit ordentlich vergällt. Das Abenteuer Schwangerschaft ist nicht geheuer. Das Wesen, das Elternteil weiblich, einst Mutter genannt, unter seinem Herzen trägt, wird penetrant unter die Lupe genommen, es scheint verdächtig zu sein. Es muss in aufwändigen Untersuchungen beweisen, dass alles mit ihm stimmt, dass es eine Berechtigung hat, da zu sein, in Bälde.

Das ist aber kein Zwang, nur ein Angebot. Das Wesen wird ausgeleuchtet, abglichtet, sämtliche Körperbestandteile werden vermessen und abgezählt, man will auf Nummer Sicher gehen. Schienbeine, Schädelumfänge, alles Drum, Dran, Drin. Nimmt es zu viel oder zu wenig zu? Ist es hyperaktiv oder hyperpassiv? Das werdende Menschenweslein muss einen Haufen Tests bestehen, immer kommt noch einer dazu, bis es endlich ein Genügend bekommt. Bis das wohlwollende ok gegeben wird, werdende Elternteile atmen auf, uff, alles okay. Bis zur nächsten Probe, zur nächsten Blut- und Urinprobe, die jetzt alles ausschließt, wirklich alles. Also mehr oder weniger. Quasi. Beinahe. Restriskant bleibe es immer, heißt es dann, so sei das Leben. Und genau darum handelt es sich ja.

Wobei man, um ganz sicher zu gehen – kostet ein bisschen was –, natürlich noch viel mehr ausschließen kann. Und den Kaiserschnitt kann frau selbstverständlich vorher buchen.

Damit sich das Kind nicht mit einem Köpfler ins Leben stürzt, wie ein Abenteuer.

Notate

Der Krieg ist zum Kriegen da

Der Gefolterte, wie jeder Leidende, ist immer im Recht.

*

Ein Vegetarier begründet seine Fleischabstinenz mit seinem „Ekel vor Leichenteilen“. Lederkleidung aus Tierhäuten trägt er aber.

*

Auf seine Vaterlandsiebe angesprochen, antwortet er, er habe nichts übrig für ein Land, in dem die Unwürdigsten vom Staat zu Würdenträgern gekürt würden.

*

„Der Krieg ist zum Kriegen da.“ Diese Binsenweisheit kennt auch der kleine Mann – er kriegt Orden, Wunden und ein Grab.

*

Was dir dein Körper erzählt, kommt der Wahrheit näher als dein Denken.

*

Datenhalden stauen Gedankenströme.

*

Seine total vernetzte Überwachung kümmert manchen Zeitgenossen nicht, denn er habe nichts zu verbergen – aber etwas zu bewahren: sein Ich. Fritz Werf



Plus de hauteur

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1



Le photographe (et collaborateur du *Land*) Sébastien Cuvelier, cette semaine au Centre d'art Nei Liicht à Dudelange, lors du montage de son exposition *Paradise city*, qui sera inaugurée demain, samedi 5 mai à partir de 11h30. Après nous avoir fait découvrir la Corée du Sud et l'univers des *gipsy queens*, ces épouses de roms fortunés en Roumanie, Cuvelier nous emmène cette fois en Iran. Un pays secret et mystérieux, qu'il a découvert de l'intérieur grâce à trois voyages effectués depuis 2017 et qu'il a passés en squattant chez l'habitant, ce qui lui permit de connaître la vraie vie des Iraniens. *Paradise city* suit aussi le périple de l'oncle de Sébstien, Christian, qui avait rejoint l'Iran en combi Volkswagen en 1971, alors que le pays était encore régi par le Shah Reza Pahlavi. À l'époque, on rêva l'Iran en paradis luxueux et luxuriant – qu'est-il devenu ? Réponse dès demain et jusqu'au 7 juin à Dudelange (sebweb.org). jh

Arts plastiques



La main dans le sac

C'est le genre de truc où t'es mort si tu te fais prendre en flagrant délit : le plagiat. À l'ère du *copy/paste* facile, les professeurs d'université doivent avoir recours à des logiciels de plus en plus sophistiqués pour détecter les emprunts de leurs étudiants. Autre exemple : Joe la Pompe, qui officie masqué, accuse régulièrement les inspirations un peu trop évidentes dans la publicité (il a publié ses meilleures trouvailles chez Maison Moderne). Le web, cet univers aussi insondable qu'infini, ne pardonne rien : un compte *Instagram* intitulé *Whos_who* démasque les plagiat, les emprunts et les inspirations un peu trop évidentes des artistes. Cette semaine, le duo d'artistes David Brognon et Stéphanie Rollin eurent l'honneur douteux d'y être cités, leurs ballons dégonflés de la série *Hide and sky* (à droite sur la photo issue du compte *Instagram*) étant rapprochés du *Pinched ball* de l'immense Gabriel Orozco – une œuvre qui date de 1993. Les deux artistes franco-belges qui vivent et travaillent e.a. au Luxembourg le prirent avec humour, en apposant un petit cœur enthousiaste sous la photo. On pourra toujours dire que leurs ballons sont des sculptures remplies d'une plaque de verre, alors que celui d'Orozco est une photo et le ballon y est rempli d'eau de pluie. Et que c'est déjà pas mal d'être répertorié ainsi par un site qui commence à faire référence. jh

Expositions



Luxembourg-Arles A/R

Six semaines avant que s'ouvrent les *Rencontres de la photographie* d'Arles 2018, l'exposition *Flux Feelings*, qui avait inauguré la présence luxembourgeoise à cet événement majeur de la photographie en 2017, sera montrée au Luxembourg. Du 17 mai au 24 juin, l'on pourra découvrir, au Ratskeller du Cercle-Cité, une version adaptée de cette exposition arlésienne, avec des œuvres d'une vingtaine de photographes luxembourgeois (dont aussi Sébastien Cuvelier) choisis par quatre curateurs (cerclecite.lu). jh



Myriam la magicienne

L'artiste Myriam Mechita, dont on avait jadis découvert le travail chez Nosbaum-Reding, revient au Luxembourg via Danielle Igniti. Demain, samedi 5 mai (en parallèle à Sébastien Cuvelier), elle inaugure son exposition personnelle intitulée *La magie de ton ombre* (*The drunken boat is close to dive*) au centre d'art Dominique Lang à Dudelange. Où il sera question de subconscient et... de céramique (photo : *Instagram* Myriam Mechita ; jusqu'au 7 juin). jh

Musiques



Jeux de mains, jeux de venin

Les Rotondes accueillent ce soir le Robocobra Quartet. Originaire de Belfast, la formation s'est donnée pour mission de malaxer des genres a priori antinomiques : le jazz cuivré et le *noise rock* matiné de *hardcore* et de *postrock made in Chicago*. Pour ce faire, une section rythmique implacable propulse des envolées fiévreuses de saxophones et autres clarinettes. Le concassage subversif s'avère particulièrement réussi comme l'illustre leur *Music for all occasions*. Sur cette matière sonore pour le moins inspirée et souvent menaçante, Chris Ryan, batteur-*frontman* de son état, scande ses *spoken words* d'un ton désabusé ce qui n'est pas sans rappeler les diatribes d'un Steve Albini. da



Océanique

La Kulturfabrik propose ce mardi 8 mai une double affiche dédiée au *post-metal* avec la venue de Rosetta et The Ocean. Le collectif berlinois de The Ocean fête ainsi les dix ans de son album *Pre Cambrian* qui lui a permis d'atteindre une certaine notoriété. Ainsi, son métal grandiloquent et atmosphérique assemble des éléments comme un niveau de technicité assez élevé ou de la furia *hardcore*. Cerise sur le gâteau, The Ocean aime à jouer avec des concepts lourds de sens lorgnant vers les ères du paléolithique. Issu de Philadelphie, Rosetta est considéré comme un des fers de lance de ce mouvement aux États-Unis et propose des atmosphères éthérées et lourdes, faites de longs développements sinueux depuis une quinzaine d'années. da

Photographie



Traces humaines



Alors que les photos de Patrick Galbats sont en train d'être démontées au Centre national de l'audiovisuel pour faire place à la prochaine exposition, il lui restera le livre-catalogue qui vient de paraître chez Peperoni Books en Allemagne pour se souvenir de son épopée hongroise. Bien sûr, pour *Hit me one more time*, version *print*, les photos sont considérablement réduites en format, surtout par rapport aux impressions de plusieurs mètres carrés qu'offrait l'espace du CNA. Mais leur agencement sous forme de livre ouvre aussi de nouvelles lectures thématiques, plus concentrées sur ces traces humaines qui traversent une nature intacte et comme abandonnée : il y a les traces des migrants, apparaissant une seule fois de loin, mais qui laissent aussi derrière eux des objets, des déchets. Il y a les traces des nationalistes qui rêvent toujours de la Grande Hongrie, érigent des monuments guerriers et des clôtures en barbelé pour fermer les frontières. Et il y a les traces des habitants d'un pays pauvre, qui semble baigner dans une grande mélancolie. Au format carré, reliure en toile, le livre est un bel objet, rendu plus accessible par le texte du journaliste Joël Le Pavous (vendu au prix de 36 euros au CNA ou via peperoni-books.de). Le 11 mai, il sera présenté chez 25books à Berlin. jh

Festival



Viens dans ma grange

Eulen nach Athen tragen disent les Allemands pour l'expression française « apporter de l'eau à la rivière ». Or, ce ne sont pas des hiboux qu'amènent Luisa Bevilacqua et Linda Bonvini dans l'Esling, mais des poules (photo : Sven Becker / Rotondes). Ou plutôt : des œufs de poule. *Ei, ei, ei ?!* s'appelle leur création de théâtre d'objets, qui sera un des *highlights* du *Marionettfestival* 2018. Le festival, lancé en 2001 par l'asbl Maskénada et repris en 2016 par les Rotondes, est organisé à rythme biennal dans le petit village bucolique de Tadler, où les compagnies les plus pointues des quatre coins de l'Europe font découvrir les différentes formes de cet art en plein *boom*. Car ce type de spectacle très direct et proche du public ne se décline pas seulement en marionnettes, mais aussi de plus en plus en théâtre d'objets, en jeux d'ombres ou en installations interactives. Le temps d'un week-end, celui de la Pentecôte, soit du 19 au 21 mai, quelque 150 représentations investiront les ruelles, les granges et les garages de Tadler et ce pour tous les âges, y compris pour adultes sans enfants. Les univers sont souvent magiques, comme celui de la compagnie Scopitone & Co, qui présente cette année trois spectacles en parallèle. En plus, l'entrée est modique : cinq euros pour les enfants, dix pour les adultes, réductions grâce au pass (entre quatre et huit euros ; rotondes.lu). jh



Festival



Heimat, comme patrie...

...est le thème des *Ruhrfestspiele Recklinghausen* cette année. Un sujet provocateur dans une Europe qui se veut ouverte, mais presque évident dans un pays qui vient de créer un *Heimatministerium*, un ministère de la patrie. Ce mardi, 1^{er} mai, s'est ouverte l'édition 2018 du grand festival de théâtre populaire à Recklinghausen, la quatorzième et dernière sous la direction du luxembourgeois Frank Hoffmann. Pour cette édition, il a entre autres mis en scène le spectacle d'ouverture, le classique *Der Besuch der alten Dame* de Dürrenmatt, avec le grand Burghart Klaußner (à droite sur cette photo de Reinhard Werner), dans une coproduction avec le Burgtheater de Vienne. En outre, Anne Simon y crée *Festival der Uraufführungen – Weisser Raum* de Lars Werner, Frank Feitler y présentera son *Lenz* de Büchner, avec Luc Feit, Johannes Zametzer ses *Gesperster* de Henrik Ibsen et on pourra y retrouver André Jung dans *Unendlicher Spass* de Thorsten Lensing. Parmi les stars internationales, le festival accueille John Malkovich dans *The music critic* et Bill Murray avec Jan Vogler dans *New worlds*. En tout, plus d'une centaine de productions seront montrées d'ici le 17 juin. Le festival se terminera avec une soirée d'adieu en l'honneur de Frank Hoffmann, qui reviendra ensuite dans sa « patrie », le Théâtre national du Luxembourg (ruhrfestspiele.de). jh

Musique classique

Hypnose musicale

Port d'attache de l'Orchestre philharmonique du Luxembourg et de son chef attiré Gustavo Gimeno, la somptueuse salle de la Place de l'Europe s'impose par ailleurs, à force d'accueillir les phalanges les plus prestigieuses, comme un carrefour incontournable de la vie musicale internationale. Le 24 avril, c'était au tour d'une Rolls anglaise, le London Symphony Orchestra, dirigé par Sir Simon Rattle, d'occuper notre pharaonique temple dédié à Euterpe. Chaque fois que l'insigne sujet de Sa Majesté est venu à Luxembourg, le public s'en retourna oreilles dilatées, cœur content. Et cette venue-ci ne déroge pas à la règle. Il faut dire qu'à 63 ans, le chef britannique est unanimement considéré comme l'un des serveurs les plus justes du répertoire classique de la planète. En salle ou sur disque, chacune de ses prestations fait événement.

La Dixième de Mahler par le London Symphony Orchestra sous Sir Simon Rattle

Rattle « contre » le LSO, dont il est le nouveau chef titulaire depuis septembre dernier. « Contre », car l'orchestre est aussi traditionnel que le chef est réformateur, le premier rayonnant de son prestige quand le second rayonne de son ardeur. Or, en fait de combat, ce qui a eu lieu, ce soir-là, est pur acte d'amour. Le choc est devenu fusion – fusion d'un des plus beaux orchestres du monde avec l'un des leaders les plus exaltants (Simon décida de devenir chef d'orchestre en écoutant la *Deuxième* de Mahler à l'âge de onze ans !). Il se trouve qu'à sa mort, à l'âge de cinquante ans, le Viennois laissait une *Dixième* en chantier, deux seulement des cinq mouvements projetés étant achevés, le premier et le troisième. Il était sur le point de vaincre la malédiction qui s'attache, en matière symphonique, au chiffre neuf – de Beethoven à Bruckner –, nombre fatidique semblant marquer une borne indépassable. Dans les années 1960, Deryck Cooke s'est attelé à la tâche de compléter cette partition embryonnaire. Au grand dam des puristes, pour lesquels il est hors de question de toucher à ces *ultima verba* absolus. Pourtant, c'est bel et bien cette reconstitution réalisée par le musicologue anglais (qui allait y consacrer vingt ans de sa vie et mourir quelques mois après avoir publié la mouture « définitive ») dont Rattle et sa phalange nous ont gratifiés.

Une fois sur le podium, Sir Simon est un spectacle à lui tout seul. Peu sont, comme lui, capables de charger la musique d'une vie aussi palpitante, d'une telle électricité. L'orchestre étincelle sous la houlette de ce maestro hors pair qui est une véritable pile électrique. Sa lecture épurée, flamboyante tourne le dos à une conception sentimentale, pour explorer les richesses orchestrales de cette œuvre ouverte et exsangue. Le commandant Rattle la dirige comme un vaisseau fantôme, un spectre d'outre-tombe. Sa *Dixième* aux vents ciselés, aux lignes impeccablement tracées, traduit le pathos de la résignation sans précipiter le romantisme, maintient à un état de tension extrême lisibilité de l'écriture, articulation méticuleuse et legato infini avec une exactitude analytique qui allège avec finesse et précise sans sécheresse. De quoi laisser confondre.

Si sa direction est claire, respectueuse du texte, rigoureuse, incisive, elle est aussi capable d'une folle sensualité, comme si cette aura surnaturelle rétablissait paradoxalement le primat de la vie, l'urgence irrationnelle de toute existence. Percutant et trépidant, et en même temps *so british* ! En mahlérien implacable, Sir Rattle propose de cette page testamentaire une approche aussi savante que grisante. Dans l'*Adagio* initial, il parvient à des sommets d'émotion en rendant justice au lyrisme tendre et à toute la lancinante tristesse de cette page étrange. Dynamique, agogique, phrasés, bref, tout concourt à une interprétation dense, contrastée, fourmillante d'idées. Certes, on peut ne pas être d'accord avec toutes. Mais l'ensemble est mû par une telle force, une telle évidence dans l'inspiration, une telle intelligence que l'on ne peut qu'être conquis. Qu'on en sorte aussi passablement tourneboulé est normal, car Rattle est un musicien d'exception. Une *Dixième* pour faire bonne mesure, pour conjurer le sort, et pour les mahlérophiles qui demeurent en manque après les neuf *Symphonies* de Herr Gustav. José Voss

Theater

Wenig Spielraum

Anina Valle Thiele

Die Winterstarre ist ein Zustand, in den etwa Frösche fallen, wenn die Temperatur unter das von ihnen tolerierte Minimum sinkt. Der österreichischen Autorin Astrid Kohlmeier (*1983) dient der Begriff als Leitmotiv und Metapher, um den Zustand von Menschen zu paraphrasieren, die psychisch krank sind, in eine Depression fallen und nicht nur selbst paralysiert erscheinen, sondern auch ihre Umwelt handlungsunfähig machen. An sich eine gute Idee, ein noch wenig bekanntes Thema auf die Bühne zu bringen. Doch die Inszenierung von Jean-Paul Maes in dieser Produktion des Kaleidoskop-Theaters im Bettemburger Schloss erweist sich als wenig nuanciert, und das, obwohl das Stück recht vielversprechend beginnt. Mit Elena Spautz tritt eine junge, hübsche Frau auf, spricht eine Person aus dem Publikum an und gibt flirtend von sich: „Ich bin allein, ich dachte nur, wir beide könnten gemeinsam feiern ...“. Der Schauspieler Neven Nötig erhebt sich gleichermaßen geschmeichelt wie peinlich berührt angesichts der schnörkellosen Anmach: Ein V-Effekt, der seine Wirkung tut!

Das Bühnenbild, das bis zum Ende des Stücks statisch bleibt, besteht aus einer Lichterkette, zwei Bistrot-Tischen, darauf: Weingläser. Die junge Frau nähert sich dem Fremden lasziv im samtroten Kleid und beginnt zu erzählen. Das Zusammentreffen von zwei Fremden in einer Bar wirkt wie eine zufällige Begegnung, und doch vertraut sich die junge Frau dem Fremden rasch an. Es sprudelt förmlich aus ihr heraus, bis sie einen gellenden Schrei von sich gibt, der einem durch Mark und Bein geht. „Wie sich selbst, seinen Zustand charakterisieren? Ein Wort: Winterstarre! Ich bin der Winterstarre begegnet.“ Hysterisch schreit sie heraus, dass sie manchmal sogar das Bett mit ihr teile. Ihr Blick ist irre. Eine Episode am Frühstückstisch kündete einst davon, dass das Leben nie wieder so sein würde, wie es einmal war. Der Vater versank in sich gekehrt und erwachte nicht mehr aus dem Zustand. Eindrücklich beschreibt die Tochter die Entfremdung von ihrem Vater. Der Kontrast zwischen den Figuren könnte kaum stärker sein: auf der einen Seite die junge Frau, auf der anderen Seite Neven Nötig als alternder Knacker (mal lüstern, mal in sich gekehrt, doch vom Schauspiel her beständig hölzern), der sukzessive die Bodenhaftung verliert.



Elena Spautz in ihrer ersten großen Rolle, rechts mit Neven Nötig

Jean-Paul Maes' Inszenierung von Astrid Kohlmeiers Winterstarre erweist sich als wenig nuanciert

Wenn Elena Spautz beklemmt davon berichtet, wie ihr Vater ihr Angst einflößte, wirkt das Ganze mehr wie eine nacherzählte Geschichte, als wie ein Theaterstück. Gleichmäßig plätschert die Handlung dahin, dramaturgische Höhepunkte bleiben aus. Ab und zu bewegt sich eine junge Kellnerin wie in Zeitlupe über die Bühne und balanciert Gläser auf einem Tablett. Pädagogisch kommt das Ganze zudem daher wie mit dem Hammer. Atem-



los berichtet die junge Frau: „Niemand hat uns die Krankheit erklärt, wir waren hilflos“, woraufhin der Unbekannte resümierend feststellt: „Der Mensch fällt also auch in eine Winterstarre.“ Ein Bild prägte sich ihr ein: Ihr Vater, abgemagert und zerbrechlich; die Stimme leise bebend habe nichts mehr mit seiner eigentlichen Stimme zu tun gehabt ... Seine Stimme wiederholend: „Ich sehe kein Licht mehr!“ Die Beschreibung, wie ihr Vater in eine Depression versank, beklemmt zweifellos. Die Hilflosigkeit der Tochter transportiert sich, wenn sie gleichermaßen ungenlenk betont: „Aber schau doch mal, was Du erreicht hast!“ Die Kommunikation zwischen Vater und Tochter ist gezeichnet von Missverständnissen und Verletzungen. Nötig erklärt überpädagogisch: „Wäre nicht die Seele, sondern der Körper verletzt gewesen, wäre es für alle einfacher gewesen.“

Die Schauspieler stellen die Szenen melodramatisch nach, etwa, wenn die Tochter mit Tränen ersticker Stimme erzählt: „Ich erschrak zutiefst, als ich erfuhr, dass er bereits auf den Gleisen gestanden hatte ...“. Das Fazit? Es sei wichtig (gewesen) in

dieser schweren Zeit, bei ihm zu sein! Nötig wiederholt den Satz bedeutungsschwer, bevor der Vater aus der Winterstarre erwacht. Dank seiner Lieben, die alle für ihn da waren, hat er es geschafft. Am Ende verschmelzen das junge Mädchen und der Vater im Tanz aneinandergeschmiegt. Die Bühne ist in Rot getaucht. „Schließlich fand er ins Leben zurück!“ Ende gut, alles gut.

Es ist zweifellos ein Verdienst des Kaleidoskop-Theaters, immer wieder Tabuthemen aufzugreifen und durch seine Stücke zu sensibilisieren (so etwa auch 2014 mit dem Stück *Vollmondbe-trachtungen* über Transsexualität). Die Inszenierung von *Winterstarre* erschlägt einen jedoch regelrecht in ihrer Eindeutigkeit und bietet wenig Raum für Nuancen.

Winterstarre von Astrid Kohlmeier, in einer Inszenierung von Jean-Paul Maes; mit: Neven Nötig und Elena Spautz; Musik: Gabriel Thibaudeau, eine Produktion des Kaleidoskop Theater; weitere Spieltermine im Bettemburger Schloss am 7., 8. und 9. Mai um 20 Uhr und am 10. Mai um 17.30 Uhr; www.kaleidoskop.lu.

Cinéma

Plein de résistance

Marylène Andrin-Grotz

Triomphe ! Prolongations ! Lorsqu'un spectacle « marche » à Paris, les colonnes Morris s'habillent de superlatifs rougeoyants, se superposant à la photo d'un couple le plus souvent assis sur un canapé au milieu d'un *ersatz* de salon. Créée début 2016, la pièce *L'envers du décor*, écrite par Florian Zeller et mise en scène par Daniel Auteuil, est restée des mois à l'affiche du théâtre de Paris, malgré une presse mitigée. Mais les grands boulevards en ont vu d'autres et Auteuil avait d'autres ambitions : transformer l'essai au cinéma. Rebaptisée *Amoureux de ma femme*, l'intrigue ne change pas et à nouveau, Auteuil se glisse dans la peau de Daniel, marié à Isabelle (Sandrine Kiberlain), qui retrouve son ami Patrick (Gérard Depardieu), persona non grata depuis



Daniel Auteuil (à gauche) avec ses amis acteurs

qu'il a quitté Laurence, la meilleure amie d'Isabelle. Les deux hommes organisent pourtant un dîner chez Daniel afin que Patrick puisse leur présenter Emma (Adriana Ugarte), sa nouvelle compagne. Alors qu'Isabelle rumine sa rancœur, son mari va chavirer pour la compagne de son ami.

Variations autour d'un fantasme : Daniel navigue entre échappées avec la belle et la réalité du dîner. Si au théâtre, la pièce se noyait sous les apartés, le film tisse son intrigue minuscule sur la perception du spectateur. La jeune femme se déshabille-t-elle pour de vrai ? S'envole-t-il vraiment pour Venise avec Emma ? Et vite : Qu'est ce que ça peut bien nous faire ? Un vaudeville écrit à la va-vite par un dramaturge très demandé pour un comédien en manque de planches mérite-t-il une adaptation au cinéma ? De quel cinéma parle-t-on ici ? D'un sitcom théâtral. La grammaire cinématographique se cantonne à des plans fixes, des contre-champs peu inspirés et des plans larges soulignant les défauts de rythme. L'appartement en carton-pâte ne désigne pas seulement l'opulence dans laquelle vivent les personnages, il crie aussi cour et jardin et reprend toutes les conventions désuètes du boulevard, comme les regards appuyés qu'on dit invisibles et une gestuelle clownesque pour que les sièges du fond comprennent aussi. En extérieur aussi, où Auteuil se fait

Un vaudeville écrit à la va-vite par un dramaturge très demandé pour un comédien en manque de planches mérite-t-il une adaptation au cinéma ?

visiblement plaisir, on assèche les clichés jusqu'à en désincerner le sens : le plaisir et le désir se diluent dans le manque d'inspiration. Si le réalisateur nous épargne les apartés, le mécanisme des allers-retours entre les fantasmes du quinquagénaire et la trame de fond ronronne vite et se suffit à elle-même, oubliant toute profondeur entre le champagne de l'apéro et les asperges de l'entrée. La mousseline de pommes de terre de madame récoltera les honneurs et les choux au chocolat de monsieur pour le dessert seront l'occasion d'une farce dramatique, n'oublions pas qu'il s'agit d'un film français et qu'il est donc très important de connaître le menu du dîner des personnages.

La légèreté confinant à l'abêtissement est pardonnable : le malaise suscité par le sexisme primaire de ce film l'est beaucoup moins. En 2018, on peut donc encore montrer un homme qui se comporte comme le loup de Tex Avery dès qu'il voit une femme en robe rouge et le suivre dans ses consi-

dérations de café du commerce sur le démon de midi. Plantureuse et exotique, la jeune femme n'est que fonctionnelle, agit par rapport à ces hommes toutes langues dehors et n'apparaît que comme un danger. L'épouse, elle, est toute en hystérie et aigreur puisque l'autre personnage féminin ne peut être qu'une rivale. Et gare aux mauvaises coucheuses qui manqueraient d'humour bien sûr !

Avant de se faire cinéaste (il a réalisé, avec plus ou moins d'adresse, trois adaptations de Marcel Pagnol), Daniel Auteuil a fait carrière dans la comédie, mais aussi le thriller et s'est aussi démarqué avec des rôles plus nourris, notamment pour André Téchiné (*Les voleurs*, 1996) ou Nicole Garcia (*Ladversaire*, 2002), plaçant haut l'art de jouer et de déployer la force du personnage au service d'une véritable histoire. Il est donc d'autant plus consternant de le regarder mettre en scène des figures de papier au service d'une idéologie réactionnaire et se satisfaire de ce manque d'exigence.

Exposition

Les styles art déco

Marianne Brausch

On ne sait plus où donner de la tête à l'époque actuelle : le design est partout. Mais ce n'est pas un phénomène nouveau, comme le montre l'exposition *Art Déco au Luxembourg*, qui vient d'ouvrir au Musée national d'histoire et d'art (MNHA) au *Feschmaart*. Les années 1920 et 30 furent elles aussi particulièrement riches et connurent la première manifestation stylistique qui toucha un large public, au-delà des couches sociales privilégiées.

Un petit retour historique s'impose : à l'origine du XX^e siècle, il y eut l'Art Nouveau – dont notre région peut s'enorgueillir d'être le berceau avec l'École de Nancy. Mais les formes organiques et végétales, hormis des édifices populaires comme les bouches du métro parisien inauguré en 1900 et des grands magasins, étaient encore majoritairement réservées à une élite. Puis vint, dans l'Allemagne des années 1920, le Bauhaus, dont l'expérience radicale marqua stylistiquement le modernisme et le style international, mais qui fut à l'époque un échec populaire, avant d'être brutalement remplacé par le style « heimisch » des nazis. À cheval entre le deux, il y eut les arts décoratifs, nés dans les années 1910 aux Wiener Werkstätte. On citera les créations exceptionnelles de Josef Hoffmann, Koloman Moser, Otto Wagner et Adolf Loos.

Mais les arts décoratifs furent véritablement popularisés par l'*Exposition internationale des arts décoratifs et industriels modernes* de Paris en 1925 et connurent dès lors un engouement universel. C'est cette histoire à travers des artisans, des architectes et la production luxembourgeoise que raconte le MNHA dans cette exposition richement documentée. Mentionnons en particulier les documents d'époque collectés par le Lëtzebuurger Architekturmuseum, Anne Stauder et Alain Linster, en ce qui concerne l'architecture et les dessins d'aménagements intérieurs.

L'exposition commence par une section dédiée aux arts graphiques, car, au sortir de la Première Guerre mondiale, où les progrès techniques firent l'hécatombe que l'on sait, la paix revenue, la vitesse, promue par l'aviation civile et l'automobile, devint synonyme de dynamique. En témoigne une amusante affiche pour un diplôme de nageur, où le person-



L'exposition au MNHA réunit mobilier...

nage semble littéralement plonger à pleine vitesse vers le bassin de natation dans la Pétrusse depuis la Passerelle. Elle fut créée en 1928 par Victor Engels.

La Première Guerre mondiale, encore elle, libéra les femmes des tenues corsetées, car engagées comme manutentionnaires dans les usines d'armes et sur le front comme infirmières. En témoignent quelques robes fluides dans la deuxième partie de l'exposition. Au Luxembourg, à partir de 1919, les femmes purent exercer leur droit de vote, et souveraine oblige, on peut voir ici un somptueux diadème plutôt qu'une lourde couronne enserrer le front de la Grande-Duchesse Charlotte (création de la Maison Chaumet de la Place Vendôme).

Avec une tenue, achetée dans un grand magasin (Meta-Brahm 1932-34, au coin de la Grand-Rue par l'architecte Nicolas Schmit-Noesen), il était surtout plus facile de se déplacer et de voyager. C'est l'essor du tourisme et des dîners en ville : projet de l'hôtel

Les années 1920 et 1930 connurent une dynamique exceptionnelle : une exposition sur l'Art Déco au MNHA reflète ces années de création foisonnante

Kons (1934) par le même architecte, carte du restaurant du regretté Hôtel Alfa (1931), prospectus de l'Hôtel Cravat (1936) par le plus influent graphiste luxembourgeois de l'époque, Robert Mehlen. Le Luxembourg faisait sa promotion à l'Exposition universelle de Paris en 1937...

Des lieux publics aux intérieurs privés, il n'y a qu'un pas, richement documenté dans la section qui suit : mobilier et images de l'intérieur de la famille Pauly à Esch-sur-Alzette, dessins de diplômés de l'École d'artisans de l'État, où s'opposaient néanmoins deux tendances. Celle opulente et un peu prétentieuse de Pierre Kipgen, lui-même diplômé de l'école Boule à Paris et celle aux lignes épurées d'influence autrichienne et allemande de Jean Cunot. Question... de goût et de moyens sans doute.

Sur le mobilier, on pose des objets de décoration et la faïencerie Villeroy & Boch représenta largement le Grand-Duché à l'*Exposition des arts décoratifs* de 1925 à Paris. Si aujourd'hui encore, quoique de plus

en plus rarement, on trouve quelques pièces des années 1930 chez les antiquaires, brocanteurs et sur les marchés aux puces, on découvrira ici un éventail impressionnant des créations et de l'inventivité technique de l'époque. La collaboration avec Robj (Paris) pour des petits personnages et sujets animaliers est connue, beaucoup moins les décors en relief et à coulures de Jean Luce (années 1920), les décors abstraits, les formes géométriques, dont un étonnant cowboy quasi cubiste de Pierre Toulgouat (1930).

Art déco au Luxembourg se poursuit par une brève section dédiée au regretté cinéma Marivaux rue Zithe, souvent remanié certes, mais définitivement disparu en 1994, et s'achève sur le nec plus ultra de

l'artisanat d'art. L'Église à l'époque fait fi de l'historicisme à la Charles Arendt et ose des constructions résolument modernistes : église de Merl, par Joseph Jentgen en 1937 et surtout, chapelle du Christ-Roi à Belair, par Hubert Schumacher en 1931, ainsi que l'extension de la cathédrale en 1935-38 par le même. L'architecte, en adapte de l'« art total » prôné par les Viennois et le Bauhaus, signa également les remarquables objets du culte.

L'exposition *Art Déco au Luxembourg* est à voir jusqu'au 4 novembre au Musée national d'histoire et d'art au Marché aux Poissons à Luxembourg-ville ; ouvert tous les jours sauf lundi de 10 à 18 heures, nocturne le jeudi jusqu'à 20 heures ; informations sur les événements et conférences : www.mnha.lu.



...et objets de culte, dans une large variété de créations de style Art Déco au Luxembourg

Cinémasteak

La belle échappée

Le film qui nous intéresse cette semaine est *The Great Escape* (1963), de John Sturges (1910-1992). L'histoire, comme l'indique un écriteau inséré lors du générique, est basée sur des faits réels. Pour la mettre en scène, le cinéaste américain s'est inspiré du récit éponyme de Paul Brickhill dans lequel celui-ci décrit sa propre expérience au sein du Stalag Luft III, un camp conçu par les nazis pour y interner des officiers alliés. Érigé en 1943 à Zagan, en Pologne, le site fut entièrement reconstitué en Allemagne, dans la campagne bavaroise où a été en partie tourné le film. John Sturges se focalise sur la spectaculaire échappée qui eut lieu le 24 mars 1944. Ce soir-là, 76 prisonniers parvenaient à quitter le camp après avoir creusé un tunnel long de 111 mètres. Cinquante d'entre eux périrent au cours de leur escapade, abattus par les Allemands. Ode à la liberté, au courage, à la persévérance et à la fraternité virile, cette épopée leur est dédiée.

Entré à la RKO dans les années 1930 en tant que décorateur, John Sturges apprend ensuite le métier de producteur auprès de David O. Selznick. De retour aux États-Unis après la guerre, il réalise de nombreux western à succès parmi lesquels figure *The magnificent seven* (1960), adaptation réussie du célèbre *chanbara* d'Akira Kurosawa (*Les sept samourais*, 1954). Souvent, dans les films de Sturges, le thème de la prise ou de l'emprise (*The capture*, 1950) se décline avec celui de l'évasion (*Escape from Fort Bravo*, 1953). Telle est la dialectique du prisonnier, héros maudit que l'on rencontre au même moment dans le cinéma de Robert Bresson (*Un condamné à mort s'est échappé*, 1956) et de Jacques Becker (*Le Trou*, 1960) : le fugitif dénonce l'inhumanité de sa détention. L'échappée dont il est à chaque fois question dans ces films est prétexte à célébrer le génie humain, l'ingéniosité qui croît paradoxalement dans la contrainte de l'enfermement. La lumière du dehors est l'amer qu'il s'agit d'atteindre.

The great escape de John Sturges est une ode à la liberté, au courage, à la persévérance et à la fraternité virile

On retrouve, dans *The Great Escape*, trois des acteurs vedettes de *The magnificent seven* (1960) : James Coburn, Steve McQueen et Charles Bronson. James Garner, Donald Harry Pleasance, et Richard Attenborough viendront compléter la bande. Le flegme anglais côtoie la nonchalance assumée des Américains. Chaque personnage ajoute une couleur à la fresque, caractérise un tempérament, une attitude face à la vie. Dans le rôle de Hiltz, Steve McQueen représente la force tranquille, avant de se lancer dans une course d'anthologie à bord de sa Triumph Trophy. Charles Bronson incarnant un tunnelier claustrophobe est tout simplement hilarant. Les spectatrices pourront apprécier l'élégance de James Garner, surtout quand il revêt une veste cintrée mettant en valeur son corps musculeux. Les attributs qu'il arbore – casquette, pull à col roulé, veste cintrée de l'US Army – ne sont pas sans rappeler ceux de Marlon Brando dans *The wild one* (1953). Ces fétiches connaîtront par la suite une fortune importante dans l'imaginaire gay, depuis les films de Kenneth Anger à ceux de Rainer Werner Fassbinder (*Querelle*, 1982). Le public trouvera de bonnes raisons d'aimer *The great escape*. N'est-ce pas, après tout, ce que le spectateur est en droit d'attendre d'un film d'évasion ? Loïc Millot

The great escape de John Sturges (1963, USA) sera projeté le jeudi 10 mai à 19 heures, à la Cinémathèque de la Ville de Luxembourg, 17 place du Théâtre.



Orchestre
Philharmonique
Luxembourg

PHILHARMONIE



SAISON
2018/19

Gustavo Gimeno

directeur musical

Ticketing: (+352) 26 32 26 32
www.philharmonie.lu

Partenaire automobile exclusif.



Mercedes-Benz



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Culture

Kino

Endstation Marseille

Anina Valle Thiele

Kaum eine Schriftstellerin vermochte das Gefühl des Entwurzelt-Seins der Flüchtenden auf Grund der nationalsozialistischen Bedrohung so präzise und zugleich wehmütig einzufangen wie Anna Seghers in ihrem Roman *Transit*. Die Hafenstadt Marseille bildete Anfang der 40er Jahre einen der letzten Zufluchtsorte für jüdische und kommunistische Versprengte. Hier trafen sich mittellose Intellektuelle in den Hafenkneipen, erzählten sich ihre Geschichten und warteten auf die begehrten Visa für die USA oder Südamerika: „Alles war auf der Flucht, alles war nur vorübergehend, aber wir wussten noch nicht, ob dieser Zustand bis morgen dauern würde oder noch ein paar Wochen oder Jahre oder gar unser ganzes Leben“, schreibt Anna Seghers in ihrem Roman.

Christian Petzold nimmt Seghers Romanvorlage und zieht sie in die Gegenwart. Wo man eine historische Kulisse erwarten würde, flirren Aufnahmen des heutigen Paris und Marseille an einem vorbei. Die Hatz der Polizeischergen auf Migranten: Brutale Szenen, wie man sie etwa aus den Flüchtlingslagern von Calais kennt, transportieren die Beklemmung von damals in die Gegenwart.

Christian Petzolds filmische Romanadaptation *Transit* funktioniert als politisches Statement in einer Zeit, in der vor allem Osteuropa die Grenzen für Flüchtlinge dichtmacht

So wie sich Hannah Arendts Essay *Wir Flüchtlinge* (1943), in dem sie die Wurzellosigkeit der Geflüchteten beschreibt, heute als Parabel auf die Flüchtlingsströme lesen lässt, funktioniert Petzolds filmische Romanadaptation als politisches Statement in einer Zeit, in der vor allem Osteuropa die Grenzen für Flüchtlinge dichtmacht.

Der Filmheld Georg (Franz Rogowski) flieht von Paris nach Marseille, im Gepäck das Manuskript des Schriftstellers Weidel, das ihn durch eine Verwechslung zwei Ausreisevisa bescheren wird. Sein Alltag in der Hafenstadt gleicht dem anderer Geflüchteter zwischen dem Warten bei Rosé und einem Stück Pizza im Café Mont Ventoux und dem verzweifelten Gedrängel in Konsulaten. Er sucht die Frau (Maryam Zaree) eines auf der Flucht verstorbenen Freundes auf, freundet sich mit ihrem Sohn an, dem kleinen Driss, spielt mit ihm Fußball. Dann wird er Marie (Paula Beer) treffen, von der er ahnt, dass es sich um die Ehefrau des verstorbenen Dichters Weidel handelt und in die er sich verliebt (und die in der Rolle der in Marseille gestrandeten, geheimnisvollen Schönen weit mehr überzeugt als als aufstrebende Bankerin in *Bad Banks*!). Was als Rahmenhandlung für ein kitschiges Drama herhalten



Paula Beer als Marie

könnte, gleitet in Petzolds Film nie ins Seichte ab. Und das trotz alter Methoden, wie der des *Voicover*. Die Filmstimme des allwissenden Erzählers legt sich aus dem *Off* über die Szenen und erzeugt statt Künstlichkeit eine noch stärkere Entrücktheit der Filmfiguren. Ein Kunstgriff, wie ihn Petzolds Freund Harun Farocki, der an vielen seiner Filme mitwirkte, wohl nicht zugelassen hätte.

Seit langem hatte das Duo Farocki/Petzold von einer Verfilmung von *Transit* geträumt. Mit seinem Beitrag für die 68. Berlinale setzt Petzold

dem 2014 verstorbenen Freund eine Hommage. Und selbst wenn der Film, der in Frankreich gedreht wurde und in dem überwiegend Deutsch gesprochen wird (mit französischen Untertiteln), gerade in Luxemburg etwas befremdlich anmuten dürfte, so wirkt die Wehmut, die *Transit* hinterlässt, doch lange nach. Das liegt nicht zuletzt an den Nuancen, die Petzold sich erlaubt, und den mutigen Statements, die er setzt. So verkörpert mit Franz Rogowski ein Schauspieler, der lispelt, die Hauptfigur, spielt Maryam Zaree eine Taubstumme mit maghrebinischen Wurzeln. Wenn sein Filmheld zusammen mit dem kleinen Driss ein Radio repariert und verrauscht das *Abendlied* von Hans-Dieter Hüsich erklingt: „Schmetterling kommt nach Haus. Kleiner Bär kommt nach Haus. Känguru kommt nach Haus. Die Lampen leuchten – der Tag ist aus. Kabeljau schwimmt nach Haus. Elefant läuft nach Haus. Ameise rast nach Haus. Die Lampen leuchten – der Tag ist aus“, berührt einen die Szene weit mehr als die Bilder Geflüchteter und Toter. Bis zuletzt wird Petzold in seiner eigenwilligen Herangehensweise das gelingen, was Anna Seghers mit ihrem Roman vermochte: das Schicksal der Flüchtlinge ein Stück weit greifbar zu machen.

Fotografie

Nähe und Distanz



Gisèle Freunds Fokus liegt eindeutig auf Frida Kahlo

Boris Loder

Es fällt schwer, zu sagen, ob man einzelne dieser Bilder bereits kennt: Der ikonische Charakter von Frida Kahlos Gesicht überträgt sich automatisch auf Porträts von ihr. Ob beim Rauchen, zufrieden in ihrem Garten oder von ihren körperlichen Gebrechen ans Bett gefesselt – die Motive haben ihren Wiedererkennungswert gemeinsam.

Es sind Aufnahmen der deutsch-französischen Fotografin Gisèle Freund, die unter dem Titel *Frida Kahlo & Diego Rivera by Gisèle Freund* bei Marita Ruiter im Espace 2 der Galerie Clairefontaine zu sehen sind. Bei den Fotografien handelt es sich um Bilder aus der Sammlung Ruitters, die insgesamt 200 Werke Gisèle Freunds umfasst, wobei die Fotografien von Kahlo und Rivera in dieser Konstellation zum ersten Mal ausgestellt werden. Die Sammlung ist im Rahmen der langjährigen Zusammenarbeit Ruitters mit

Gisèle Freund entstanden, über deren Schaffen und Leben die Galeristin und Kunstwissenschaftlerin promoviert hat.

Die 1908 in Berlin geborene Gisèle Freund ist neben ihren fotojournalistischen Arbeiten heute vor allem für ihre Porträts von Schriftstellern, Künstlern und Politikern bekannt. Im Rahmen ihres Soziologiestudiums in Freiburg und Frankfurt setzte sie sich mit den Anfängen der französischen Fotografie auseinander. Es ist ihrer Flucht vor den Nazis geschuldet, die die Jüdin und Antifaschistin 1942 aus Frankreich in zweiter Etappe nach Südamerika trieb. Dort fertigte sie in großem Umfang Porträts der Intellektuellen und Künstler an. Nach Mexiko zog sie 1950, nachdem sie zuvor etwa Evita Perón fotografiert hatte und assoziiertes Mitglied der Fotoagentur Magnum geworden war. Statt der geplanten zwei Wochen blieb sie zwei Jahre, in denen sie mit Rivera und Kahlo Freundschaft schloss.

Freund fotografierte das Paar in Coyoacan bei Mexiko-Stadt in ihrem blauen kubusartigen Zuhause im Bauhausstil. Betrachtet man die größtenteils schwarzweiß fotografierte Serie in ihrer Gesamtheit, so fällt auf, dass der Fokus eindeutig auf Kahlo liegt, was sich insbesondere in der motivischen und atmosphärischen Vielfalt der Darstellungen bemerkbar macht. So wird die Malerin beim unbeschwerten Entenfüttern oder lässig mit Zigarette gezeigt, jedoch wirkt sie auf den meisten Bildern, etwa vor ihrem prächtigen Garten, stets nachdenklich. Von den Beschwerlichkeiten ihres Rückenleidens, Folgeschäden eines Busunfalls, zeugen die Fotografien, die Kahlo mit leerem aber ernstem Blick im Bett zeigen, ebenso wie die Fotografie Kahlos im Rollstuhl neben ihrem Arzt, Juan Farill. Ungeachtet der festgehaltenen Stimmungen sind diese Fotografien stets von einer gewissen Intimität geprägt. Durch den Zugang, den die Fotografin über ihre Freundschaft zur introvertierten Kahlo fand, erhält der Betrachter sehr persönliche Einblicke in Kahlos Lebenswelt.

Es ist diese Nähe, die man in den Porträts von Diego Rivera vergeblich sucht. Anders als zu dessen Frau scheint Freund zu Rivera keinen persönlichen Zugang gefunden zu haben. Die entsprechenden Arbeiten zeugen von einer professionell-distanzierten Herangehensweise. Zwar dokumentierte Freund auch Kahlo bei der künstlerischen Arbeit, jedoch geht sie in der Darstellung Riveras nicht über diese Ebene hinaus. Sind

Die Fotos bezeugen: Anders als zu Frida Kahlo scheint Gisèle Freund zu Diego Rivera keinen persönlichen Zugang gefunden zu haben

die Bilder von Kahlo buchstäblich auf Augenhöhe fotografiert, so wirkt Rivera von unten fotografiert überlebensgroß, ein Eindruck, der durch seinen robusten Körperbau zusätzlich verstärkt wird. Im Vergleich scheint es fast, als könnte man hier ein gewisses Unbehagen der Fotografin gegenüber ihrem Sujet feststellen. Man sieht Rivera inmitten seiner Sammlung präkolumbischer Artefakte, bei der Arbeit, dem Posieren mit Palette und Pinsel oder vor seinen Werken. Anders als Kahlo, die dem Betrachter in sorgenvoller Nachdenklichkeit entgegenblickt, findet man in manchen von Riveras Porträts eine gewisse Heiterkeit, etwa beim Posieren vor seinem Nachbau eines Tempels, dem heutigen Museo Diego Rivera Anahuacalli.

Die Ausstellung trennt strikt zwischen diesen unterschiedlich ausgeprägten Bildern. Während die Kahlo-Porträts im Erdgeschoss des Espace 2 hängen, sind die Rivera-Fotografien im ersten Stock ausgestellt. Keines der Bilder in dieser bemerkenswerten Zusammenstellung hingegen zeigt das Paar zu zweit. Einzig auf einem Selbstbildnis Kahlos sind beide gemeinsam dargestellt.

Aus (porträt-)fotografischer Sicht im Kontrast aus Nähe-Distanz höchst interessant sind Gisèle Freunds Fotografien darüber hinaus auch ein künstlerisch-biografisch gehaltvolles Zeitzeugnis der Lebenswelt des schillernden Paares.

Frida Kahlo & Diego Rivera by Gisèle Freund. Bis 2. Juni im Espace 2 der Galerie Clairefontaine. Mo.-Fr. 14.30-18.30 Uhr, Sa. 10-12 und 14-15 Uhr. Ausstellungskatalog in der Galerie erhältlich; <http://galerie-clairefontaine.lu/gisele-freund>

d'LetzebuengerLand

Fondé en 1954 par Carlo Hemmer, édité par Leo Kinsch de 1958 à 1983

Hebdomadaire politique, économique et culturel indépendant paraissant le vendredi. Publié par les Éditions d'Letzeburger Land s.à r.l., R.C. B 19029, N° TVA LU 12 12 40 22. La reproduction des articles et illustrations est interdite sans l'accord écrit de l'éditeur. **Gérant, rédacteur en chef** Romain Hilgert (48 57 57-22; rhilgert@land.lu), **Rédaction** Peter Feist (48 57 57-24; pfeist@land.lu), Josée Hansen (48 57 57-26; jhansen@land.lu), Ines Kurschat (48 57 57-28; ikurschat@land.lu), Michèle Sinner (48 57 57-20; msinner@land.lu), Bernard Thomas (48 57 57-30; bthomas@land.lu) **Photos** Sven Becker (sbecker@land.lu) **Administration** Zoubida Belgacem (48 57 57-32; zbelgacem@land.lu) **Mise-en-page** Pierre Greiveldinger **Édition et rédaction** 59, rue Glesener L-1631 Luxembourg **Courrier** boîte postale 2083, L-1020 Luxembourg **Téléphone** 48 57 57-1 **Fax** 49 63 09 **E-mail** land@land.lu **Internet** www.land.lu **Publicité** Maison Moderne Media Sales 10, rue des Gaulois Luxembourg; boîte postale 728, L-2017 Luxembourg (27 17 27 27-32 ; francis.gasparotto@maisonmoderne.lu) ; **Impression offset** Imprimerie Saint-Paul **Prix par numéro** 4,00 € **Abonnement annuel** 140,00 € **Abonnement étudiant/e** 75,00 € **Comptes en banque** CCPLULL : IBAN LU59 1111 0000 5656 0000, BILLULL : IBAN LU29 0027 1003 6990 0000, BGULLULL : IBAN LU32 0030 0431 7039 0000, BCEELLULL : IBAN LU30 0019 1000 2939 1000, CELLULL : IBAN LU71 0141 7162 5000 0000, BLUXULL : IBAN LU59 0080 0484 9600 1003

Appel à candidatures

Ministère de la Sécurité sociale
Administration d'évaluation et de contrôle de l'assurance dépendance

L'Administration d'évaluation et de contrôle de l'assurance dépendance se propose d'associer comme collaborateurs indépendants des

Médecins m/f

pour participer aux travaux relatifs à l'évaluation et à la détermination de la dépendance des personnes résidant en établissement d'aides et de soins ou à domicile.

Les candidats doivent :

- être en possession d'une autorisation d'exercer la profession de médecin au Grand-Duché de Luxembourg ;

- La maîtrise de la langue luxembourgeoise est indispensable ;
- L'indemnisation se fera sur base d'un système de vacations.

Les candidatures écrites avec un curriculum vitae détaillé et une copie des diplômes respectifs sont à adresser par courrier électronique à rh@ad.etat.lu.

Pour de plus amples renseignements les intéressé(e)s sont invité(e)s à prendre contact avec
Monsieur Norbert Lindenlaub,
Tél. 247-86063.

Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse
Régime préparatoire de l'enseignement secondaire général

Postes vacants

Le ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse se propose de recruter pour la rentrée scolaire de septembre 2018

un certain nombre d'institutrices ou d'instituteurs d'enseignement préparatoire (grade A2)* dénommés ci-après « instituteurs d'enseignement préparatoire »

pour les besoins du régime préparatoire de l'enseignement secondaire général, ainsi que pour le Centre national de formation professionnelle continue, situé à Ettelbruck.

Les instituteurs d'enseignement préparatoire sont recrutés parmi les instituteurs d'enseignement fondamental nommés ou remplissant les conditions

de nomination dans le cadre du personnel de l'enseignement fondamental.

Les candidatures sont à adresser pour le 12 mai 2018 au plus tard au :
Ministère de l'Éducation nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse
Service ressources humaines
Bureau 317
L-2926 Luxembourg.

Pour de plus amples renseignements concernant le détail sur les postes vacants et les pièces à joindre aux candidatures veuillez ou bien consulter le site <http://postes-vacants.men.lu>, ou bien contacter Monsieur Serge Polfer par téléphone au n° (+352) 247-85124 (matin) ou par courriel serge.polfer@men.lu.

Festival de Cannes

En famille

Thierry Besseling

Quelques mois après les révélations autour du prédateur Harvey Weinstein qui a ébranlé le monde du cinéma hollywoodien et déclenché le mouvement *#MeToo*, l’affiche du 71^e festival de Cannes est une ode à l’optimisme et à l’amour. L’image sur laquelle on peut voir deux héros godardiens désabusés se donner un baiser, bien qu’assis dans deux voitures distinctes, est tirée de *Pierrot le fou* (1965) avec Jean-Paul Belmondo et Anna Karina dans les rôles principaux. Jean-Luc Godard marque ainsi un double retour vu qu’il est également sélectionné en compétition officielle avec son nouveau film *Le livre d’image*, qu’il décrit ainsi : « Rien que le silence, rien qu’un chant révolutionnaire, une histoire en cinq chapitres, comme les cinq doigts de la main. » Tout comme son dernier film *Adieu au langage* (2014), *Le livre d’image* sera un autre de ses poèmes audiovisuels sous forme d’une expérimentation formelle à travers un mélange d’images documentaires et de fiction, une réflexion plutôt qu’un film narratif, sur le monde arabe en 2017.

La composition d’un jury pour récompenser la franchise d’une œuvre cinématographique dans un monde politique instable et traversé de scandales n’est pas une tâche aisée. Présidé par l’actrice australienne Cate Blanchett, qui a joué le rôle-titre dans l’excellent *Carol* de Todd Haynes, le jury cannois semble avoir été composé cette année délibérément de femmes fortes, sûrement pour contrebalancer la polémique qui entoure le sexe masculin dans le septième art. Ainsi, aux côtés de la chanteuse burundaise Khadja Nin, l’on retrouve l’actrice française Léa Seydoux, que l’on a pu voir dans des films récents aussi variés que *Juste la fin du monde* de Xavier Dolan, *Saint Laurent* de Bertrand Bonello, ou encore dans l’histoire d’amour homosexuelle de *La vie d’Adèle* d’Abdel-



Le nouveau poème audiovisuel de Jean-Luc Godard intitulé *Le livre d’image* marque le retour du réalisateur à Cannes

latif Kechiche, *Palme d’or* du festival de Cannes en 2013. À leurs côtés, la réalisatrice américaine Ava DuVernay à laquelle on doit *Selma* (2014), et sa compatriote ouvertement affichée bisexuelle Kristin Stewart, qui fût révélée à l’âge de douze ans dans *Panic room* aux côtés de Jody Foster. Mais Cate Blanchett sera aussi épaulée d’hommes, et le choix du réalisateur russe Andreï Zviaguintsev est loin d’être anodin par rapport à la polémique évoquée. Car dans son excellent *Faute d’amour*, prix du jury au festival de Cannes de l’année dernière, ce cinéaste a su explorer les effets dévastateurs que

le manque d’amour, synonyme dans son film d’un divorce, peut avoir sur leur enfant. Le réalisateur français Robert Guédiguian, dont le dernier film *La villa* oppose la mélancolie d’une bourgeoise vieillissante à l’urgence du sort des migrants dans la calanque, délibérera ensemble avec l’acteur taïwanais Chang Chen, qui a joué devant les caméras de nombreux réalisateurs de génie d’origine asiatique, allant d’Edward Yang, à Hou Hsiao-hsien, en passant par John Woo et Wong Kar-wai. Le réalisateur canadien Denis Villeneuve, à qui l’on doit les films de science-fiction récents comme *Arrival*, ou encore la suite de *Blade runner* de Ridley Scott, et bientôt un *remake* de *Dune* de David Lynch, complète le jury qui choisira les meilleurs parmi les vingt œuvres retenues dans la sélection officielle.

Si les films en compétition sont traversés par de nombreuses thématiques, arrêtons-nous sur les récits centrés sur la cellule familiale, qui est également le sujet du film *Todos lo saben* qui ouvrira le bal cannois le 8 mai. Réalisé par Asghar Farhadi, le maître iranien de l’étude du couple, et dont *Le passé* avait déjà marqué la Croisette en 2013, quitte pour la première fois sa terre natale pour tourner en Espagne. Le film marque également la neuvième collaboration entre Penélope Cruz et Javier Bardem, mariés depuis huit ans. Farhadi change non seulement de pays mais aussi de style, en proposant un thriller, un genre défini par la manipulation psychologique et qui est particulièrement bien représenté en compétition avec non moins de quatre autres contributions.

Un autre focus sur la famille nous provient du pays du Cèdre, qui fait son retour dans la compétition avec la sélection de *Capharnaïm* de Nadine

Labaki. La réalisatrice libanaise s’intéresse à l’injustice commise à un enfant qui se rebelle contre la vie qu’on cherche à lui imposer en entamant un procès contre ses parents. Le cinéaste japonais Hirokazu Kore-eda, qui a déjà remporté le prix du jury en 2013 avec l’excellent drame familial *Tel père, tel fils*, s’attaque dans *Une affaire de famille* à une histoire dans laquelle le chien se mord la queue, en nous proposant de suivre la trajectoire du père de famille Osamu qui décide, malgré sa pauvreté, de recueillir et de s’occuper d’une petite fille qui a été maltraitée par ses parents, jusqu’à ce qu’un incident révèle l’existence de secrets terribles au sein même de la famille en apparence bienfaitrice. La proposition turque retenue par les sélectionneurs cannois, intitulée *Le Poirier sauvage*, se focalise à son tour sur un lien père-fille. Nuri Bilge Ceylan l’a co-écrit avec sa femme Ebru Ceylan, et il est raconté du point de vue de l’écrivaine Sinan, dont les ambitions littéraires se trouvent freinées par les dettes de son père à son retour dans son village natal d’Anatolie. C’est en revanche le point de vue du parent qui est adopté dans *Ayka* de Sergueï Dvortsevov. Dix ans après son troisième film *Tulpan*, qui a remporté la plus haute distinction dans la sélection *Un certain regard*, le réalisateur kazakh revient à la Croisette avec une histoire inspirée par une statistique sèche, à savoir l’abandon annuel de 248 bébés par des mères kirghiz dans des hôpitaux moscovites. Le film retrace le parcours d’une de ces jeunes mères travaillant au noir et essaie d’explorer les raisons qui l’ont conduit de vouloir retrouver son fils après l’avoir initialement abandonné.

Autres nouveautés notables cette année : les films produits par Netflix ont été refoulés dans la catégorie hors-compétition, ce qui a emmené le

La composition d’un jury pour récompenser la franchise d’une œuvre cinématographique dans un monde politique instable et traversé de scandales n’est pas une tâche aisée

géant américain à retirer l’ensemble du catalogue de ses films du festival. Quant aux critiques de cinéma, parfois avides de ruiner les films en séance presse le matin avant la séance gala du soir, ils découvriront désormais les films en même temps que les équipes et leur public, par respect pour les films et ceux qui les font. Grâce à la réintroduction du film de clôture, Terry Gilliam, un cinéaste qui sait à quel point il peut être épineux de finir un film, bouclera le festival le 19 mai avec son dernier opus *The man who killed Don Quixote*, qui a été en production pendant non moins de dix ans avant de trouver le chemin vers les salles obscures.

Le Festival de Cannes dure cette année du 8 au 19 mai ; www.festival-cannes.com/fr

Exposition

Faire avec ou sans Guernica

Loïc Millot

Dédier une exposition à un chef-d’œuvre manquant peut paraître à première vue paradoxal. Mais le Musée Picasso-Paris, qui détient les archives privées du peintre espagnol, y était contraint, *Guernica* (1937) étant conservé de façon permanente à Madrid depuis 1992. Pour contempler la toile aux proportions démesurées d’une peinture d’Histoire (3,5 sur 7,8 mètres), l’aficionado pourra toujours se rendre au Musée de la Reine Sofia. L’œuvre fait aujourd’hui corps avec le pays natal de son auteur.

Commençons par évoquer les circonstances qui ont conduit à la réalisation de *Guernica*. Depuis la victoire du *Frente popular* aux élections générales du 16 février 1936, l’Espagne est républicaine. L’enthousiasme démocratique est cependant de courte durée : cinq mois plus tard, le général Francisco Franco fomenta un coup d’État. Commence alors une guerre civile qui va déchirer l’Espagne en deux parties hostiles. Combattant au sein du POUM (Parti ouvrier d’unification marxiste), George Orwell en fera le récit dans son *Hommage à la Catalogne* (1938). Pablo Ruiz Picasso (1881-1973), quant à lui, restera à Paris. Après un séjour au cours de l’été 1934, le peintre ne retournera plus en Espagne. La lutte se fera donc à distance, en participant à des réseaux d’entraide aux Républicains et en s’armant de pincesaux : « Non, la peinture n’est pas faite pour décorer les appartements, c’est un instrument de guerre offensive et défensive contre l’ennemi », déclarait Picasso.

Lorsque Pablo reçoit du gouvernement républicain la commande d’une toile pour le prochain pavillon de l’Exposition internationale de Paris, il opte en premier lieu pour un sujet traditionnel de la peinture : celui, auto-réflexif, de l’atelier du peintre. Les prêts nombreux issus de collections particulières et d’institutions internationales permettent de retracer précisément la genèse de l’œuvre. Le peintre, on le sait, était particulièrement attentif à la datation de ses tableaux. À Brassai, qui lui en avait demandé la raison, Picasso avait répondu : « [...] il ne suffit pas de connaître les œuvres d’un artiste. Il faut aussi savoir quand il les faisait, pourquoi, comment, dans quelle circonstance. Sans doute existera-t-il un jour une science, que l’on appellera ‘science de l’Homme’, qui cherchera à pénétrer plus avant l’homme à travers l’acte créateur...

« Non, la peinture n’est pas faite pour décorer les appartements, c’est un instrument de guerre offensive et défensive contre l’ennemi », déclarait Picasso



Si l’original de *Guernica*, conservé à Madrid, n’a pas pu voyager, l’exposition parisienne tourne autour de cette œuvre emblématique de Picasso (à gauche : Deroubaix)

Je pense souvent à cette science et je tiens à laisser à la prospérité une documentation aussi complète que possible... Voici pourquoi je date tout ce que je fais. » À considérer les premières esquisses représentant l’atelier du peintre, exécutées sur papier bleu le 18 avril 1937, Picasso est encore à ses amours, comme en témoignent les courbes érotiques qu’il prête à son modèle féminin. Apparaît ensuite un profil de femme qui sera repris dans la version finale de *Guernica*. Le lendemain, un autre motif, politique cette fois-ci, prend forme au centre d’un feuillet : le geste du poing levé érigant faucille et marteau, tel qu’il figurait à l’époque sur les affiches du *Frente popular*.

Puis survient, le 26 avril 1937, la tragédie du village basque de Gernika ; le raid de la Légion Condor, escadron de mort envoyé par Hitler et Mussolini, lâche ses bombes sur les civils. C’est en lisant le lendemain *L’Humanité* que Picasso apprend la mauvaise nouvelle. En résonance avec l’actualité, il change ses plans, abandonne le sujet du peintre et de son atelier. Allégorie des souffrances infligées au peuple espagnol, la figure du cheval, gueule ouverte ployant sous la douleur, a pris la place du poing levé des partisans. Le cri que laisse échapper l’animal se joint à celui des femmes placées à chacune des extrémités du tableau. Les photographies prises à cette époque par Dora Maar documentent l’avancée du processus artistique. Exécuté à l’huile, dans des tons noir, gris et blanc, *Guernica* prend place dans le patio du pavillon espagnol. En face du tableau monumental se trouve un portrait du poète assassiné le 19 août 1936 par les milices franquistes, Federico García Lorca. Au centre de l’espace ouvert, un bassin



accueille *La Fontaine de Mercure* d’Alexander Calder, qui compte, avec Joan Miró, parmi les artistes espagnols ayant participé à l’Exposition internationale.

La circulation de *Guernica* va se confondre avec la trajectoire de son auteur, lui-même exilé en France. La toile traverse l’Atlantique pour lever des fonds en faveur des partisans, avant d’être durablement exposée au Musée d’art moderne de New York. À la fin des années 1960, Franco entamera des pourparlers afin de rapatrier l’œuvre. En vain. Dans son testament, Picasso avait précisé que *Guernica* gagnerait l’Espagne une fois que les libertés publiques auront été rétablies en Espagne. Le retour au pays natal s’effectuera après la mort du peintre, en 1981, à l’issue d’une négociation entre le musée de New York, l’avocat français Roland Dumas et les autorités espagnoles.

Aujourd’hui, l’esprit de *Guernica* a gagné de nombreux artistes. Il subsiste au Musée Unterlinden de Colmar, où l’on peut contempler la tapisserie en laine réalisée par Jacqueline De la Baume-Dürnbach, comme il se poursuit au Mudam avec Damien Deroubaix (*Garage Days Re-visited*, 2016), pour ne citer que quelques-unes des œuvres présentes au Musée Picasso-Paris.

L’exposition *Guernica* dure encore jusqu’au 29 juillet au Musée Picasso-Paris, 5, rue de Thorigny, Paris troisième ; ouvert tous les jours, sauf les lundis et le 1^{er} mai ; museepicassoparis.fr.

STIL

À deux mains, si vous le voulez bien



Si vous craignez qu'il soit bientôt impossible de trouver une photo de vos enfants sans oreilles de lapin, ou avec une cascade arc-en-ciel qui sort de la bouche, il vous faut adopter d'urgence des mesures préventives



L'endroit

Il y a quelques mois, nous vous avions vanté les mérites de la nouvelle équipe au restaurant La charrie d'or à Peppange. Il était donc opportun, après leur avoir laissé le temps de trouver leurs repères à leur nouvelle adresse, d'aller voir comment les anciens proprios se défendent à leur nouveau **L'Atelier Gourmand**, situé à Dudelange à côté de l'administration communale (photo : GD). Déjà de l'extérieur, ce beau bâtiment en impose. Avec sa façade repeinte en violet, ses grandes fenêtres et son allure d'ancienne brasserie bourgeoise, tout invite à y entrer ou à s'installer sur son agréable terrasse en devanture. L'intérieur taupe est tout aussi agréable, avec de confortables sièges en bois, rehaussés de coussins en cuir noir. Le local est bien rempli pour un lundi midi, la clientèle mélangée, avec des couples, des collègues de travail, des solitaires pianotant sur leurs ordi portables. Côté service, que de larges sourires et des conseils avisés, aussi bien au niveau des vins que du menu. Vous ne savez laquelle des deux sauces choisir pour accompagner une des quatre suggestions d'asperges ? On vous apportera les deux. Les quantités sont généreuses, les sauces relevées, les filets de rougets croquants. Dans l'assiette du voisin, la bouchée à la reine vous sourit aussi. Autant de raisons de revenir dans cet antre fort agréable. Atout supplémentaire : le parking d'en face avec plusieurs centaines d'emplacements. GD



L'objet

Au niveau des bougies odorantes, les choix se multiplient, les marques de prestige comme Baobab ou Diptyque triplent et quadruplent les fragrances. Et font grimper les prix. Acheter une bougie de qualité dans un beau verre peut désormais facilement coûter cinquante à 70 euros. Si nous vous suggérerons particulièrement la gamme **Woodwick**, ce sera parce qu'elle présente des avantages non négligeables. D'abord le prix qui, pour un très beau modèle supérieur présenté sous forme de petite barque en verre rehaussée d'un couvercle en bois ne coûte que trente euros pour un volume de 454 grammes et une durée de combustion de cinquante à 70 heures. Les fragrances, allant de l'air marin à l'ambiance ambrée en passant par des notes florales ou fruitées, sont assez intenses sans devenir envahissantes. L'autout majeur de Woodwick repose cependant sur leurs mèches larges en bois naturel, qui crépitent comme un feu de bois et suggèrent ainsi un bruit de cheminée. En ce qui concerne la bougie même, elle sera en cire de soja, la firme implantée en Virginie n'utilisant que les meilleures ressources naturelles et biologiques renouvelables. Vous trouverez un choix de modèles et de fragrances à la boutique de cigares El Puro, 8 rue Notre-Dame (photo : GD ; www.woodwickfrance.com). GD



L'événement

Quand il crée des événements gastronomiques, Wolfgang Becker, deux étoiles au *Michelin* et 18 points au *Gault-Millau*, met en général les bouchées doubles dans son hôtel-restaurant situé à Olevig, en périphérie de Trèves. Il est d'ailleurs réputé pour son « bombardement d'amuse-bouches », comme l'a écrit le *FAZ* de Francfort il y a quelques mois. Preuve à l'appui dimanche dernier, où lors d'un de ses *happenings* aux mille et une saveurs, le Chef renommé et vigneron a remis les petits plats dans les grands et servi une dizaine de plats en réductions, plus savoureux les uns que les autres. Son audace culinaire se retrouve aussi dans ses succulents pinards blancs, auxquels il rajoute ci une petite note salée, là un supplément de peps. Il organise d'ailleurs tous les samedis après-midi une dégustation de vins avec grignotages pour 25 euros. Sa *kitchen party* annuelle, qu'il relance ce dimanche 6 mai en soirée pour la neuvième fois, sera un des événements gastronomiques les plus étonnants de la région. Pour cette « *night full of stars* » sont attendus autour de lui six autres cuisiniers renommés, réunissant à eux sept le total de douze étoiles au *Michelin*. Les amateurs de bons digestifs ne manqueront pas de repartir avec une bouteille de délicieux « Brand » maison, un cognac qui tend vers le parfum de Vieille prune. Coup de cœur ! (réservation : info@beckers-trier.de) GD

Cyril B.

Grâce aux progrès en matière d'égalité des sexes, accompagnés de l'avancée inexorable des nouvelles technologies, c'en est maintenant fini de la figure du pater familias prenant son petit déjeuner caché derrière son journal, ne tendant la main que pour recevoir une nouvelle dose de café. Maintenant, femmes et hommes, adultes et adolescents rivalisent d'impolitesse et partagent allégrement la mauvaise habitude de garder leur *smartphone* ou leur tablette à leur côté, pour s'informer de l'état du monde en même temps qu'ils partagent leurs repas. L'extension du domaine de l'information est inéluctable. La connexion en continu est en passe de devenir une réalité, même s'il faut se rendre à l'évidence, ce contenu connecté consulté continuellement semble plutôt tiré des pages du *Bild-Zeitung* que de celles du *Monde Diplomatique*. Dit autrement, dix années d'existence du *smartphone* auront suffi à vaincre trois siècles de revendications masculines sur le droit à faire pipi debout. La raison pour laquelle la majorité des hommes s'assoit désormais pour satisfaire ses besoins naturels est simple : on a désormais tendance à privilégier les activités qui nous laissent les mains libres. Surtout dans les zones couvertes par du wifi ou une connexion 4G.

Vous voulez des preuves ? Il suffit de constater la corrélation entre l'augmentation de la consommation de sushis et la hausse de part de marché des *smartphones* sur la dernière décennie pour se convaincre que manger avec une seule main est devenu un must. De même, il faut se rendre à l'évidence, le vélo et la trottinette sont dépassés, l'avenir est au monocycle ou au *hoverboard*. Un petit tour sur le Pont Rouge aux heures du déjeuner, par une météo clémente, vous montrera bien que les seuls à regarder devant eux, et pas sur leur écran, sont les cyclistes. L'explication semble simple : leurs mains tiennent le guidon, pas un téléphone. La promenade est périlleuse et l'on se demande s'il ne conviendrait pas d'entamer d'ores et déjà de nouveaux travaux d'élargissements du pont, pour réserver une voie aux personnes en déficit d'attention. On repense avec nostalgie à un monde où nos parents nous adressaient des reproches d'un âge où nos doigts ne caressaient pas frénétiquement des écrans : « ne reste pas les bras croisés », « ne garde pas tes mains dans les poches », voire « sors tes doigts du nez ». Même regarder un film à la télévision est devenu une activité schizophrène, où le moindre relâchement de l'intensité dramatique va nous inciter à regarder

s'il n'y a pas plus intéressant sur Twitter. Un dernier exemple de libération de nos membres supérieurs : grâce aux cartes de paiement sans contact, que tout le monde s'évertue néanmoins à appuyer contre les lecteurs, il n'est souvent plus nécessaire de composer un code ni même, en théorie, de sortir sa carte de son portefeuille.

Alors si vous vous surprenez à avoir envie d'un petit *swipe* à gauche des plus jeunes membres de votre entourage, si vous craignez qu'il soit bientôt impossible de trouver une photo de vos enfants sans oreilles de lapin, ou avec une cascade arc-en-ciel qui sort de la bouche, il vous faut adopter d'urgence des mesures préventives. Par exemple, en trouvant des activités qui rendent impossible l'usage simultané d'un téléphone, parce que les mains seront déjà occupées. Dans le désordre, on citera : trapèze acrobatique chez Zaltimbanq, cours de natation à la Coque, tricot solidaire à la Villa Vauban, tir à l'arc à la « Flèche d'or ». Ou alors, pourquoi ne pas profiter des portes ouvertes ce samedi au conservatoire de la Ville de Luxembourg ? Entre 10 et 16 heures, il sera possible de découvrir des instruments au travers de différentes démonstrations et de se renseigner sur les différents enseignements proposés par l'institution de Merl. Et là, que votre progéniture choisisse de souffler dans un cor, frapper sur des percussions ou jouer de la harpe, vous pouvez être certain que ce sont autant d'heures passées loin des écrans. Ajoutez aux heures de solfège et de cours la pratique quotidienne et, pour les plus motivés, les concerts et répétitions avec la fanfare du quartier, et vous avez la solution parfaite, accessible dès six ou sept ans, peu onéreuse et extrêmement variée.

Après, rien ne garantit que cette solution soit totalement satisfaisante. Mais, au moins, si vous avez une famille nombreuse et que vous vous retrouvez avec accordéoniste, trompettiste, batteur et pianiste à domicile, vous regretterez peut-être le temps où tout le monde courbait la tête et surfait silencieusement sur son appareil personnel. Parce que, mis à part le chuintement émanant des casques des adeptes de vidéos de *death metal* à plein volume, il faut aussi reconnaître le principal apport de ces nouvelles technologies pour notre bien-être personnel : le silence. Il est largement moins bruyant de discuter via *WhatsApp* que dans la vraie vie. Et, pendant ce temps-là, Papa peut rouvrir son journal et le lire. En paix.

Entre chien et loup

On appelle « entre chien et loup » le moment qui précède le crépuscule, l'heure de tous les dangers quand les contours des choses s'effacent et qu'on voit les loups garous sortir de leurs repaires et les feux follets s'allumer dans les sous-bois.

Dans son livre porté par un souffle narratif exceptionnel, l'historien Henri Wehenkel dresse le portrait de seize Luxembourgeois pris dans l'engrenage de la Collaboration –

grands bourgeois, ouvriers montés en grade, journalistes *völkisch*, cadres techniques ambitieux, artistes conformistes... L'auteur pénètre jusqu'au niveau des enjeux, des lieux de décision, des endroits où les chemins se séparent et où il faut choisir. Le livre donne à sentir ces choix dans toute leur urgence sans pour autant faire de jugement de valeur. Il s'agit, selon l'auteur, d'« éclairer les recoins obscurs de la société luxembourgeoise ».

Le livre de 304 pages richement illustré et qui se base sur une série d'articles du *Lëtzebuurger Land*, est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 48 57 57-32, courriel land@land.lu ou fax 49 63 09.

